

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pro Nummer 1 Pf., vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf., Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 50 Pf., für vollständige und gemischte Zeilen und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Das englische An siedelungs gesetz.

Aus London wird uns geschrieben:

Die Small Holdings and Allotments Bill (Vorlage betreffend landwirtschaftliche Kleinbetriebe und Parzellen) wurde gegen Ende Mai d. J. von Mr. R. Harcourt, dem Minister für öffentliche Arbeiten, im Unterhause eingebracht und im Laufe der letzten drei Monate von den beiden Häusern des Parlaments beraten, amendiert und angenommen. Dem Gesetze liegt ein wichtiger und in seinen Konsequenzen weitreichender Gedanke zugrunde. In den Händen von sozial-reformerisch gesinnten Lokalbehörden (Grasschafts- und Gemeinderäten) könnte es zum Hebel der Vergesellschaftung des englischen Grund und Bodens gemacht werden.

Unter Small Holding versteht man einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb von 5 bis 50 englischen Acres — ungefähr 2 bis 20 Hektar. Unter Allotment versteht man in der Regel eine Parzelle von 1 Acre; es gibt aber auch Allotments bis zu 5 Acres.

Das neue Gesetz ist rein englisch, das heißt: es bezieht sich nicht auf das ganze Vereinigte Königreich (England und Wales, Schottland, Irland), sondern auf England und Wales allein.

Der Zweck des Gesetzes ist, den englischen Ackerbau zu heben, eine große Zahl von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben zu schaffen und die Entvölkerung der Dorfgemeinden aufzuhalten. Der Form nach ist das neue Gesetz eine Verbesserung und Verbesserdarstellung der in den Jahren 1887, 1892 und 1894 über denselben Gegenstand erlassenen Gesetze, die sich aber nicht bewährt haben; denn trotz dieser Gesetze ist die Zahl der in der Landwirtschaft von England und Wales tätigen Personen im Abnehmen begriffen, wie aus folgender Tabelle hervorgehen dürfte:

Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen:

Jahr	Männliche	Weibliche	Insgesamt
1851	1 292 576	143 475	1 436 051
1861	1 206 280	90 525	1 296 805
1871	1 014 428	58 656	1 073 084
1881	924 871	40 346	965 217
1891	841 884	24 150	866 034
1901	715 188	12 002	727 190

In diesen Zahlen sind alle in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft tätigen Personen inbegriffen, also auch die Pächter und ihre Söhne, sodann Verwalter und Förster usw. (Rechnet man nur die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, so ergibt sich als deren Zahl z. B. im Jahre 1891: 621 068.) Zur Würdigung der Zahlen ist es noch nötig hervorzuheben, daß die Bevölkerung von England und Wales im Jahre 1851 rund 18 Millionen betrug, während sie im Jahre 1901 die Zahl von 32,5 Millionen erreichte. Es waren von je 100 männlichen Personen im Alter von über 10 Jahren im Jahre 1851 19 in der Landwirtschaft beschäftigt, im Jahre 1901 nur 6.

Ueber die Ursachen dieses Rückganges sind hier die Ansichten geteilt. Die liberalen Politiker meinen, daß diese Ursachen zu finden seien in der Habgier der Grundherren, die die Ueberreste des Gemeineigentums des Volkes, den Besitz der kleinen Landwirte und die Parzellen der Landarbeiter an sich gerissen haben. Die Konservativen dagegen sind der Ansicht, der Freihandel habe den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb unrentabel gemacht und die ausblühenden Städte hätten eine zu große Anziehungskraft auf die Landarbeiter ausgeübt.

Bis in die achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts hinein wurde von der Gesetzgebung nichts unternommen, um die landwirtschaftlichen Arbeiter dem englischen Ackerbau zu erhalten und die Vermehrung der Zahl der kleinen Landwirte zu begünstigen. Erst nachdem das parlamentarische Wahlrecht im Jahre 1884 auf die Landarbeiter ausgedehnt worden war, und die Arbeitslosigkeit in den Städten sich stärker bemerkbar gemacht hatte, begann das Parlament sich mit der Lage der arbeitenden Landbevölkerung zu befassen, und es wurden im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte mehrere landwirtschaftliche Untersuchungskommissionen eingesetzt und mehrere Landgesetze und Novellen erlassen, durch welche die Lokalbehörden ermächtigt wurden, Boden zu kaufen, ihn aufzuteilen und an kleine Landwirte zu verkaufen oder zu verpachten.

Die Wirkung dieser Gesetze war aber gering. Die Zahl der kleinen Landwirte hat sich nicht vermehrt, und die der Landarbeiter hat abgenommen, obwohl die Zahl der Parzellenbesitzer gewachsen ist. Die Ursache des Mißlingens dieser Gesetzgebung ist darin zu suchen, daß die Grasschafts- und Gemeinderäte, denen die Ausführung jener Gesetze zufiel, in den meisten Fällen von ihren Rechten keinen Gebrauch machten. Sie wollten keinen Boden kaufen, und wo sie ihn kauften, war es ihr Bestreben, Kleinbauern zu schaffen, um in deren „Eigentumsfanatismus“ ein Bollwerk gegen die sozialistische Agitation zu schaffen! Die Landwirte dagegen zogen das Vorkauf dem Ankauf vor. So kreuzten sich die Wünsche der Gesetzgeber und der Gesetzesverwalter, ebenso die Pläne der Gesetzgeber und der Landwirte.

Die Ursache des Mißlingens der bisherigen Bodenreform in Betracht —: 1. Die Unwilligkeit der Lokalbehörden, Land zu kaufen und zu verpachten; 2. die Unwilligkeit der Landwirte, Boden zu kaufen — so

ergeben sich die Grundzüge eines neuen, verbesserten An siedelungs-gesetzes von selbst: Die Zentralregierung (der Staat) legt den Lokalbehörden (Grasschaften und Gemeinden) die Pflicht auf, Boden zu kaufen — wenn nötig, zwangsweise. Weigern sich die Lokalbehörden, ihre Pflichten zu erfüllen, so ernannt die Zentralregierung auf Kosten der Grasschaften (Komplexe von Gemeinden) Kommissare und Verwalter, die das Gesetz erfüllen. Der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird die Möglichkeit gegeben, Boden zu pachten, ohne daß sie gezwungen wird, Boden zu kaufen.

Das sind auch die Grundzüge des neuen Gesetzes über Small Holdings and Allotments.

Aus diesen Grundzügen geht aber ein neues Prinzip für die englische Bodenreform-Gesetzgebung hervor: Zum Eigentümer des Bodens wird nicht die Einzelperson, nicht die Familie gemacht, sondern die Gemeinde, ein Komplex von Gemeinden (Grasschaft) und in letzter Instanz der Staat; die Bewohner des Bodens sind nur die zeitweiligen Besitzer; der Grund und Boden wird nationalisiert.

So im Prinzip. In der Praxis aber, wie sie im neuen Gesetze niedergelegt ist, kann die Grasschaft den nötigen Boden nicht nur kaufen, sondern auch pachten. Im letzteren Falle würden die Grundherren noch immer die Eigentümer des Bodens bleiben, aber es hängt ganz von den Lokalbehörden ab, zu kaufen oder zu pachten. Der Staat gibt ihnen die Macht, Zwangsmittel gegen widerspenstige Grundherren anzuwenden. Kommen sie zu der Ueberzeugung, daß sie das Gesetz nur durch Kauf ausführen können, so werden die Grundherren abgelöst.

Nun zu den wichtigsten Einzelheiten: Die oberste Behörde für das An siedelungs-gesetz ist das Ministerium für Landwirtschaft. Dieses ernannt Kommissare und Beamte, deren erste Pflicht es ist, sich in den verschiedenen Grasschaften über die Nachfrage nach Small Holdings und über den Umfang des Landangebots zu erkundigen. Mit den auf diese Weise gesammelten Daten wenden sie sich an die Grasschaftsräte und fordern diese auf, ausführliche Pläne über den Ankauf und über das Verpachten auszuarbeiten und binnen 6 Monaten an ihre Verwirklichung zu gehen. Lassen die Grasschaftsräte die gesetzliche Frist ergebnislos ablaufen, so treten die Kommissare ein und erfüllen das Gesetz auf Kosten der obstruierenden Gemeinden. Der für die Zwecke des Gesetzes nötige Boden kann den Grundherren durch gegenseitige Uebereinstimmung oder durch Zwang abgekauft oder abgepachtet werden. Der Preis des zwangsweise erworbenen Bodens wird von einem Vertreter der Regierung festgestellt. Die Lokalbehörden haben das Recht, landwirtschaftliche Genossenschaften, Landbankbanken zu gründen oder bereits bestehende zu unterstützen. Die Finanzquellen der Grasschaftsräte für die Zwecke dieses Gesetzes sind: Anleihen, Zuschüsse vom Landwirtschaftsministerium, Gemeindesteuern. Die Grasschaftsräte sind ermächtigt, bei der Anleihekommision des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten Geld zu borgen. Der Zinsfuß soll der niedrigste sein. Die Anleihe muß binnen 80 Jahren amortisiert werden. Die Grasschaftsräte sind ermächtigt, auf den zu verpachtenden Holdings Wohnhäuser, Wirtschaftsgebäude zu bauen, Wasserleitungen usw. einzurichten. Die Small Holdings fallen in das Verwaltungsgebiet der Grasschaftsräte, die Allotments in das der Dorfgemeinderäte (parish council); letztere können aber den nötigen Boden nicht zwangsweise erwerben; wo sie zu Zwangsmitteln schreiten müssen, sollen sie sich an die Grasschaftsräte oder — wenn erforderlich — an das Landwirtschaftsministerium wenden.

Das sind die Grundzüge des neuen Gesetzes über die Förderung von Small Holdings and Allotments. Das Gesetz enthält noch eine ganze Reihe untergeordneter Punkte, Ausnahmen und Ausführungsbestimmungen, aber sie ändern nichts am Wesen dieses Gesetzes, dessen Wirkung auf die sozialistische Entwicklung Englands in hohem Grade von den Administratoren des Gesetzes abhängt.

Auch über dieses Gesetz kam es zwischen den beiden Häusern zu tiefen Meinungsverschiedenheiten. Die Lords waren besonders darauf bedacht, das Gesetz derart zu amendieren, daß es zur Schaffung von Kleinbauern und nicht von Kleinpächtern führe. Sie waren sich des Umstandes bewußt, daß in den Händen von sozialpolitisch vorgeschrittenen Lokalbehörden das Gesetz eine der umfassendsten Reformen herbeiführen kann. Jedoch die liberale Regierung wollte nicht nachgeben, und die Lords fügten sich. Die Liberalen konnten gar nicht nachgeben, da sie aus den Erfahrungen mit den früheren Gesetzen aus den Jahren 1887, 1892 und 1894 wußten, daß es ganz unmöglich ist, in England eine breite Schicht von Kleinbauern zu schaffen. Es war also nicht die Liebe zur sozialistischen Bodenreform, die die Liberalen veranlaßte, die wichtigsten Amendements der Lords zu verwerfen. Sie konnten einfach nicht anders handeln. Die Zeit ist reif für eine umfassende Reform im Bodenbesitz, und die Reform kam. Sie ist auch nicht so radikal, wie sie hätte sein sollen. Der größte Fehler des Gesetzes besteht unseres Erachtens darin, daß es den Grasschaftsräten auch das Recht einräumt, Boden von den Grundherren zu pachten. Auskauf war das einzig Richtige. Man hätte den Grasschaftsräten, die bekanntlich in den ländlichen Gegenden mit den Grundherren alliiert sind, nicht die Möglichkeit lassen sollen, das Eigentumsrecht der Landlords zu konfiszieren.

## Die freisinnige Wahlkampfparade.

Ueber die freisinnigen „Wahlrechtskämpfer“ schreibt der ehemalige wildfreisinnige Abg. v. Gerlach:

Trefflich setzte die preussische Wahlrechtskampagne vor sechs Wochen ein. Raumanns denkwürdiger Artikel war eine helltönende Fanfare. Tapfer folgten dem Rufe im Streit die angesehensten Organe des Freisinn, sowie eine Anzahl hervorragender Parlamentarier aus den drei freisinnigen Gruppen. Widerspruch innerhalb der entschiedenen bürgerlichen Linien schien ausgeschlossen.

Schreden fuhr den Agrariern und sonstigen Schorfmachern in das klappernde Gebein. Dattien sie doch das Gefühl: diesmal wirds Ernst! Eilig wurde dem Zentrum zu Hute. Ist es doch durch seinen eigenen Antrag verpflichtet, für den Erfolg des Klassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht einzutreten. Aber die Grundbesitzer in ihren Reihen haben vor jeder gründlichen Wahlreform zurück. Auch die Nationalliberalen wußten nicht recht, was tun. Ihre reaktionäre Seele kam wieder einmal mit dem liberalen Parteititel in Konflikt. Und ganz unbehaglich war es der Regierung. Was, diese verteuerten Freisinnigen wollen auf ihrer wichtigsten liberalen Forderung bestehen, wenn sie beim „Blod“ bleiben sollen? Da muß man ihnen am Ende doch ein gut Stück entgegenkommen, wenn nicht der „Blod“ und damit Wilhows Reichskanzlerherrlichkeit in die Brüche gehen soll!

Wenige Wochen sind seitdem ins Land gegangen, und die Lage hat sich gründlich geändert. Nach den Liberalen meldeten sich die sogenannten „Liberalen“ zum Wort. Einer nach dem anderen traten sie hervor, die „Taktiker“ und „Staatsmänner“ (lies: Strecker und Wangbügen). Warnend raunten sie: Die Gelegenheit ist unglücklich. Nur nicht zuviel fordern! Der Freisinn ist schwach. Man muß sich mit dem Erreichbaren begnügen. Am Gotteswillen nicht die Taube auf Ziel genommen! Der Sperling ist auch ein ganz schöner Vogel, auch wenn er noch so mager ist. Was scheren uns freisinnige Grundzüge und Programme? Die sind für unsere Entel da. Wir freisinnigen Männer von 1907 kennen nur ein Verkenntnis: der Blod ist groß und Wilow ist sein Prophet! Der Draufgänger Raumann und all diese Stürmer und Dränger gefährden ja den Blod. Darum: in die Wüste mit ihnen!

Für den Liberalismus steht alles auf dem Spiel. Er hat an Vertrauen im Volk schon so viel eingebüßt, daß ihm zu verlieren fast nichts mehr übrig bleibt. Verlagt er jetzt, ist ihm die Zugehörigkeit zum Blod wichtiger als die Wahrung der Grundrechte des Volkes, so wird er sich nicht wundern dürfen, wenn er den letzten Rest von Anhang in den Massen verliert.

Der Wahlrechtskampf ist Pflicht für den Liberalismus und zugleich „Saat auf Hoffnung“. Führt die Lösung: Alles oder Nichts zum Nichts in Preußen, so ist sie doch nicht vergeblich ausgegeben gewesen. Ist nun das Volk genügend mit Verachtung des preussischen Wahlrechts und mit Haß gegen seine Verteidiger erfüllt worden, so stellen sich die Früchte ganz von selbst ein, wenn nicht bei den Landtags-, so sicher bei den Reichstagswahlen. Tapfere und eheliche politische Arbeit wird nie vergeblich getan.

Die Blochpolitik war ein Fehler für den Liberalismus; sie würde zum Verbrechen werden, wenn sie zum Vorkurrer in Sachen des Wahlrechts führte. Die Plannmacher mögen es — zum Teil wenigstens! — ehrlich mit dem Liberalismus meinen. Tatsächlich schaden sie ihm mehr als alle Reaktionen und Merkwürdigkeiten zusammen genommen. Darum muß der Sturm der Massen entfacht werden nicht nur gegen die Feinde der Volkrechte, sondern vor allem auch gegen die Lauen und Zweifelhafte im eigenen Lager. Vorwärts und drauf!

Ganze Arbeit soll getan werden. Herr v. Gerlach wird der Kuser in der Wüste bleiben! Hat doch selbst Herr Raumann inzwischen kläglich den Rückzug angetreten.

Wie der „Vorwärts“ gestern diese betrieblende Tatsache feststellte, so ähnen sich auch die bürgerlichen Blätter. So schreibt die „Tägl. Rundschau“:

„Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Im „Berl. Tagebl.“ nimmt Friedrich Raumann von neuem das Wort, um seine von der maßgebenden Presse des Freisinn so schön abgewiesenen Vorschläge zur Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu verteidigen. Er bleibt natürlich dabei, daß er nur höchst Vernünftiges geäußert hat, aber der Ton seiner Musik klingt doch schon wesentlich anders, wie damals, als er seine Staatsrechtspläne zum ersten Male der Sauregurkenzeit zur Unterhaltung präsentierte. Er erklärt, der Blod sei keine „Demütigungsanstalt“ für den Freisinn und diesem könne ein „geistiger Selbstmord“ nicht zugemutet werden. Das hat auch in niemandes Absicht gelegen. Was man von dem Freisinn als Blochpartei verlangen muß, besteht allein darin, daß er auf die anderen Angehörigen des Blokes doch ein klein wenig Rücksicht nehmen und nicht so tun möge, als bilde er allein die neue Mehrheit. Und es scheint, daß auch Abg. Raumann allmählich zu der Einsicht kommt. Er sagt kein Wort mehr davon, daß das Reichstagswahlrecht jetzt und nötigenfalls mit Staatsrechtsmitteln einzuführen sei; er hält nur noch die Behauptung aufrecht, daß alle Linksliberalen in der Forderung dieses Wahlrechts einig sind. Das aber brauchte er nicht erst zu versichern.“

Ganz im gleichen Sinne sagt die „Germania“: Friedrich Raumann erörtert in einem neuen, dem „Berl. Tagebl.“ im Voraus zur Verfügung gestellten Artikel nochmals die Stellung des Liberalismus zum preussischen Wahlrecht. Er hält stoll die Behauptung aufrecht, daß alle Linksliberalen in der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen einig seien. Die Meinungsverschiedenheiten, über die man so viel Redens mache seien lediglich taktischer

Natur. Aber, besser Herr Naumann, das ist es ja eben! In der Theorie fordern alle Freisinnigen das Reichstagswahlrecht, aber wenn mit dieser Forderung er nicht gemacht und dem Reichstanzler die Pistole auf die Brust gesetzt werden soll, dann verjagen sie Herrn Naumann ihre Gefolgschaft. Er will, daß sie ihre Stellung im Block energisch zugunsten des Reichstagswahlrechtes ausnutzen, die Freisinnigen aber wollen vor allem beim Block bleiben. Herr Naumann erwartet jetzt, daß die liberalen Vereine allüberall „das Wort ergreifen“, also das Reichstagswahlrecht fordern werden. Er selbst aber denkt offenbar schon an den Rückzug.

Sechs Wochen also genügt, um, ehe der Wahlrechtskampf überhaupt begann, selbst die radikalsten und demokratischsten Elemente des Freisinn als Marode auf der Strecke bleiben zu lassen!

Wie recht hatte das rheinische Organ der Hirsch-Dunderschen von den freisinnigen „alten Weibern“!

## Ausgetagt.

Die Haager Pötte geht ihrem Ende entgegen. Noch vor kurzem schien es, als würde die Friedenskonferenz bis zum Winter tagen. Wie jedoch aus dem Haag gemeldet wird, hat die holländische Regierung bei dem Vorstehen der Konferenz, dem russischen Staatsrat Kelidow, angefragt, ob ihr zur Eröffnung der Generalkonferenz am 17. September der Rittersaal, in dem das turkische Friedensparlament tagt, zur Verfügung stehe, und darauf hat Kelidow erwidert, die Konferenz werde voraussichtlich bis zum 21. September dauern, aber die Unterzeichnung des Schlussprotokolls dürfte sich bis zum 28. September verzögern.

Bisher hat die Konferenz ihre Zeit hauptsächlich mit der Aufstellung von allerlei minderwertigen Kriegsmodalitätsregeln verbracht; der sogenannte „positive“ Teil ihres Programms, darunter vornehmlich die Abschließung des geplanten Weltvertrages über das obligatorische Schiedsgericht, steht noch aus und soll in den nächsten drei Wochen erledigt werden. Viel wird auch dabei nicht herauskommen, da jeder Staat sich freie Hand bewahren will und je nach seiner Stellung im politischen Konzert allerhand besondere Spezialwünsche auf Lager hat. In der offiziellen Presse wird die Stellung der hauptsächlich in Betracht kommenden Mächte folgendermaßen skizziert:

Die Hauptaufmerksamkeit wendet sich zwei Vorschlägen zu. Der erste stellt das Prinzip des obligatorischen Schiedsgerichts für alle Staaten auf. Er enthält jedoch eine Klausel, die die Institution des Schiedsgerichts flüchtig macht. Alle Staaten sollen sich durch Verträge verpflichten, dem Urteile des Schiedsgerichts sich zu fügen; der Vertrag gilt jedoch nicht für Fälle, in denen nach Ansicht eines der beteiligten Staaten — nicht etwa nach der des Schiedsgerichtshofes — seine Ehre oder seine vitalen Interessen in Frage kommen. Es ist selbstverständlich, daß die Staaten in allen Fällen, wo sie den Weg des Krieges für erwünschter halten würden, von der Klausel Gebrauch machen könnten. Jedoch selbst bei Annahme des Prinzips des Schiedsgerichts ist die friedliche Lösung der bestehenden Konflikte keineswegs gesichert. Es muß dann erst das formelle Kompromiß geschlossen werden; die Parteien müssen sich betrefte des Schiedsrichters einigen usw. So taucht eine neue Reihe von Konflikten auf, deren Ausgleichung vielfach die größten Schwierigkeiten macht. Würde also die Konferenz diesen Vorschlag ablehnen, so wäre damit nur der Schein erweckt, daß für die Ende des Weltfriedens etwas geschehen sei.

Ein zweiter Vorschlag, der von englischer Seite ausgeht, will das Schiedsgerichtsproblem gewissermaßen in mechanischer Weise lösen. Er nimmt sich auf den ersten Blick seriöser aus, weil hier die Unterwerfung unter das obligatorische Schiedsgericht ohne jede Einschränkung ausgesprochen wird. Dieser Weltfriedensvertrag hat die Form einer Tabelle. In vertikaler Richtung sind die Gegenstände verzeichnet, betrefte deren die Verpflichtung gilt; in horizontaler die Staaten, welche durch ihre Signatur für diesen oder jenen Punkt das obligatorische Schiedsgericht angenommen haben. Was sind nun die Materien, für welche dieser Entwurf das Schiedsgericht vorsieht? Es sind durchweg geringfügige Dinge, die auch vor der Ära der Friedensbewegung niemals zu einem ernsten Anlaß gegeben haben und die um so weniger heute die Waffen in die Hand drücken könnten. Auch dieser Vorschlag würde also das obligatorische Weltfriedensgericht kaum zu einer seriösen Institution machen. Deutschland zieht es vor, in den Grenzen des Erreichbaren ernste und eheliche Sicherungen des Friedens anzubahnen, statt Formen ohne Inhalt schaffen zu helfen. Zunächst ist das Prinzip des Weltvertrages vorläufig unannehmbar, da bei der großen Anzahl der Staaten sowie der Verschiedenheit und Komplexität der in ihnen herrschenden Verhältnisse jede allgemeine Formel notwendigerweise vag und nebelhaft sein müßte. Deutschland lehnt keineswegs die Idee des obligatorischen Schiedsgerichts ab, aber es behält sich vor, diejenigen Staaten zu bestimmen, mit denen es einen Vertrag dieser Art abschließen will. Und ebenso wird es die Gegenstände wählen und bezeichnen, betrefte deren es sich einem Schiedsgericht unterwirft.

Nur für ganz nebensächliche Fragen, für bloße Appalaten, die auch bisher nicht zu kriegerischen Verwicklungen führten, sondern auf dem Wege gegenseitiger diplomatischer Verhandlungen gelöst wurden, soll also das Schiedsgericht in Funktion treten; aber selbst dann nicht für alle Staaten, denn Deutschland behält sich nebenbei vor, unter diesen eine ihm passende Auswahl zu treffen und vorher diejenigen Staaten zu bestimmen, mit denen es sich auf einen Vertrag einlassen will. Was demnach bei der sogenannten Lösung der Schiedsvertragsfrage herauskommen wird, läßt sich schon jetzt deutlich erkennen.

Die Haager Friedenskonferenz hat einigen Diplomaten auf Staatskosten Gelegenheit geboten, sich von den Anstrengungen der winterlichen Wollfäden zu erholen — einen weiteren Zweck hat die Veranstaltung nicht.

## Marokko.

Ueber die Haltung des Sultans Mulay Hafid bringen die Pariser Blätter widersprechende Nachrichten. Eine Proklamation des neuen Nachhabers spricht von seiner Absicht, die Feinde in der Meer zu werfen — gleichzeitig behauptet die „Libre Parole“ zu wissen, daß Mulay Hafid der französischen Regierung das Anerbieten gemacht habe, die Ordnung in Marokko wieder herzustellen, wenn man ihn als Sultan anerkenne. Die beiden Meldungen liegen sich nur dann vereinigen, wenn man annehmen möchte, daß die Proklamation die für die Öffentlichkeit berechnete Klaffe sei, hinter der Mulay Hafid mit den Franzosen vorgehen wolle.

Die Lage des Sultans Abdul Aziz wird täglich prekärer. Drei seiner Minister sind ermordet worden, das Geld geht ihm aus und der Anhang seines Gegners mehrt sich hartnäckig. Der wichtige Stamm der Beni-Taffen, der nicht weit von Fez sitzt, hat sich für Mulay Hafid erklärt.

Die Franzosen haben vor Casablanca ein neues Gefecht zu bestehen gehabt. Die Zahl ihrer Toten und Verwundeten ist abermals gestiegen. — allerdings sollen die Marokkaner mehr als das Hundertfache der französischen Verluste erlitten haben.

## Die Meldungen des Tages lauten:

Paris, 4. September. Die Blätter veröffentlichen den Text der Proklamation Mulay Hafids, die in den Moscheen von Rabat gelesen wurde. Sie besagt, daß die Muselmanen, welche die Befehle von Abdal als einen Eder betrachten hätten, der wert sei, verpöndelt zu werden, ihre Brüder ohne Hilfe gelassen hätten. Deshalb hätten sich die Feinde, als sie die Schwäche und Ohnmacht des gegenwärtigen Sultans, der nur Veränderungen sich hingeeben hätte, kennen lernten, des größten marokkanischen Hafens Casablanca bemächtigt, die Einwohner vertrieben und zahlreiche Schiffe ausgefahnt, um gegen die übrigen Häfen vorzugehen. Der Feind gehe mit der Absicht um, sich der Städte Fez und Marrakesch zu bemächtigen. Mulay Hafid fügt hinzu, daß er dem einmütigen Wunsch der Mohammedaner, ihn zum Sultan auszurufen, damit er ihre Interessen verteidige und den Feind nach dem Meere zurückwerfe, nachgegeben und die Wahl angenommen habe. Seine Fahne sei mit Jubel begrüßt und seine Thronbesteigung öffentlich verkündet worden. Er habe Gott gebeten, ihm bei der Ausführung des ihm auferlegten Wertes Beistand zu leisten.

Paris, 4. September. „Libre Parole“ berichtet, der vorgestrige Ministerrat habe sich versammelt, um einen Vorschlag Mulay Hafids zu prüfen, der dem General Drube das Anerbieten gemacht habe, die Ordnung wiederherzustellen, wenn die Mächte ihn als Sultan anerkennen. Wenn dies nicht geschehe, werde er den heiligen Krieg verkünden. Der Ministerrat hat den Vorschlag gefast, die Mächte zu Rate zu ziehen und dem General Drube namhafte Verhörungen zu schicken, damit er für den Eintritt eines jeden Ereignisses gerüstet sei.

Alia, 3. September. Der Korrespondent der „Albanischen Zeitung“ telegraphiert aus Tanager über die Lage im Süden folgende, aus zuverlässiger Quelle stammenden Mitteilungen: Ein Kriegszug gegen Casablanca ist nicht beabsichtigt. Der neue Pascha von Marrakesch, Hadid Thani, ein Bruder des mächtigen Haids von Ouaou, wird ein Expeditionskorps mit Artillerie gegen Fez führen, später folgt Mulay Hafid. Die gegen Casablanca kämpfenden Stämme sollen zunächst veranlaßt werden, ihre Kräfte nicht zu zerstreuen. Mulay Hafid zählt in Fez Anhängere Anhänger und im Süden mehrt sich sein Anhang täglich. Der Kad Aissa von Abba begab sich zur Huldigung nach Marrakesch, desgleichen der Kad von Ktuga, ein bisheriger Gegner Mulay Hafids. Die Stadt Mogador wartet noch das Verhalten der übrigen Küstenstädte ab, dagegen wird der Kad der Anflut dem Beispiel Aissas folgen. Er erklärte, für die Sicherheit Mogadors so lange zu garantieren, als dort keine Truppen gelandet werden. Die Auswanderung aus Tanager ist stärker denn je.

London, 4. September. „Daily Telegraph“ meldet aus Casablanca vom 2. September: Briefe aus Fez bringen die Meldung von der Ermordung der Brüder Taggi, des Ministers des auswärtigen Abteilens den Sultan und des zweiten Vertreters des Sultans in Tanager Ganam. Der Nord wurde begangen durch Anhänger des Kad von Mehar, Driß ben Ach, welcher Oberkammerer oder Einführer der Gesandten am Hofe des Sultans ist. Die Brüder Taggi übten eine fast unbeschränkte Herrschaft über den Sultan aus. Es wird ihnen die Schuld an dem Ruin des Reiches zugeschrieben. Sie waren nur auf die Vergrößerung ihres eigenen Vermögens bedacht, welches auf Millionen geschätzt wird. Es heißt, daß dasselbe ausreichen würde, um sämtliche Schulden Marokkos damit zu begleichen.

Fez, 3. September. Der Sultan berief die Nemas zu sich. Es wurde beschlossen, Mulay Hafid sei als Naqui, das ist als Aufwärtiger, zu erklären. Auch wurde die Möglichkeit, bei Frankreich eine Anleihe aufzunehmen, ins Auge gefaßt. Die Versammlung wurde aufgefordert, sich für den Sultan oder seinen Bruder zu entscheiden. Dem Sultan wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Tanager, 3. September. Der Stamm der Beni Taffen, der zwischen Fez und Rabat seinen Wohnsitz hat, hat sich für Mulay Hafid erklärt. Die Stammesangehörigen wollen keinem Beamten angehören, der nicht von ihm ernannt ist. Sie drohen, Marrakesch anzugreifen und zu plündern, wenn der Proklamation Mulay Hafids dort nicht zugestimmt werde.

Casablanca, 3. September. Eine gestern nachmittag außerhalb der Vorpostenlinie unternommene Erkundungsfahrt führte zu einem heftigen Kampf mit den in der Umgebung lagernden Stämmen. Diese hatten große Verluste. Auf französischer Seite betragen die Verluste acht Tote und siebzehn Verwundete. Unter den Toten befinden sich zwei Offiziere.

Paris, 4. September. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Tanager dauerte der gestrige Kampf von 7.30 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags. Ein Feldwibel der afrikanischen Schützen wurde tödlich verwundet. Die Marokkaner griffen unter dem Befehl von Koranuren an, aber die eingeborenen Freiwilligen hielten ihrem Ansturm, ohne zu wanken und zu weichen, stand. Das französische Lager wäre beinahe erobert worden. Der Feind kam bis auf eine kurze Entfernung heran, ehe er zurückwich. Der Horizont war schwarz von feindlichen Reiterscharen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. September 1907.

### Freisinnige Selbsterkenntnis.

Vor einiger Zeit konnten wir Herrn Gothein hier wegen eines leidlich vernünftigen Artikels über die Ursachen des letzten oberhessischen Vergarbeiterstreiks belobigen. Herr Gothein hatte sehr eindringlich und beweiskräftig dargelegt, wie dieser Streik lediglich in der steigenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse begründet gewesen wäre, wie wieder an dieser zunehmenden Teuerung nur die deutsche agrarische Politik schuld sei. Wir hatten dann nur diese Erkenntnis des Herrn Gothein in den augenfälligen Gegenstand zu seiner und seiner freisinnigen Freunde Blockpolitik gesetzt, die solche agrarische volksfeindliche Politik bewußt und absichtlich unterstülze.

Herr Gothein hatte diese zweifelloste Beweisführung nicht antasten können und sich dann dadurch aus dieser für ihn so blamablen Affäre zu ziehen versucht, daß er uns vortwarf, die Sozialdemokratie habe die agrarische Reaktion erst recht dadurch gestärkt, daß sie in den letzten Stichwahlen nicht genug freisinnigen durchgeholfen habe.

Domit kam Herr Gothein einen großen Schritt weiter in seine Sadgasse hinein, denn nun konnten wir ihm an mehreren Duzend Wahlbeispielen völlig altemäßig nachweisen, daß gerade das Gegenteil feststeht, daß die Freisinnigen wohl duzend Male Sozialdemokraten gegen Erzeaktionäre haben durchfallen lassen, daß aber die Sozialdemokratie nur in zwei bis drei Fällen einen oppositionellen Zentrumsmanne einem blockästeren Freisinnigen vorgezogen habe.

Auch diese Tatsache kann Herr Gothein nicht leugnen, und er kommt infolgedessen auf dem letzten Ende seines folgerichtigen Rückzuges jetzt zu der Untersuchung, warum freisinnige Wähler in der Stichwahl nicht für einen Sozialdemokraten stimmten. Diese Untersuchung und die darin enthaltenen offenen Eingeständnisse sind immerhin wertvoll genug, um noch in einem Schlusswort darauf einzugehen.

Herr Gothein gibt zwei Gründe für dies Verhalten der Freisinnigen an, die gleich charakteristisch für den politischen Tiefstand des Freisinn sind.

Der erste Grund liegt nach Herrn Gothein in der Verbindung der Sozialdemokratie mit — dem Zentrum! Man höre:

„Die ausschlaggebende Stellung hatte das Zentrum aber nur dadurch, daß es in den letzten Reichstagen damit drohen konnte, wenn man seine Wünsche nicht erfüllte, gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Forderungen der Regierungen abzulehnen. Konnte man also den Zentrumsdruck nicht erschüttern, so mußte man die Sozialdemokraten schwächen, um dieses traurige Spiel zu befeitigen. Es wurde den Wählern eben klar, daß die Sozialdemokratie stets die Geschäfte des Zentrums besorgt hatte, wohl ohne Absicht, aber doch tatsächlich.“

Diese Logik ist wahrhaft erschütternd! Um das gerade in wirtschaftlichen Fragen so reaktionäre Zentrum indirekt zu zerschmettern, mußte der Freisinn die einzige Partei, die in wirtschaftlichen Fragen mit ihm selbst ein gut Teil Weges mitgeht, zu vernichten bemüht sein! Kann man die politische Einfäktlosigkeit offener zum Prinzip des politischen Handelns erheben? Kann man offener zugeben, nicht nach Grundsätzen und realen Machtverhältnissen in der Politik zu handeln, sondern nach Blößen und augenblicklichen Empfindungen und Gefühlen?

In der Tat kann man dies letztere doch noch offener dokumentieren, indem man etwa geradeheraus sagt: Ihr habt bei den Wahlen, bei Eurer Agitation, bei Eurem ganzen politischen Vorgehen unsere — Gefühle durch Euren Ton verletzt!

Dies nämlich ist der zweite Grund, den Herr Gothein zur Erklärung und Begründung des volksverräterischen freisinnigen Verhaltens anführt. Ja, die Verletzung des guten Tones wiegt bei ihm sogar noch schwerer wie der erstgenannte Grund. Wörtlich schreibt er:

„Weit schwerer wiegt aber ein anderes: Die verlebende, ja unanständige Art des politischen Kampfes, die kein gutes Haar an dem Gegner läßt, auch wenn er der arbeiterfreundliche, auch wenn er der energischste Kämpfer gegen die Reaktion ist.“

Selbst zugegeben, wie wir es nicht zugeben, Herr Gothein habe mit dieser allgemeinen Behauptung recht, und selbst zugegeben, wie wir es nicht zugeben, die Sozialdemokratie wäre die einzige Partei, die im politischen Kampfe den sogenannten „guten Ton“ verleiht, und schließlich, selbst zugegeben, wie wir es nicht zugeben, der Freisinn sei der Erbpächter des guten Tones in der Politik und habe ihn selbst nie verletzt, — was alles bewiese dies für den Freisinn und für sein Verhalten bei den Duzenden von Stichwahlen, in denen es unreaktionäre Agrarier den Sozialdemokraten vorgezogen hat?

Es bewiese doch immer nur wieder und wieder das eine, daß der Freisinn als ernsthafte politische Partei abgewirtschaftet hat, daß er in die Rolle des alten Mitterleins gekommen ist, das jeden Luftzug, jeden Wind und Sturm des Kampfes meiden muß, das jedes laute Wort wie eine persönliche Beleidigung auffaßt. Ein solches, dem Grabe nahes Wesen kann wohl durch Krücken (— der Regierung —) noch einmal auf die Beine gebracht werden, es kann wohl durch Schminke (— des Blokes —) noch einmal wie Leben scheinen, aber wirkliches, eigenes und selbstwirkendes Leben hat es nicht mehr.

Eine politische Partei, die nicht auf Grundsätzen ruht und nicht nach Grundsätzen handelt, die nach Gefühl und Laune lebt, kann wohl durch irgend welche zeitlichen Zufälle von den Wogen fremder Einflüsse empgehoben werden, aber aus eigener Kraft vormag sie nichts.

Wenn Herr Gothein diese historische Erfahrung durch bloße Selbsterkenntnis seiner Partei hat belegen wollen, so hat seine letzte Stillübung dadurch wenigstens einige Bedeutung zu beanspruchen. —

### Ultramontaner Pressfrieden.

Zwischen den liberalen Zeitungen nördlich und südlich der Mainlinie, die sich bei der Behandlung der Schell-Commer-Affäre und der Antiliberal-Bewegung in die Haare geraten waren, ist es in einer Verhandlung, die in Würzburg während der Tagung des Katholikentages stattgefunden hat, zu einer sogenannten Verständigung gekommen. In zwei streng vertraulichen Sitzungen des Augustinusvereins wurden von den Redakteuren, Verlegern und Mitarbeitern der katholischen Presse die Zwischenfälle gründlich erörtert und schließlich in der Weise eine Einigung erzielt, daß die reformistisch angehauchten Pressevertreter sich den Ansichten derjenigen, welche die unbedingte Autorität des heiligen Stuhles vertreten, völlig unterwarfen. So erzählt z. B. Dr. A. Kaufen, der Herausgeber der „Allgemeinen Rundschau“:

„Diese gründliche Aussprache, an der sich die verschiedenen Richtungen tüchtig beteiligten, hat jedenfalls das Eine bewiesen, daß manches Aergernis, das nur den gemeinsamen Gegnern der katholischen Sache zugute kam, verhütet worden wäre, wenn gleich anfangs ein ähnlicher Weg der Auseinandersetzung gefunden worden wäre. Zweifelloso hat auch die Veröffentlichung der Schellenschen Briefe an Dr. Howiller und namentlich an Professor Rippold und den Grafen Hohenbroch sehr viel dazu beigetragen, daß vorher in fast unüberbrückbarer scheinende Standpunkte sich schon von selbst wesentlich näher kamen. Ohne der Persönlichkeiten Schells und seinen auf verschiedenen Gebieten liegenden Verdiensten und Vorgängen zu nahe zu treten, darf man es heute ruhig aussprechen, daß der Denkmalaufwurf, der nachträglich so außerordentlich viel Staub aufgewirbelt hat, wohl überhaupt nicht zustande gekommen wäre, jedenfalls nur einen kleinen Bruchteil seiner Unterschriften gefunden hätte, wenn den Unterzeichnern vor her die tief bedauerlichen Briefe Schells an Prof. Rippold und an den Prälaten Hohenbroch bekannt gewesen wären. Dem Herausgeber der „Allgemeinen Rundschau“ wurde während der Würzburger Tage von mehreren Herren versichert, daß sie gleich ihm an der Rundgebung — denn eine solche war es doch immerhin — nicht teilgenommen hätten, wenn sie von diesen Korrespondenzen, die auch im mildesten Lichte einer an Realität grenzenden Unvorsichtigkeit außerordentlich bedenklich bleiben und noch manchen Schaden anrichten können, eine Ahnung gehabt und auch andere Umstände gekannt hätten.“

Eine Ergänzung zu dieser Darstellung liefern die Angaben der „Augsb. Postz.“ über die Basis, auf der die Einigung zustande gekommen ist. Sie enthält folgende Punkte:

1. Der Papstbrief an Commer steht glänzender gerechtfertigt da als je. Des Papstes Herzengüte, Milde und Langmut ist bewundernswert.
2. Hätten die Unterzeichner des Denkmalaufwurfs gewußt, was sie jetzt wissen, hätten sie denselben anders redigiert oder unterlassen.
3. Schell hat sich nicht bloß aus Realität zu bedauerlichen Briefwechseln hinreichen lassen, sondern auch zu anderen Akten, die vorläufig noch diskret bleiben sollen.
4. Ohne oder mit Willen und Unterstülzung Schells bildeten sich in letzter Zeit unter seinen geistlichen Anhängern in der Diözese Strömungen, die in ihrer Entwicklung zum Abfall hätten führen müssen.
5. Wenn geistliche Schellianer ihre Angriffe gegen den Papst und den Bischof von Würzburg in liberalen Blättern fortsetzen, werde in den Enthüllungen nicht mehr bloß von noch kompromittierenderen Briefen, sondern mit noch anderem Material fortgefahren werden, womit man bisher zurückhielt, um das Ansehen Schells zu schonen.
6. Auch jene deutschen katholischen Blätter, die bisher das pointierte Vorgehen der bayerischen nicht verstanden, begreifen es nun.“

Die streng-ultramontane Richtung hat also völlig die Oberhand behalten. —

### Liebenswürdige Unterstellungen.

Das Solinger Parteiblatt macht in einem Artikel über „Kolonialpolitik“, der vom Kasseler „Volkblatt“ nachgedruckt wird, dem „Vorwärts“ allerhand liebenswürdige Unterstellungen, die wir, höflich zwar, aber mit aller Bestimmtheit hiermit zurückweisen wollen.

Wir hatten in unserem Artikel „Sozialdemokratie und Kolonialpolitik“ den Versuch Davids zurückgewiesen, Bebel's Äußerungen im Reichstage als „theoretische Fundamentierung einer sozialistischen „Kolonialpolitik“ auszugeben. Wir nannten die Gegenüberstellung der historisch bisher einzig in Erscheinung getretenen „realen Kolonialpolitik“ mit einer „idealen Kolonialpolitik“ eine „rhetorische Antithese“. Daß es uns dabei nicht im Traume eingefallen ist, Bebel's Äußerungen herabzusetzen, ging aus dem ganzen Inhalt unseres Artikels hervor. Sagten wir doch z. B. wörtlich:

„Das, was Bebel will, aber ist selbstverständlich die Kulturmission des Sozialismus, die wir freilich nicht durch die Bezeichnung „Kolonialpolitik“ herabgesetzt sehen möchten.“

Für jeden objektiven Leser unseres Artikels mußte es klar sein, daß wir meinten. Wir verwahrten uns lediglich gegen den irreführenden Namen einer sozialistischen „Kolonialpolitik“. Und wir begründeten diese Verwahrung hinlänglich durch Hervorheben der Tatsache, daß der historisch gegebene Begriff der „Kolonialpolitik“ unlösbar mit der Unterjochung und Ausbeutung der Eingeborenen verbunden sei, während die sozialistische Zukunftsmision der Sozialdemokratie gerade in der Befreiung und kulturellen Hebung der Eingeborenen bestehe, so daß hierfür die historische und konkrete Bezeichnung „Kolonialpolitik“ nicht am Platze sei.

Was aber unterstellt man uns liebenswürdigerweise in Solingen und Kassel? Wir sollen erklärt haben, daß Bebel's Sätze „leere Redensarten“ gewesen seien und daß der auf die Kolonialpolitik bezügliche Passus des Aufrufs der Fraktion zur Reichstagsauflösung ein „Phrasendrescherei zum Zwecke der Wahlmache“ gewesen sei. Pöthelisch heißt es dann:

„Wir erwarten vom Genossen Bebel wie von der Reichstagsfraktion, daß sie diesen Vorwurf der blöden Phrasendrescherei nicht auf sich sitzen lassen werden. Das ist im Interesse des Ansehens der Partei durchaus notwendig.“

Der Vorwurf der „blöden Phrasendrescherei“ gegen den Fraktionsaufruf wird uns unterstellt, weil wir erklärt hatten, bei der Ausschließung der im orthodoxen Buchstabenjense gedeuteten Stellen dieses Fraktionsaufrufs durch die Genossen David und Südekum handle es sich nur ebenso um ein „bloßes Wortspiel“, ein Spiel mit Worten, wie bei der buchstabenklaubrischen Auslegung der Worte Bebel's, deren wirklichen Sinn gerade wir ausdrücklich verteidigt hatten!

In der Tat, liebenswürdige Unterstellungen! —

### Junker und nationale Arbeiter.

In der „Kreuz-Zeitung“ lesen wir:

Die Wochenchrift „Die Arbeit“, Organ des „Nationalen Arbeiterwahlausschusses (Sitz Essen)“, druckt in ihrer Ausgabe vom 25. August den von uns erwähnten Aufruf dieses Ausschusses ab, in dem es heißt:

Die Landtagswahlen stehen nunmehr bevor... Es ist deshalb die Pflicht aller national gesinnten Arbeiter und ihrer aufrichtigen Freunde, laut und nachdrücklich die Parteien aufzufordern, einer Anzahl Arbeiter als Abgeordnete die Mitwirkung bei der Landesgesetzgebung zu ermöglichen... Denn bei den Landtagswahlen verfügen die alten Parteien in weit größerem Maße wie bei der Reichstagswahl ohne Ausnahme über eine erhebliche Anzahl sogenannter Bombensicherer Wahlkreise. In einigen davon können sie wohl geeignete Arbeiter ihrer Richtung wählen lassen, oder Arbeiter als Kompromißkandidaten unterstellen. Wir fordern namens der Gerechtigkeit für Arbeiter Sitz und Stimme im preussischen Landtag. Die nationalen Parteien müssen beweisen, ob sie des Vertrauens der national gesinnten Arbeiter würdig sind. Getreu den Grundfögen der christlich-nationalen Arbeiterschaft lehnen wir die Bestrebungen, welche geeignet erscheinen, neben den politischen Parteien eine besondere Klassenpartei der Arbeiter zu bilden, ab, weil dadurch die Arbeiterinteressen im Parlament am wenigsten gefördert werden.

Zwei Seiten weiter erklärt „Die Arbeit“ in Speerdruck:

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir durchaus auf dem Boden des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag stehen.

Mit dieser Erklärung verringert sich die Zahl derjenigen Parteien, die mit Aussicht auf Erfolg um die Aufstellung von organisierten Arbeitern nationaler Richtung angegangen werden können, ganz erheblich.

Wir haben bereits den seltsamen Standpunkt dieser nationalen Arbeiter gewürdigt, der Arbeiterklasse dadurch eine entsprechende Vertretung zu schaffen, daß sie bei den bürgerlichen Parteien um Mandate für eine Arbeitergruppe betteln gehen, die nur einen winzigen Prozentsatz der Arbeiterklasse vertritt!

Ebenso haben wir seinerzeit darauf hingewiesen, daß der Verfasser des betreffenden Artikels zwar versicherte, daß die „Arbeit“ auf dem Standpunkt des Reichstagswahlrechts stehe, daß er aber unmittelbar daran allerlei törichte, konfuse Gedanken gegen dieses Wahlrecht anknüpfte und schließlich für ein ständisches Wahlrecht plädierte, bei dem Arbeiter und Mittelstand (!) eine bessere Vertretung fänden.

Und trotz dieser reaktionären Kompromißerei des „nationalen“ Arbeiterorgans bemerkt das führende konservative Organ trocken, daß die Konservativen die Aufstellung solcher nationaler „Arbeiter“-Kandidaturen ablehnen müssen!

Also selbst durch den Verrat der Masseninteressen des Proletariats vermögen sich „nationale“ Arbeiter nicht das Entgegenkommen der Junker und Junkerengenossen zu erbetteln! Wenn die „nationalen“ Arbeiter auch nur im geringsten Ansprüche erheben, wird ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt! Dann können sie anderwärts weiter betteln! —

### Evangelische „Arbeitervereine“.

Der Verband der evangelischen Arbeitervereine der Pfalz läßt im „Evangelischen Arbeiterboten“ einen Ausschreiß los, der bezeichnet ist für den Geist, der in dieser Sorte „Arbeitervereine“ lebt. Der genannte Verband möchte nämlich einen Delegierten zu dem „nationalen Arbeiterkongreß“ entsenden, der demnächst in Berlin stattfindet. Aber dazu reichten die Mittel des Verbandes nicht und deshalb richtet er an seine „kapitalkräftigen Mitglieder“ das Ersuchen, dem Verband 100 Mark zur Verfügung zu stellen, damit er einen Delegierten nach Berlin schicken kann. Bekanntlich setzt sich so ein evangelischer „Arbeiterverein“ zum guten Teil aus Angehörigen der beherrschenden Klasse, aus Unternehmern und anderen „kapitalkräftigen“ Leuten usw. zusammen, so daß wir also hier den Fall hätten, daß Arbeitervereine bei dem Unternehmertum

betteln gehen, um einen Vertreter zu einem „Arbeiterkongreß“ entsenden zu können!

Die christlichsoziale Wochenchrift „Die Arbeit“ findet das Verhalten des Pfälzer Verbandes „tief beschämend“. Das Blatt schreibt:

„Haben denn die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine in der Pfalz kein Standesbewußtsein und Ständestolz? Sind sie selber noch nicht einmal in der Lage, dort, wo ihre ureigensten Interessen vertreten werden, einen Kollegen hinzuschicken? Wo bleibt da der Idealismus? Wenn die evangelischen Arbeiter keine Opfer bringen wollen, um dann mögen sie zusehen, wie sie zurechtkommen. Ist es nicht beschämend für die Arbeiter der Vereine, daß öffentlich ein „kapitalkräftiges Mitglied“ gesucht werden muß, um die Unkosten eines Besuchs zum wirklichen „Arbeiterparlament“ zu decken. Mehr Standesbewußtsein! Mehr Ständestolz! Mehr Idealismus und Opfermut! muß einschleichen von den evangelischen Arbeitern verlangt werden!“

Wer das Schreiben in den evangelischen Arbeitervereinen kennt, der wird sich über den Mangel an „Standesbewußtsein“ und „Ständestolz“ nicht wundern. Das christlichsoziale Wochenblatt gibt an anderer Stelle die heftige Erklärung über solche Erscheinungen, wenn es in einem Bericht über das Jahresfest eines rheinischen Kreisverbandes evangelischer Arbeitervereine folgendes berichtet: „Nachdem der Kasse eingenommen und eine Anzahl Mitgliedschaften vorgetragen waren, begrüßte Herr Rektor Goehl als Vorsitzender die Gäste. Zum Schluß ließ er das Lied anstimmen: „Lobe den Herrn!“ Herr Weigeordener trat hier die Erstanten im Namen der Stadt willkommen. Danach brachte Herr Pfarrer Laubar ein dreifaches Hoch aus auf unseren Kaiser, den ersten Arbeiter Deutschlands, auf den man stolz sein könne. Der Herr Vorsitzende des Vereins wußte gedachte mit Bezug auf den Gedenktag von Gravelotte des Vaterlandes, der Herr Vorsitzende des Lenneper Vereins der Kaiserin...“

In dieser Tonart geht noch eine Weile weiter. Und da soll man sich wundern, daß Arbeiter, die mit solcher Geistespeife gefügigt werden, kein „Standesbewußtsein“ und keinen „Ständestolz“ haben und um 100 Mark an „kapitalkräftige“ Leute ihre Würde verkaufen. Im übrigen sind diese Vorgänge bezeichnend für das Wesen des nationalen „Arbeiterparlamentes“, das demnächst in Berlin zusammentritt. —

### Großkapital gegen — Großkapital.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:

Vor einem vom oldenburgischen Staatsministerium, Departement des Innern (Abteilung für Gewerksachen), gebildeten Gerichtshofe fand heute eine Angelegenheit ihre Erledigung, die für die weitere industrielle Entwicklung des oldenburgischen Landes am linken Weserufer von der größten Wichtigkeit ist.

In dieser Gegend beabsichtigte die vor Jahresfrist gegründete Aktiengesellschaft „Metallwerke Unterweser“ die Errichtung von Metallhüttenwerken, nämlich von Erzröstöfen, einer Schwefelsäurefabrik, einer Zinkhütte, einer Puffelfabrik und einer Superphosphatfabrik. Gegen diese Errichtungen wandten sich neben der Gemeinde und der Seelacht Esendamm, die in der geplanten Anlage eine Schädigung ihres Grund und Bodens befürchteten, das dort bereits bestehende Seelachwerk, das seinen Betrieb gleichfalls gefährdet sah und die Konzeptionierung der neuen Anlage um 2 Kilometer von der eigenen entfernt verlangte. Diese Termine haben in dieser Sache bereits stattgefunden. Im letzten wurde beschlossen, ein Obergutachten der königl. preussischen technischen Deputation für Gewerbe einzuholen. Auf Grund dieses Gutachtens wurde heute entschieden, daß die Anlage der Metallhüttenwerke zu genehmigen sei. Es wurde betont, daß der entstehende Schaden durch den Wert des Bodens als Vouterrain für weitere industrielle Anlagen bereits bei weitem überfliegen sei. Dem Verlangen der Seelachwerke wurde dahin stattgegeben, daß dem Metallwerk „Unterweser“ aufgegeben wurde, daß es seinen Betrieb an die entgegengesetzte Grenze (damit nur etwa 800 Meter von den Seelachwerken entfernt) zu verlegen hat.

Dieser Urteilspruch findet natürlich nicht den Beifall der Seelachwerke und deren Leiter ließ sich bereits heute dahin aus, daß die geringe Entfernung zwischen den beiden Unternehmungen, die die Gefährdung durch Gase um 15 Prozent, die durch Staub nur um 10 Prozent verringert, dazu führen werde, die Seelachwerke abzubrechen und auf preussisches oder hamburgisches Gebiet zu verlegen.

Im Interesse der Industrialisierung der Gegend bei Nordenham wäre zu wünschen, daß beide Unternehmungen dort verblieben. Da auch in den in früheren Terminen erstatteten Gutachten die Befürchtungen der klagenden Parteien nicht geteilt wurden, dürften in dem Vorgehen der Seelachwerke andere Gründe zu suchen sein als die bisher angegebenen.

### Oesterreich.

#### Kriegsmäßiger Friedensmord.

Die diesjährigen österreischen Wänder werden vollkommen „kriegsmäßig“ geführt: Den Kommandanten sind alle Beschränkungen abgenommen und die Wänder können unter Umständen die ganze Nacht, überhaupt bis zur „endgültigen Entscheidung“ fortgeführt werden. — Diese „kriegsmäßigen“ Wänder sind noch nicht zu Ende und schon wird von zahlreichen Opfern an Menschenleben gemeldet. So von Todsmärschen in Kärnten, bei denen allein vom 17. Infanterieregiment drei Mann tot blieben. Im ganzen sind bei diesem Regiment gegen 80 Mann, bei einem anderen 60 Mann und bei einem bosnischen Regiment 70 Mann durch die ungeheuren Strapazen, die ihnen schon auf dem Marsche zugemutet wurden, erkrankt. Die Gesamtzahl der Wänder wird auf 500 geschätzt, und man vermutet, daß die Kaiserarmeen noch mehr Opfer fordern werden. —

### England.

#### Das englisch-russische Abkommen.

London, 2. September. (Fig. Ver.) Die englische Presse veröffentlicht heute Leitartikel über die am 31. August vorgenommene Unterzeichnung des englisch-russischen Abkommens. Die Artikel bewegen sich in allgemeinen Betrachtungen, ohne in Details einzugehen, da diese noch nicht bekannt sind. Nur zweierlei geht aus diesen Artikeln hervor: 1. daß ein solches Abkommen die Billigung der britischen Nation findet, 2. daß es nicht gegen Deutschland gerichtet sei, da die beiden vertragsschließenden Mächte die deutsche Regierung von Zeit zu Zeit über die Unterhandlungen unterrichtet haben. Das Abkommen soll keinen anderen Zweck verfolgen, als: „Den Frieden in Asien zu befestigen.“

Eine Ausnahme von der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Abkommen macht die „Daily News“, die es vorgezogen hätte, wenn das Abkommen mit Rußland auf eine „bessere Zeit“ verschoben worden wäre. . . .

### Amerika.

#### Der Nationalfeiertag der Arbeit.

Der Labor Day, der erste Montag im September, ist durch Bundesgesetz Feiertag in den Vereinigten Staaten und als eine Konzeption an die Gewerkschaften eingeführt. Wie natürlich, fanden

auch diesmal in allen großen Städten Paraden, Versammlungen und Feste statt. In New York zogen 25 000 Arbeiter durch die Stadt; auch in Chicago und St. Louis wurde der Tag unter großer Teilnahme der Arbeiter begangen. In San Francisco kam es zu Unruhen, weil eine Straßenbahn den Festzug der Arbeiter durchbrechen wollte.

## Die russische Revolution.

### Die Bundesbrüder des Zaren.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Odessa geschrieben:

Die jüngsten Taten der echrussischen Leute in Odessa müssen das Maß ihrer Schuld zum Ueberlaufen bringen. Eine Bande von Räubern warf sich auf das spazierende Publikum und verprügelte jeden, der ihnen Jude zu sein schien. Dann schlugen sie einen Lehrer, der Juden verteidigte, und belagerten ein Hotel, das sie niederbrennen wollten. Wie viel Zeit, Blinderungen, Prügeleien und Blutvergießen sind denn noch nötig, um die Regierung davon zu überzeugen, daß diese Bande nicht die Stütze des Staates, sondern eine gefährliche Seuche ist, welche das Land zu verheeren droht? — Odessa ist jetzt eine halbe Wüste. Alle Einwohner flüchten aus dieser Unglücksstadt. Die Geschäfte stoden, der Markt ist eingestellt, Import und Export sind bis auf ein Minimum zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist fürchterlich. Zu welcher noch verzweifelteren Lage will man Odessa treiben? Das sind die Folgen des „Kriegszustandes“, der schon drei Jahre andauert. Der „Verrat“ ist keineswegs entwürzelt, Bombenwürfe, Explosionen und Ueberfälle sind an der Tagesordnung. Wozu, fragt man sich, wendet man so harte, unnütze und demoralisierende Mittel gegen die Stadt an? „Njetich“ bemerkt zu dieser Frage: „Es ist wahrhaft höchste Zeit, ernstlich über die Befreiung Odessas aus der Gefangenschaft der schwarzen Hundertschafften nachzudenken.“

Nach der Verabschiedung des Generals Griegoriew ist zu befürchten, daß der Terror der schwarzen Hundertschafften der höchsten Gipfel erreichen wird.

Odessa, den 4. September. (W. S.) Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen, jedoch dürften bei der heute stattfindenden Prozession wieder Ausschreitungen zu erwarten sein. Die Selbstschutzorganisation ist in Aktion getreten, um dem Treiben des Verbandes der „wahrhaft russischen Leute“ ernstlich entgegenzutreten.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird mitgeteilt:

In Odessa sind nach dreitägigem Pogrom alle Krankenhäuser mit Verwundeten überfüllt; darunter sind namentlich eine Menge Frauen, Kinder und Greise. Es wurde festgestellt, daß die „echt russischen Leute“ sich nicht damit begnügten, die vorübergehenden Juden zu vergewaltigen, sondern auch die in der Straßenbahn und in Droschken fahrenden Juden verprügelten, in Häuser drangen und die geängstigten Juden halbtot schlugen. Heute blieben aus Furcht vor Wiederholung der Gewalttaten alle Läden im Moldawanka-Stadtteil geschlossen. Getreide- und Fondsbörse sind geschlossen.

Eine Deputation des Dörrenkomitees suchte gestern den Generalgouverneur Wlagojew auf und bat um Garantien für die Sicherheit der Bevölkerung, indem sie voraus verwies, daß Handel und Gewerbe bei einer derartigen Unsicherheit des Lebens und Eigentums stoden müssen. Wlagojew antwortete, daß die Schuld die Juden treffe. (W) Es gebe keine revolutionäre Organisation, keine Expropriation in Rußland, an der nicht die Juden beteiligt seien. Wlagojew erklärte die Polizei für machtlos. Dem Antrag zu steuern, empfahl er, die Juden zur Vernunft zu bringen. —

Derborgehoben muß werden, daß alle diese Untaten seit dem Austritt des energischen Odessaer Stadthauptmanns Grigorjew, der keinen Uebergriß der „echt russischen Leute“ duldet, wieder aufleben.

## Gewerkchaftliches.

### Sonderbare „Organisationen“

gibt es noch immer in Handelsgewerbe. Man weiß, daß von alter her die liberalen Parteien die Handlungsgehülfen als ihre selbstverständliche politische Volksgenossenschaft in Anspruch nehmen und daß — ebenfalls noch von der „guten alten Zeit“ her — ein großer Teil der Handlungsgehülfen in der Tat die politisch-liberale Gesinnung als die für ihren Stand einzig mögliche betradtet. Ohne viel nachzudenken, oft auch ohne mit politischem Wissen allzu sehr beschwert zu sein, halten es viele dieser jungen Leute für eine selbstverständliche Forderung des guten Tones, ja sogar für einen Beweis „guter Erziehung“, liberal zu sein. Infolgedessen stehen denn auch die in der guten alten Zeit gegründeten Verbände durchaus auf liberalem Boden, halten gute Freundschaft mit den liberalen Parteien und betradten den Massenlampf. Harmonie der Interessen zwischen Prinzipal und Angestellten, Hand in Hand gehen mit den Prinzipalen, das ist das A und O ihrer Tätigkeit und ihrer Lehren. Neben einigen kleineren Verbänden sind hier zu nennen der Hirsch-Dundersche „Verein der deutschen Kaufleute“ und der „Verband deutscher Handlungsgehülfen“, gewöhnlich der „Leipziger“ genannt, weil er seinen Sitz in Leipzig hat.

Dieser letztere nun hielt am Sonnabend und Sonntag hier in Berlin einen Verbandstag ab. Die Tagung ist eigentlich nur deshalb von Interesse, weil sie wieder einmal zeigt, wie unter der Macht der Tatsachen selbst die zahllose aller Arbeiterkategorien nach und nach ins sozialistische Fahrwasser gedrängt wird. Wie gabm dieser Verband ist, erkennt man am besten daraus, daß er nicht nur von liberalen Reichstagsabgeordneten, wie Sommerzienrat Schwabach (nationalliberal), Raumann, Kämpf, Piell, sondern sogar von einem Geheimen Oberregierungsrat im Namen des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe besucht und mit einer Ansprache beehrt worden ist. Am zweiten Tage folgte eine Begrüßung im Namen des Staatssekretärs des Innern und eine andere im Namen — des Berliner Polizeipräsidenten! Wie kannskommen müssen die Schläfen sein, denen solche Grade zuteil ward.

Und dennoch! Der Kongreß war der erste, den der Leipziger Verband überhaupt abgehalten hat. Obgleich er, wie gesagt, einer der ältesten Verbände ist — irren wir nicht, so stammt er schon aus den fünfziger Jahren —, hat er bis zum Jahre des Heils 1907 gewartet, bevor er zum erstenmal einen Kongreß abhielt. Und wie ist diese ungeheure Keuerung zu erklären? Der Vorsitzende, Herr Hiller aus Leipzig, hat es verraten. In seiner Begrüßungsansprache (wir folgen dem Bericht des „Berliner Tageblatts“) wies er darauf hin, daß der Verband „zwar auch seither schon lebhaft sich mit sozialpolitischen Fragen, die den Kaufmannstand berühren, beschäftigt habe, daß aber in der jetzigen Periode des Vorwärtstrebens und Ringens es besonders notwendig erscheine, derartigen Fragen eine noch größere Rücksicht angedeihen zu lassen. Diesem Zwecke sollten die Verbandstage dienen, die alle zwei Jahre einberufen würden“. Das ist ganz nett diplomatisch ausgedrückt, aber man versteht doch, daß es die Tatsachen des Klassen-

**Kampfes sind, die allgemach den Verband aus seinem fünfzig-jährigen Schlummer aufgeschreckt und den Vorstand zu seiner „Tat“ angetrieben haben; denn als solche sieht er die Einberufung eines Kongresses zweifellos an. Der gute Vorstand befürchtet, daß ihm die Mitglieder weglaufen, wenn er sich nicht endlich um ihre Berufung kümmerge, und aus diesem Grunde — nicht aber aus Prinzip — will er sich nun aufraffen und — so tun, als wenn er etwas täte!**

Doch selbst bei dieser schwächlichen Aktion kann er nichts weiter machen, als den Spuren folgen, in denen ihm der „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ sowie die sozialdemokratische Partei vorangeschritten sind. Zunächst wurde ein Vortrag über das Lehrlingswesen gehalten. Wir trauten fast unseren Augen nicht, als wir aus dem Bericht des „Berliner Tageblatts“ ersehen, daß der Vortrag fast ausschließlich auf einer von einem Sozialdemokraten verfaßten Broschüre aufgebaut war, die der Zentralverband voriges Jahr unter dem Namen „Die Lehrzeit im Handelsgewerbe“ herausgegeben hat. Somit bewies der Referent durch die Tat, daß man nämlich für die Gehilfen nur wirken kann, wenn man den Bahnen des Zentralverbandes folgt. In seinen Schlussfolgerungen freilich blieb er hinter der Broschüre zurück und auf liberal-autopistischem Standpunkt stehen. So z. B. fordert er (und der Verbandstag hat das angenommen): das Recht, Lehrlinge zu halten, solle solchen Geschäftsinhabern entzogen werden, die sich grober Pflichtverletzungen, insbesondere bei der Ausbildung des Lehrlings, schuldig machen. „Er übersteht aber, daß es dann schon weit einfacher ist, die ganze Kaufmannslehre aufzuheben. Denn solcher „groben Pflichtverletzungen“ macht sich schließlich jeder Lehrherr schuldig, weil im heutigen Handelsbetriebe eine allseitige Ausbildung des Lehrlings nicht mehr möglich ist.“

Doch solche Einzelheiten auszuspinnen, ist hier nicht der Ort. Sagen wir weiter, wie der Verbandstag der Leipziger den Spuren der Sozialdemokratie folgte. Schneider-Königsberg referierte über die Frauenarbeit im Handel und kam zu dem Schluss:

„Nur durch die bessere Bezahlung der Frauenarbeit — die gegebenenfalls durch Einführung von Mindestgehältern erzielt werden muß — kann die Frauenarbeit für die männlichen Gehilfen mehr und mehr den Charakter der Gehaltsunterbietung verlieren.“

Man denke: Mindestgehälter! Ist das nicht schon der reine Zukunftsstaat? — Auch hier wären mancherlei weitere Erörterungen interessant, zu denen uns leider der Raum fehlt. So z. B. ging Herr Schneider in seinem Referat von der Ansicht aus, die Gehälter richteten sich nach der Qualität der Arbeit. Selbstverständlich kann er als Liberaler nicht wissen oder wenigstens nicht anerkennen, daß der Arbeitslohn sich richtet nach dem Wert der Arbeitskraft, also in dem Fall, um den es sich hier handelt, nach der Bedürfnislosigkeit der weiblichen Angestellten. Aber er hätte doch sehen müssen, daß die Forderung der Mindestgehälter zu seiner Lohntheorie paßt, wie die Faust aufs Auge, daß sie vielmehr eine logische Konsequenz der sozialdemokratischen Lohntheorie ist. Auch hier wieder: die Tatsachen des Klassenkampfes nötigen auch den Widerstrebenden zu sozialdemokratischen Konsequenzen.

Und was soll man dazu sagen, daß der Verbandstag das Verbot der Konkurrenzklausele fordert? Seit 11 Jahren kämpfen Sozialdemokratie und Zentralverband für ein solches Verbot; jetzt muß sich ihnen sogar der zahllose aller zahlen Verbände anschließen. Ebenso steht es mit dem allgemeinen Achtuhr-Sonntagsruhe und mit der vollständigen Sonn- und Feiertagsruhe.

Es ist uns, wie gesagt, nicht möglich, auf alle Einzelheiten des Kongresses einzugehen. Die wichtigsten haben wir hervorgehoben. Sie enthalten eine deutliche Lehre. Die Vorgänge dieses Kongresses beweisen, daß der Weg, den Sozialdemokratie und Zentralverband schon längst beschritten haben, der einzig richtige ist, um den Handlungsgehilfen zu helfen. Dann ist aber jede Halbheit vom Hebel. Man kann nicht — wie es der Leipziger Verband tut — den Prinzipalen mit Forderungen wie Wefettigung der Konkurrenzklausele, der Sonntagsarbeit usw. auf die Füßtrapezen treten und gleichzeitig die Harmonie mit ihnen pflegen. Dadurch wird nur die Wirksamkeit der Forderungen aufgehoben. Jeder denkende Handlungsgehilfe muß aus diesen Vorgängen die Notwendigkeit des bewußten Klassenkampfes erkennen und deshalb den Zentralverband beitreten.

### Berlin und Umgegend.

#### Ein Berliner Christenhauptling auf Reisen.

In Dresden fand gestern abend eine vom sogenannten christlichen Gewerkschaftsartikel einberufene Versammlung statt, die einen sehr stürmischen Verlauf nahm und infolge des unbeschränkten Auftretens des christlichen Arbeiterssekretärs Winter-Berlin der Auflösung verfiel. Der christliche Referent, offenbar nach seinen Ausführungen ein Jünger der München-Blabacher Schule, wollte unter ungläublichen Verzerrungen der Logik und der klaren Vernunft beweisen, daß der von den freien Gewerkschaften betriebene Klassenkampf die Ursache des Entstehens der gelben Organisationen sei. In Rheinland, wo die christlichen Gewerkschaften dominierten, gebe es keine. Es wurde ihm in der Debatte von den Genossen Niem und Albrecht eine derart vernichtende Absuhr zuteil, daß er fortwährend wüthende Zwischenrufe machte. Es wurde ihm vor allem gesagt, daß die Gelben im Rheinland um deswillen keinen Boden gefaßt hätten, weil die Christlichen dort schon die Aufgaben der Gelben erfüllten. Auch der Redakteur des „Typograph“, Organ des Gutenbergsbundes, der sich färglich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat, Hoffe, war von Berlin gekommen, um nachzuweisen, daß die Gutenbergsbündler so gute Verehrer der Tarifgemeinschaft seien, daß sie aus diesem Grunde sogar nach dem großen Wuchdruckerstreik im Jahre 1891/92 ihre Sonderorganisation gründet hätten, weil der Wuchdruckerverband von der Tarifgemeinschaft nichts mehr wissen wollte. Ihm wurde nachgewiesen, daß seine Organisation eine Gründung der Wuchdrucker-Scharfmacher und seine Haupttätigkeit bisher die Arbeitslosigkeit gewesen sei. Als der Arbeiterssekretär Renke seinem christlichen Kollegen die Punkte über den Stand der christlichen Bewegung aus dem reichstatistischen Material nachweisen wollte, bezeichneter dieser es als Lügen und den Redner als Lügner. Ueber dieses allem Aufwand Hohn sprechende Benehmen eines Referenten entstand ein solcher Unwille, daß die Versammlung aufgelöst wurde. — In Dresden ist für die christliche Bewegung kein Boden. Dort fallen die Arbeiter auf die Lehrstühle der Blabacher Schule nicht hinein.

**Achtung, Schuhmacher!** In der Schuhfabrik von Alex Schweiger, Ringstraße 20, sind Differenzen ausgebrochen. Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Zur Lohnbewegung im Niederlausitzer Braunkohlenbeken.

Senftenberg, 3. September. Der sprichwörtlich gewordene Herrenstandpunkt der Niederlausitzer Bergproben hat sich „glänzend“ bewährt. Als die Belegschaft der Grube „Waldampf“ der Drehsauer Werke sich am Montagmittag wegen der Kündigung besprach, fuhr die Bergverwaltung dazwischen, mahregelte den Vertrauensmann, ließ ihn ohne Geld und Papiere durch Gendarmen

dem Plaze bringen und brachte die Leute auf höchste zur Erbitterung. Sofort traten diese auch in den Ausstand — bis auf 20 Schäfschen des im Orte noch einigermahen bedeutenden Girsch-Dunderschen Gewerkvereins!

Die Unterlagsarbeiter folgender Gruben haben bis auf einige alle Leute, die bei der Kohlenförderung kaum in Betracht kommen, gefündigt: Grube Marie I von den Anhalter Kohlenwerken, Neurostollen, Waldmannsgründ, Grube Verta in Saub, Köschlens Werk, Penkels Werk, Elisabethsgründ. Die Fabrikarbeiter von oben angeführten Betrieben haben sich der Kündigung nur zum Teil angeschlossen, während von den Gölziger Werken, die der Aktiengesellschaft Niederlausitzer Kohlenwerke gehören, sich die Arbeiter aller Betriebszweige der Kündigung angeschlossen haben. Hatten sich die Unternehmer vor dem Streik resp. der Kündigung aufs hohe Kof gesetzt, sind sie durch die vollendete Tatsache der Massenkündigungen — im Revier sind etwa 14 000 Mann tätig — völlig perplex geworden. So waren auf eilichen Werken die Betriebsführer „nicht zu finden“; deren Stellvertreter aber weigerten sich, die Kündigungen anzunehmen, weil sie nicht kompetent dazu seien. — Offenbar suchte man Zeit zu gewinnen.

Als bedeutungsvoll für die Auffassung der höheren Bergbeamten von der Forderung der verkürzten Arbeitszeit verdient bemerkt zu werden, daß den Leuten vom Neurostollen die Neuherung eines Direktors bei Gelegenheit der Kündigung gebracht wurde, wonach die Reunstundenlicht auf keinen Fall eingeführt werden würde. „Hätten die Arbeiter dagegen die Achtstundenslicht gefordert, so wäre eine Einigung eher möglich gewesen, weil durch die Teilung des 24stündigen Arbeitstages in drei Schichten eine rationelle Betriebsweise der Werke eintreten würde.“ Aber warum führt man die Achtstundenslicht nicht ein? Die Arbeiter würden sich nicht weigern, ein solches Angebot anzunehmen.

Die Bergarbeiter wenden sich in folgendem Aufruf an die Kameraden und Arbeiter Deutschlands und des Auslandes:

#### In die Berg- und alle anderen Arbeiter

richten wir die dringende Bitte, Zuzug von dem Niederlausitzer Braunkohlenbeken fernzuhalten. Die Bergarbeiter befinden sich hier in einer Lohnbewegung und haben am Montag, den 2. September, auf vielen Gruben die Kündigung eingereicht. In bürgerlichen Zeitungen werden nun die Grubenbesitzer Arbeitswillige suchen, um den Kampf der Bergarbeiter illusorisch zu machen. Arbeiter, fallet nicht auf den Trick herein. Der Kampf, den die Arbeiter führen, ist ein gerechter. Für die Berg- und Fabrikarbeiter existieren hier rein un menschliche Verhältnisse! Um diese Verhältnisse etwas abzumildern, haben die Arbeiter Forderungen gestellt, sind aber von den Unternehmern schände abgewiesen worden. Arbeiter, sorgt dafür, daß der Zuzug von Arbeitswilligen ausbleibt. Fallet den kämpfenden Bergarbeitern nicht in den Rücken, übt Solidarität, dann wird unserer gerechten Sache der Sieg werden.

#### Die Lohnkommission.

#### Achtung, Metallarbeiter!

Die Elektromonteuere und Hülfsmonteuere von Hamburg-Altona stehen im Streik. Haltet den Zuzug fern! — Die Unternehmer verschiden Zirkulare und suchen hauptsächlich junge, unerfahrene Monteuere; außerdem werden sie nächstens schwarze Listen verschiden. Deutscher Metallarbeiterverband.

Die ausgesperrten organisierten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Gießen und Umgegend

hielten in Wiesef und Brunsbach sehr stark besuchte Versammlungen ab, in welchen Reichmann und Schnell referierten. Obgleich der Kampf nun schon über 12 Wochen dauert, stehen die ausgesperrten, meist Frauen und Mädchen, fest wie die Mauern. Die Fabrikanten wenden alle Mittelchen und Künste an, sie zum Wanken zu bringen, aber ohne jeden Erfolg. So war das Gerücht verbreitet, die Aussperrung sei beendet. Das ist jedoch nicht der Fall! Die Aussperrung dauert fort! Seitens der Leitung der Arbeiter sind auf Versammlungsbefehl Verhandlungen herbeigeführt, welche aber dem Anschein nach zu keiner Einigung führen werden. Freilich sind die Verhandlungen erst bei zwei Firmen versucht worden, welche gewissermahen die Urheber der Aussperrung waren. Die Fabrikanten machen teilweise große Anstrengungen, um in rückständigen Gegenden Streikbrecherfilialen zu gründen. Die ausgesperrten bitten deshalb alle Genossen, ihnen über jede Neugründung von solchen Filialen umgehend Kenntnis zu geben, damit das Nötige veranlaßt werden kann. Alle Zuschriften sind zu richten an Franz Schnell, Gießen, Frankfurterstraße 43.

Die Wütcher Lübeds sind am Montag morgen in mehreren Fabriken in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber es ablehnten, ihnen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden zu gewähren. Bemerkenswert ist es, daß die Arbeitgeber durch den Arbeitgeberverband gezwungen werden, die Forderungen der Gesellen abzulehnen.

### Ausland.

#### Der Doharbeiterstreik in Antwerpen.

Antwerpen, 3. Sept. (Eig. Ber.)

Was tun die Unternehmer, um den durch die Erbitterung verursachten Aufreufe abzuleiten? Man sieht um militärische Assistenz und Gendarmerie und ruft wieder 250 Deutsche nach Antwerpen, die man wie die früheren über den Streik im Dunkeln ließ, und giebt wieder neues Öl in löhrende Feuer. Die verbrecherische Unternehmertat hat bereits zu ersten Zusammenstößen geführt. Heute haben die Polizisten auch bereits vom Leder gezogen und es gab unter den Streikenden einige Verwundete. — Nur auf einigen wenigen Schiffen arbeiten noch Engländer — die Deutschen sind fast zur Arbeit in die Versammlung der Streikenden gegangen —, und so kann man fast von absoluter Arbeitsruhe reden. Wie die Bevölkerung denkt, läßt sich daraus ersehen, daß die „Gelben“ überhaupt kein Logis finden. — In der heutigen Versammlung der Streikenden im Saal Alasta haben die Streikführer zur Ruhe und Einigkeit ermahnt. Die Deutschen, die keine Streikbrecherdienste leisten wollen, wurden begeistert afflamiert.

Es geht uns ferner folgendes Privattelegramm zu:

Brüssel, den 4. September.

Bei den gestrigen blutigen Zusammenstößen mit Polizisten wurden 20 Streikende und sieben Kinder durch Schüsse verwundet. Waffins wurden von Mitgliedern der Bürgergarde, berittenen Gendarmen und Polizisten beschl, welche strenge Vorschriften haben; Holzdepots und Petroleumreservoirs werden von Infanterie bewacht. Eine heute nacht stattgefundene wichtige Versammlung von 8000 Streikenden lehnte die Verantwortung für die gestern von halb-wüthigen, zweideutigen Elementen angelegten Brände am Quai und andere Ausschreitungen ab. Der Bürgermeister verbietet Ansammlungen.

#### Der Trade-Unionskongress.

London, 2. September.

Eine der wichtigsten Fragen des in Bath tagenden 40. Trade-Unionskongresses ist die Einigung der Arbeiterfraktion mit den liberalen Arbeiterabgeordneten. Auf dem vorjährigen Kongresse

wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Einigung aussprach. Das parlamentarische Komitee des Kongresses beantragte deshalb gemeinschaftliche Beratungen, die schließlich zur Ausarbeitung eines Einigungsentwurfes führten. Dieser Entwurf wird dem Kongress vorgelegt werden. Das Haupthindernis zu einem einheitslichen Vorgehen der Arbeiterabgeordneten im Parlament bilden die alten Trade-Unionsführer, die nicht mit den sozialistischen Arbeiterabgeordneten zusammenarbeiten wollen. Die Taktik der alten Trade-Unionsführer geht dahin, die Arbeiterfraktion zu spalten: die gewerkschaftlichen Elemente abzuspalteten und die Sozialisten allein zu lassen. Die Arbeiterfraktion dagegen ist bereit, mit den liberalen Arbeiterabgeordneten zusammen zu gehen, wenn diese sich verpflichteten, bei Wahlen den Arbeiterkandidaten nicht entgegenzutreten. — Im großen ganzen wäre es besser, den Einigungsprozess nicht zu beschleunigen. Die Masse der organisierten Arbeiter neigt immer mehr zu einer sozialistischen Politik. Ein Beispiel hatten wir neulich bei einer Demonstration der Vergleuten in Yorkshire. Es sollten hervorragende Führer als Redner eingeladen werden. Den Vergleuten wurde eine Liste von Rednern vorgelegt, über deren Einladung sie abstimmen sollten. Die meisten Stimmen fielen auf die Mitglieder der Arbeiterfraktion, während John Burns und Madison (liberaler Arbeiterführer) eine so geringe Stimmzahl auf sich vereinigten, daß von ihrer Einladung abgesehen werden mußte. Die junge Generation der Gewerkschaften enthält eine sehr bedeutende Zahl von Sozialisten. —

Gestern abend fand in Bath eine Demonstration der Gewerkschaften statt, die für eine bessere Hygiene in der Schule und für die Erhaltung der Kinder auf Staatskosten eintrat. Die Gräfin Warwick (lies: Worrick) war die Hauptrednerin, während Genosse Thorne den Vorsitz führte.

## Versammlungen.

Die Sektion der Fuher des Maurerverbandes (Zweigverein Berlin) hielt am Sonntag bei Preher, Kopenstraße, eine sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab, um die mit der verflochtenen Bewegung im Baugewerbe zusammenhängende Unterstufungsfrage zu regeln und über die Extrabeiträge zu beschließen. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, mit der Erhebung von Extrabeiträgen am 31. August zu schießen und die übliche Streikunterstützung noch bis zum 14. September zu zahlen. — An alle Mitglieder, die im Punkte der Beitragsleistung ihre Schuldigkeit getan haben, werden von jetzt ab Legitimationskarten ausgestellt. Die Rückständigen sollen ihrer Pflicht nachkommen. Vom 18. Mai bis zum 27. Juli, also 58 Tage lang, war pro Tag 1 M. zu zahlen und für die weitere Zeit bis zum 31. August, also 30 Tage lang, pro Tag 55 Pf. Extrabeitrag.

Die Freie Vereinigung der Straßenhändler und -Händlerinnen nahm am Montagabend in einer Versammlung im Englischen Garten die Antwort des Oberstaatsanwalts (im Vorwärts) bereits veröffentlicht) in der bekannten Beschwerdeangelegenheit entgegen. Der Händler Trem referierte und erklärte unter dem Beifall der Versammelten, daß die empfangene Antwort als völlig ungenügend erachtet werden müßte. Die Freie Vereinigung bezieht sich vor weitere Schritte in der Angelegenheit zu tun. Als dringend notwendig wurde die feste Organisation der Händler und Händlerinnen besonders betont und der Eintritt in die Freie Vereinigung empfohlen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Krieg im Frieden.

Essen, 4. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In das hiesige Garnisonlazarett wurde heute ein Unteroffizier vom 59. Feldartillerieregiment eingeliefert, der im Rander bei Gisdorf in der Eifel von einem plötzlich losgehenden Kanonenschuß ins Bein getroffen worden war. Ein Pferd wurde ebenfalls schwer verletzt und mußte erschossen werden.

### Der Rächer seiner Ehre.

München, 4. September. (B. G.) Da das Gericht die Eröffnung des Offizialverfahrens gegen den Major v. Donat wegen Beleidigung des Dr. Peters mangels eines öffentlichen Interesses abgelehnt hat, hat nun Dr. Peters Privatklage und Strafantrag wegen Beleidigung gegen Major von Donat eingeleitet.

### Brand im Antwerpener Hafen.

Antwerpen, 4. September. (B. L. W.) Eine große Feuersbrunst brach an den Hafensässen aus; eine Abteilung bemanneter Bürgergarde sowie die Feuerwehre befinden sich an der Brandstelle. Nächstehende Schuppen sind verbrannt, ein großer Gebäudekomplex steht in Flammen.

### Ein Provokateur?

Venedig, 4. September. (B. L. W.) In die Wohnung des seit acht Monaten hier wohnhaften russischen Grafen Kamarowski brang heute früh ein anderer Russe, der sich Raminow nannte, ein und gab fünf Revolverkugeln auf den Grafen ab, durch welche dieser schwer verwundet wurde. Im Hospital, wohin er alsbald gebracht wurde, erklärte der Graf dem russischen Konsul, er sei brieflich davon in Kenntnis gesetzt worden, daß ein Russe nach Venedig kommen werde, um ihn zu ermorden, habe aber den Mitteilungen keine Bedeutung beigelegt. Die Tat hat hier große Erregung hervorgerufen, die Polizei fahndet auf den Täter, der die Stadt verlassen haben soll. Der Zustand Kamarowskis scheint nicht lebensgefährlich zu sein.

Anlässlich der Tagung des Internationalen Kongresses hat bekanntlich die gesamte russische Delegation eine Erklärung veröffentlicht, in der sie terroristische Akte im Auslande als Werke von Provokateuren bezeichnet, die begangen werden, um die ausländischen Regierungen zu veranlassen, den russischen Flüchtlingen das Asylrecht zu nehmen.

### Die Stimmung der Perser.

Teheran, 4. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In der Tasche des Mörders des Groß-Beziers wurde ein Zettel gefunden, auf welchem die Worte verzeichnet sind: „Abbas Agha Sarraf aus Azer Baijan, Mitglied Nummer 41 der nationalen Vereinigung der „Fidas“. Die Angabe des Wohnsitzes fehlt. „Fida“ bedeutet einen Menschen, der bereit ist, sich selbst zu opfern. Der Bruder des Mörders sowie verschiedene andere Personen sind nach vorhergegangener Verhöre verhaftet worden. Die Stadt Tebris illuminierte Sonntagnacht nach Eingang der Nachricht von dem Morde. Der Schah berief die Mitglieder des Parlaments zu sich; es erklärten in dessen nun wanzig. Der Vorsitzende Rustafsch Dauleh sprach sein Bedauern über die Schwäche der ausführenden Gewalt, sowie die Bitte um Hinzuziehung zu den Arbeiten des Kabinetts aus. Der Schah versprach, die nötigen Anweisungen zu geben. Der Präsident des Parlaments Sanieh ed Dauleh hat auf den Vorsh verzichtet. Rustafsch ed Dauleh, dem das Portefeuille des Innern angeboten wurde, ärgert noch es anzunehmen.

### Sieben Menschen durch Blitzschlag getötet.

Sodanowice, 4. September. (B. G.) In Sulokow bei Dikusch wurden gestern sieben auf dem Felde arbeitende Personen vom Blitze erschlagen.

Die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen.

(Schluß.)

Liebnecht

fährt in seinem Referat über den

Rampf gegen den Militarismus

fort:

Nun kommen wir zu einem anderen Kapitel, zu dem inneren Militarismus, der da ein Machtmittel der herrschenden Klassen in den innerpolitischen Konflikten ist, von denen wir hier nur die Klassenkonflikte betrachten können.

In diesen Konflikten können sich die herrschenden Klassen eine ganze Strecke Weges mit dem Machtmittel der Polizei und der Gendarmerie, die gewissermaßen Spezialtruppen gegenüber dem inneren Feind sind, behelfen. Auf die Dauer ist aber auch hier das brutale und stärkere Mittel der Armee nicht zu entdecken. Das zeigen uns selbst die skandinavischen Länder, die Schweiz, Holland, Belgien und schließlich Kanada. Selbst Großbritannien, wo sich unsere Genossen bisher so sicher wählten, besitz nicht nur in den Chartistenkämpfen sein Revuelet; Welfast ist für sie eine schlagende Lehre für den internationalen Charakter des kapitalistischen Militarismus. Von Amerika, dessen Sünden ich in meinem Buche geschildert habe, ganz abgesehen.

Natürlich sind die Anforderungen an Form und Umfang der Armee, soweit sie Machtmittel für den inneren Feind ist, ganz andere, als gegenüber dem äußeren Feind. An sich bedarf es hier keiner so großen Massen, da der innere Feind ja der Regel nach ganz oder nahezu unbewaffnet und in seinen Formationen der Regel nach minder schlagfertig ist, als die feindliche Heere. Die Aufnahme der den herrschenden Klassen feindlichen Elemente der Bevölkerung begegnet hier besonderen Bedenken. Unsere Militaristen kennen den desorganisatorischen Charakter der Verwendung des Heeres gegenüber dem inneren Feind recht gut. Redner belegt dies durch allerhand Zitate. Das Blut der Ritzbürger, das auf den Straßen fließt, wirkt auf den inneren Feind, möge er den bunten Rock oder den Arbeiterkittel tragen, gefährlich suggestiv. Die bekannte Psychologie des Blutes. Nach weiteren Ausführungen kommt der Redner auf die belgische Armee zu sprechen. Die Tendenz geht nach alledem an und für sich auf die Schaffung zweier verschiedener Armeen, der einen gegen den äußeren, der anderen gegen den inneren Feind. Das ist in Belgien verwirklicht. Ein hochinteressantes Dokument bildet hier ein Artikel, den der Fürst Menschikoff vor wenigen Monaten in dem russischen Regierungsblatt „Kotowoje Wremja“ veröffentlichte. Redner verliest einige Stellen dieses Artikels, in dem der bekannte einflussreiche russische Politiker auf die Gefahren des „Heeres der Quantität“ hinweist. „Auf Kosten des Staates erzieht die Revolution unter der äußeren Form der Regierungarmee ihre eigenen Bataillone“; an Stelle der „Demokratisierung der Armee“ seien „Kampfgemeinschaften der Tapferen“ zu fordern. Auch hier sind die Elitetruppen zu erwähnen. Wo indessen durch die außerpolitische Spannung das Heer der allgemeinen Wehrpflicht ausgezogen ist, können zwei verschiedene Heere nicht existieren. Das Heer der allgemeinen Wehrpflicht, sei es nun ein stehendes Heer oder Miliz, muß auch die Funktionen gegenüber dem inneren Feind erfüllen. Danach liegt in einer solchen Militärorganisation von vornherein schon ein innerer Widerspruch, dessen weitere Konsequenzen wir später sehen werden.

Die Armee der allgemeinen Wehrpflicht als Instrument gegen den inneren Feind unterliegt aber noch einer ganz besonderen inneren Dialektik. Sie will sein das Volk in Waffen gegen dasselbe Volk, soweit es außer Waffen ist. Der Proletarier im bunten Rock soll auf Vater, Mutter, Bruder, auf seine Arbeitskameraden von gestern und morgen gehetzt werden, und das Proletariat soll die Kosten dieser gegen sich selbst gerichteten mörderischen Waffe nicht nur mit seinem Blut und seinem Gewissen, sondern auch mit seinem eigenen Geld bezahlen.

Der Klassencharakter der Armee springt hier auch den Dummsten in die Augen. Das ist eine schier verzweifelte Lage für den Militarismus. Durch ein raffiniertes System sucht er sich zu retten. Redner schildert die Methoden der Kasernierung, der Translozierung (nationale und soziale Translozierung; für letztere klassische Beispiele: in Belgien, Ungarn, Oesterreich und vor allem Rußland, übrigens auch Deutschland; für letztere besonders die Schweiz) und der militärischen Disziplin, die Schreden der Militärjustiz und die Soldatenmishandlungen sowie deren vielfältige organisch-militärische und kapitalistische Wurzeln. Der militaristische Erziehungsweisheit lehrer Schluß ist das säkularwahnsinnige: „Oderint dum metuant.“ (Häht mich immerhin, wenn ihr mich nur fürchtet.)

Die Elitetruppen mit ihrer besonders bevorzugten Stellung und Bezahlung, dieser Versuch, innerhalb der für den äußeren Feind bestimmten Armee eine besonders zuverlässige Waffe gegen den inneren Feind zu schaffen, gehören zu diesem System. Die Kosaken sind das gegenwärtig interessanteste Beispiel dafür. Doch auch sie beginnen bekanntlich zu verfallen: die Revolution kann eben weder auf die Dauer eingeschüchert, noch ausgekauft werden. Ihr Auslauf wäre wenigstens nichts anderes als — der Sozialismus!

Der durch die Militärmisshandlungen und die Grausamkeiten der Disziplin und der Militärjustiz erzeugte Haß ist ein dem Militarismus gar giftiges Nebenprodukt. Und noch andere Mauerwürfe sind hier an der Arbeit. Der exklusive Offiziersgeist treibt seit jeher eigene Blüten, deren absonderlicher Duft selbst ganz lokalen Gemütern peinlich in die Nase sticht und abscheulich und aufstößend zugleich wirkt. Redner bespricht das Duellwesen, die Wucher- und Harnlosensprozesse, die verschiedenen „Keinen Garnisonen“ und die dazu gehörige Simplicissimusliteratur.

Schließlich sei noch auf den Zwiespalt zwischen der kriegsgemäßen Ausbildung und Ausrüstung und der Ausbildung und Ausrüstung hingewiesen, deren der Militarismus bedarf, um seine Rolle als Drillinstitut gegen den inneren Feind und als Demagoge großen Stils voll entwickeln zu können. Besonders der preussische Militarismus sucht gewissermaßen zwei verschiedenartige Ausbildungsarten und auch zwei verschiedene Sorten von Ausrüstungen nebeneinander gleichzeitig durchzuführen.

Die wesentlichen innerpolitischen Schäden des Militarismus zeigen sich ebenso wie bei dem stehenden Heere auch bei den sogenannten Milizen. Nicht so sehr natürlich, wo alle weisheitsfähigen Staatsbürger Waffen und Munition zu Hause haben, obwohl natürlich auch hier die größere Schlagfertigkeit der staatlischen Truppe für deren Heberlegenheit wirkt. Aber in der Schweiz hat man dem Volk die Munition entzogen und die Ausbildungszeit, die Kasernierung, wird immer mehr verlängert. Daß diese Militarisierung der Miliz mit der Zuspitzung der Klassengegensätze Hand in Hand geht, springt in die Augen. Bei den häufigen Fällen, in denen in der Schweiz Truppen gegen die Arbeiter verwendet worden sind, wurden mit Vorliebe die kasernierten Truppen gewählt. Daneben aber spielte man wie anderwärts die Nationalität, so hier die Klassen gegeneinander aus. Besonders die Bauern gegen das Proletariat.

Redner schildert nun die verschiedenen Methoden, in denen die Armee gegen den inneren Feind verwendet wird: die Armee als Schule des Arbeitswilligens, Soldaten als Ernte- und Ringearbeiter, Soldaten als Streifenbrecher und als Hülfstreiter streitender Arbeiter; sodann im politischen Kampfe den Militärboykott und die anderen kleinen Mittel des Militarismus bei seiner politischen Alltagsarbeit und schließlich die Krönung: den Mil-

itarismus gegen revolutionäre Bewegungen. Hier macht kein Land eine Ausnahme.

Der Militarismus ist aber nicht nur die Armee in ihren verschiedenen Gestalten, er greift weit aus auch in die bürgerliche Welt, unser ganzes öffentliches Leben umklammernd. Redner kommt auf das Reserveoffizierwesen zu sprechen und illustriert die Abhängigkeit der Richter vom Militarismus durch Hinweis auf den bekannten Meiningener Fall aus dem Jahre 1904, wo nur die Tatsache, daß der Redner bei Gelegenheit eines Prozesses als Anwalt mit einigen Meiningener Richtern einen gemeinschaftlichen Abendessen genommen hatte, zur Sprengung der ganzen Mitgliedschaft des Meiningener Landgerichts führte. Das Militär anwärtewesen ermöglicht es, den Militarismus, seine Vertrauensmänner und Propagandisten in fast alle mit irgendwelchen Aufsichtsfunktionen versehenen Posten, in allen Zweigen der Justiz, der Verwaltung, der Exekutive, der Verkehrsanstalten und vielfach selbst der Privatindustrie zu entsenden. Die deutschen Kriegervereine umfassen über 2 Millionen Menschen; die Flottenvereine beeinflussen gemeinsam mit den Kriegervereinen unser öffentliches Leben beträchtlich; man denke nur an die Saalabtreibung und vor allem die lebhafteste Tätigkeit bei den Wahlen. Auch das gilt nicht nur für Deutschland. Auch die Kolonialgesellschaften und die Jugendwehren gehören hierher. Schließlich besitzt der Militarismus als Arbeitgeber ein beträchtliches Mittel zur Vereinfachung der Bevölkerung. Ein großes Arbeiterheer ist ihm untertan. Die Militärlieferanten haben ihre recht kräftigen Hände unmittelbar mit an der Kurbel unserer Staatsmaschinerie. Wenn sie auch beim bewaffneten Frieden ihre Schäfte in derren, im Kriege wirkt ihnen hundertfältige Frucht. So sind sie ganz gefährliche Kriegstreiber. Redner belegt dies aus der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und durch eine Auslassung Wislowskis.

Aus alledem ergibt sich, daß der Militarismus besonders in den großen europäisch-festländischen Staaten in allen ernsthaften Fragen der Politik und des öffentlichen Lebens schließlich das entscheidende Wort spricht, daß er auch der letzte Regulator der sozialdemokratischen, der proletarischen Politik darstellt. Wie die Regierung ihre Politik stets und danach einrichtet oder einrichten möchte, wie sie auf die Sozialdemokratie wirkt, so ist die sozialdemokratische Politik allenthalben zum letzten Ende bestimmt durch die Rücksicht auf den Militarismus, die stärkste Stütze der kapitalistischen Oligarchie. Die antimilitaristische Propaganda ergänzt so gewissermaßen erst die proletarische Politik zur Vollkommenheit. Wir erkennen aus alledem, wie der Militarismus durch seine innere Dialektik unterwühlt und schließlich zerstört werden muß. Was ergeben sich daraus für Konsequenzen für uns. Sollen wir im Vertrauen auf diese Dialektik die Hände in den Schoß legen? Ein solcher Fatalismus wäre nicht nur identisch mit der Verneinung jedes politischen Kampfes überhaupt, er würde auch der größte Hof gegenüber den Lehren der materialistischen Geschichtsbetrachtungen sein. Auch der Kapitalismus stirbt an seiner inneren Dialektik, und doch gibt es schwerlich einen Karren, der daraus folgert, das Proletariat müsse nunmehr nur den Mund aufsperrn und warten, bis ihm die gebatnen Tauben des Zukunftsstaates in den Mund fliegen. Nein, Genossen, wir dürfen nie vergessen, daß wir selbst ein Stück jener inneren Dialektik sind und gewiß nicht das geringste. Das Klassenbewußtsein des Proletariats ist ein Entwicklungsfaktor von größter Energie, gerade auch in bezug auf den Militarismus. Die Herausbildung des Klassenbewußtseins einschließlich der internationalen Solidarität fördern, kurz, Aufklärung des Proletariats — das heißt: die innere Dialektik gerade auch des Militarismus vorwärts treiben.

Nur eben in diesem Sinne fordern wir allgemein einen besonders nachdrücklichen, speziell organisierten antimilitaristischen Kampf. Aber in diesem Sinne fordern wir ihn als eine Notwendigkeit.

Redner schildert nun kurz die verschiedenen Arten des antimilitaristischen Kampfes, wie er sich in den einzelnen Ländern ausgebildet hat, von der einfachen Aufklärung der außerhalb der Armee stehenden Kreise, wie sie in Oesterreich und Deutschland stattfindet, bis zu der Kasernenagitation in Frankreich und Belgien und den revolutionären Militärorganisationen in Rußland, das allerdings, da in einer bürgerlichen Revolution, besagen, für uns nur mit vorsichtigen Einschränkungen in Betracht gezogen werden darf.

Der Antimilitarismus ist durchaus nur Waffe, nur Mittel zum Zweck, zum Zweck der Beseitigung eines schweren Entwicklungshindernisses. Er muß daher seine Form und Art allenthalben je nach der Form und Art des zu bekämpfenden Militarismus einrichten. Eine Uniformierung wäre Torheit und unmöglich. Nur ein Minimum an Form für alle Verhältnisse festgelegt werden.

Das wesentliche Ziel der antimilitaristischen Propaganda ist die Verminderung und Zerschlagung des militaristischen Geistes zur Verhinderung der organischen Zerschlagung des Militarismus. Aufklärung des Proletariats über das Wesen des Kapitalismus, des Militarismus und seiner besonderen Funktion innerhalb des Kapitalismus, das ist die Grundlage, das breite Fundament eines jeden möglichen Antimilitarismus. Ein Fundament, an das weder Polizei noch Justiz ernstlich heranrücken können.

Die leider vielfach betriebene Agitation zur Richtfeststellung der einflussreichen Mannschaften ist der denkbar größte taktische Fehler. Dadurch werden ja gerade die für den Militarismus unzuverlässigen Elemente, die zur Desorganisation beitragen, von der Armee ferngehalten, wodurch deren Gefährlichkeit vermehrt wird.

Die der Sozialdemokratie, dem Proletariat, feindlichen Parteien haben seit langem in ihrem Interesse Jugendorganisationen gegründet, die meist sehr stark sind, über die uns aber leider noch das nötige Material fehlt. Die zumeist erst als Antwort hierauf erfolgte Gründung von Jugendorganisationen sozialistischen Charakters bedeutet die Schaffung einer Waffe, die, wo nicht besondere gesetzliche Hindernisse bestehen, für den antimilitaristischen Kampf ganz besonders geeignet ist. Redner begründet dies des näheren. Die Jugendorganisationen wirken nicht nur erzieherisch auf ihre Mitglieder; ihre Mitglieder wiederum haben den von ihnen gewonnenen Geist in die Kreise ihrer Altersgenossen hinauszutragen. Auf Eltern und erwachsene Arbeiter beiderlei Geschlechts, deren Einfluß auf die heranwachsende Jugend gewaltig ist oder jedenfalls sein kann, ist dahin einzuwirken, daß sie diesen Einfluß im Sinne des Geistes der Jugendorganisationen, insbesondere des antimilitaristischen Geistes ausüben. Auch die Organisationen der erwachsenen Arbeiter sind von den Jugendorganisationen in diesem Sinne zu befruchten.

Nach weiteren Ausführungen verweist Redner auch auf die Notwendigkeit, für Vorkasernierung der Soldaten zu sorgen, eine Notwendigkeit, die er in seiner Broschüre betont hatte. Bekanntlich hat dieser Hinweis ebenso wie die Forderung energischer agitatorischer Ausnutzung der Soldatenmishandlungen bei unseren Militaristen bis hinauf zum Kriegsminister ein lebhaftes Aufgeschrei ausgelöst. Das befähigt natürlich nur die Nichtigkeit meiner Vorschläge. Das Wort Kasernieren, „Mit Bajonetten kann man alles, nur nicht sich darauf niederlassen“, ist gewiß eine ungemütliche Wahrheit für unsere herrschenden Klassen. Sie wollen's aber doch nicht wahr haben. Gegen jeden Versuch der antimilitaristischen Propaganda und Aktion reagieren sie aufs empfindlichste und brutaleste. Sie wissen, daß sie einen Stoß ins Herz der äußeren Machtposition der heutigen Gesellschaft darstellt. Opfer müssen fallen. Darüber habe ich mich nie getäuscht. Natürlich wäre es töricht und verwerflich, unnütz Opfer zu provozieren. Aber gerade die Geschichte meines Prozesses beweist, daß auch für die Justiz unseres Klassenstaats der Satz gilt: Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, da ist auch ein Galgen. Ein Wille auf unsere russischen Freunde lehrt uns Bescheidenheit in der Schätzung der von uns bisher gebrachten und noch zu bringenden

Opfer. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Finden wir uns damit ab und seien wir getrosteten Mutes in der Erkenntnis, daß gerade solche Opfer die beste Saat für den Antimilitarismus sein müssen, wenn das Proletariat nur überhaupt einen Pfifferling wert ist. Jeder Versuch solcher Unterdrückung muß nach der verzehrenden Dialektik, die dem Kapitalismus und dem Militarismus in den Knochen sitzt, nur eben gerade zur Beschleunigung ihres Sturzes beitragen. Die Geschichte lehrt's. Bald werden die Herren feufzand erkennen: „Den Hochverrätern sind wir los, die Hochverräter sind geblieben!“

Gerade wir Deutschen haben alle Ursache, diesem Internationalen Kongreß dankbar zu sein. Der Clan unserer auswärtigen Genossen, besonders der Franzosen, Belgier und Russen, hat unserer deutschen Partei einen kräftigen Stoß vorwärts zum Antimilitarismus gegeben. Die antimilitaristischen Aufgaben der neuen Internationalen sind durch die Kongreßresolution trotz ihrer vielen Mängel vorgezeichnet. Sorgen wir, daß die internationale Jugendbewegung im antimilitaristischen Kampfe eine ehrenvolle Rolle spielt. (Großer, lang anhaltender Beifall.)

Genosse Vaader dankt dem Referenten für seinen Vortrag und für seine antimilitaristische Tätigkeit und fordert in lebhaften Worten auf zum immer verdichteten rücksichtslosen Kampfe gegen den Militarismus. Nach kurzer Debatte schlägt der Referent vor, zu beschließen:

„Die Konferenz bezieht sich auf die Resolution des Stuttgarter Internationalen Kongresses über den Militarismus und die dort für den antimilitaristischen Kampf und die Jugendorganisationen formulierten Aufgaben. Sie lenkt die besondere Aufmerksamkeit auch auf die Gefährlichkeit des Militarismus im inneren Klassenkampf und stellt die Pflicht der internationalen Jugendbewegung fest, in dem durch jene Kongreßresolution beschriebenen Sinne den Militarismus zu bekämpfen.“

Jauntau schlägt eine besondere ausführlichere Resolution vor, die mit größerer Schärfe als die Kongreßresolution die Pflicht der Pflege internationaler Solidarität und die hierauf bezüglichen Aufgaben der Jugendorganisationen betont. Gegen diesen Vorschlag wird Widerspruch erhoben. Liebnecht betont, daß die Kongreßresolution noch wichtigere Mängel als den von Jauntau hervorgehobenen zeige, so die ungenügende Betonung des Marxismus, vor allen Dingen aber die gänzliche Ausherdachlassung der Rolle, die der Militarismus im inneren Kampfe spiele. Wenn schon auf Einzelheiten eingegangen werde, müsse eine alle wesentlichen Seiten des Militarismus umfassende, möglichst erschöpfende Resolution ausgearbeitet werden. Trolet beantragt, die Resolution Jauntau den Jugendorganisationen für die nächste Konferenz, der eine ausführliche Resolution vorzulegen sei, als Material zu überweisen. — Die Resolution Liebnecht und der Antrag Trolet finden einstimmige Annahme; ebenso ein Antrag Jauntau, die einem künftigen Kongreß vorzulegenden Resolutionen wenigstens einen Monat vor der Konferenz zu veröffentlichen.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen durch den Genossen de Man und interessanten Mitteilungen einer russischen Genossin über die russische Militärpropaganda erklärte der Vorsitzende Liebnecht die Tagesordnung für erschöpft. Er sprach seine Freude aus über die Tätigkeit der geleisteten Arbeit und schilderte die hohe Bedeutung dieser Tagung für die internationale Jugendbewegung. Daß sie einen wahrhaft internationalen Charakter getragen habe, erfülle ihn mit besonderer Genugtuung. Der Geist der Brüderlichkeit, des gegenseitigen Verständnisses habe sie allenthalben beherrscht. Wir haben eine äußere internationale Verbindung geschaffen; es hat sich aber gezeigt, daß sie die bereits vorhandene innere Einheit nur eben zu konsolidieren brauchte. Besonders freut uns die Anwesenheit russischer Genossen und Genossinnen als Vertreter des kämpfenden russischen Sozialismus, in dem das Proletariat aller Länder das Symbol der Revolution begeistert begrüßt. (Lebhafter Beifall.) Unsere Verhandlungen werden ganz gewiß Früchte tragen, wenn das internationale Sekretariat wie bisher seine Schuldigkeit tut. (Zustimmung.) Nachdem Lustig den Bureau und dem Stuttgarter Lokalkomitee, insbesondere den Genossen Krille und Ruppig, und Liebnecht den Dolmetschern gedankt hatte, rief Ruppig den Delegierten ein herzliches „Gute Reise!“ zu. Gegen 9 1/2 Uhr schloß Liebnecht nach einigen kurzen Worten die Konferenz mit einem von den Anwesenden begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die internationale Jugendbewegung.

Nachzutragen ist noch der Wortlaut der Thesen der Genossin Roland-Holt über das Thema: „Die sozialistische Erziehung der Jugend“. Sie lauten:

1. Innerhalb der aufwachsenden Generation der Arbeiterklassen ist ein lebhafter Antrieb zur Bildung im sozialistischen Sinne im Aufkommen. Die jungen Arbeiter empfinden das Bedürfnis, sich zum Klassenkampf vorzubereiten durch Erwerbung derjenigen Kenntnisse und durch Stärkung derjenigen sittlichen Eigenschaften, die sie in den Stand setzen, jenen Kampf mit größerer Kraft zu führen. Unter sozialistischer Erziehung verstehen wir die Erwerbung jener Kenntnisse und moralischen Eigenschaften.

2. Die sozialistische Erziehung der jungen Arbeiter geschieht am besten und am zweckmäßigsten in eigenen Organisationen. Es ist deshalb Pflicht der sozialistischen Partei, die Gründung von Jugendorganisationen in die Hand zu nehmen und, wo solche bestehen, sie kräftig zu unterstützen.

Die Aufgaben der Organisationen sind:

a) Die Verbreitung von Wissen, in erster Linie von dem Wissen, das dem Proletariat unentbehrlich ist, um den Klassenkampf mit vollem Nachdruck führen zu können, das heißt von der Wissenschaft der Gesellschaft. Zunächst soll, wo dies notwendig erscheint, die Grundlage für jede weitere Bildung gelegt werden, indem mit dem Studium der Muttersprache den jungen Arbeitern ein richtiges Erfassen des Gehörten und Gelesenen und der klare schriftliche und mündliche Ausdruck desselben und ihrer Gedanken ermöglicht wird. Im Vordergrund der proletarischen Jugendbildungsbestrebungen soll das Studium der Nationalökonomie, der allgemeinen Geschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung im Sinne der marxistischen Geschichtsauffassung, sowie der Staatseinstellungen und Arbeiterkategoriegebungen stehen. In zweiter Linie kommen dann Naturwissenschaften, die soziale Hygiene einschließlich der Aufklärung über die geschlechtlichen Fragen und über den Alkoholismus in Betracht.

Es ist dabei auch auf die Aufklärung über das Wesen und die Entstehungsgeschichte von Religion und Kirche im Sinne des historischen Materialismus Gewicht zu legen.

b) Die Nüchtung und Stärkung der sittlichen Eigenschaften wie: Solidarität, demokratische Gesinnung, Disziplin, Selbsterzucht, Opferwilligkeit, Kühnheit und Besonnenheit, deren das Proletariat in hohem Maße bedarf, um seine historische Aufgabe erfüllen zu können.

Es soll hierbei noch besonders auf die Wichtigkeit des Zusammenarbeitens beider Geschlechter in den Jugendorganisationen hingewiesen werden. Die gemeinschaftliche Arbeit und der gemeinschaftliche Kampf für eine große Sache ist das beste Mittel, die gegenseitigen Beziehungen der Achtung und Kameradschaftlichkeit zwischen den Geschlechtern herbeizuführen, die die Grundlage der sexuellen Sittlichkeit des Sozialismus bilden.

c) Die Pflege der internationalen Solidarität durch Verbreitung von Wissen über die Jugend- und die Arbeiterbewegung, so-

wie durch Förderung der persönlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen jungen Arbeitern aller Länder.

d) Die Pflege der körperlichen Kultur durch Leibesübungen und Spiele.

e) Die Förderung des ästhetischen Sinnes des Proletariats.

Die sozialistische Erziehung der Jugend geschieht am besten in eigenen Organisationen. Jedoch muß womöglich ein organischer Zusammenhang, wo dieses nicht möglich ist, wenigstens ein geistiges Band zwischen ihnen und der Klassenbewußten Arbeiterbewegung bestehen.

Die sozialistische Erziehung der Jugend vollzieht sich nur teilweise durch Aufklärung in der Presse, in Bildungsreisen usw. Ergänzt muß sie werden durch die Aktion, den Kampf, aus der Erregung heraus, daß es unmöglich ist, einen bestimmten Punkt anzugeben, wo das erworbene Wissen die jungen Arbeiter erst inhand setzt, in den Kampf einzutreten, während umgekehrt der Kampf selbst oft die lehrsamste Methode der Aufklärung ist. Jedoch soll ausdrücklich hervorgehoben werden, daß während in den Partei- und gewerkschaftlichen Organisationen der Kampf mehr im Vordergrund steht, umgekehrt in der Jugendbewegung der Hauptnachdruck auf die Bildungsbestrebungen gelegt werden muß, die deshalb die wichtigste Aufgabe der Jugendorganisationen sind.

Die Punkte, auf die die Organisationen der jugendlichen Arbeiter überwiegend ihre Aktion zu konzentrieren haben, folgen aus der besonderen Stellung des jugendlichen Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft. Es sind:

- Der Kampf um den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, die Aktion für bessere Befolgung der gesetzlichen Schutzbestimmungen, sowie für den Schutz der jungen Arbeiter gegen Ausbeutung überhaupt.
- Der Kampf gegen den Alkoholismus.
- Die Bekämpfung des Militarismus.

Die Mittel, deren sich die jungen Arbeiter zur Erfüllung ihrer Aufgabe unter anderem bedienen können, sind:

- Die Veranstaltung von Vorträgen und Unterrichtskursen.
- Die Herausgabe und Verbreitung von Zeitungen und Schriften.
- Die Bildung von Vereins- und Wanderbibliotheken.
- Gemeinsame Ausflüge und Besichtigungen.
- Leibesübungen und Wettkampfspiele.
- Die Teilnahme an Petitionen und Demonstrationen.
- Die Bildung von Studiengruppen.
- Die Veranstaltung von künstlerischen und literarischen Unterhaltungsabenden.

Des Weiteren ist es Aufgabe der Jugendorganisationen, dafür zu wirken, daß die Partei immer mehr für die Bildungsbestrebungen der proletarischen Jugend gewonnen wird.

Ferner geben wir noch die Resolution wieder, die zu dem Thema: „Der wirtschaftliche Kampf der arbeitenden Jugend“ zum Beschluß erhoben wurde.

Die kapitalistische Produktionsweise hat die Ausbeutung der arbeitenden Jugend in zweierlei Richtungen zur Folge.

a) Die Verbesserung der Maschinen macht im Gegensatz zu früheren Perioden in großem Umfang stärkere physische Kräfte im Produktionsprozeß überflüssig und damit die Heranziehung jugendlicher Arbeitskräfte vom zartesten Kindesalter an in außerordentlich gesteigertem Maße möglich. Die jugendlichen Arbeitskräfte werden von den Kapitalisten bevorzugt, weil ihre Erhaltungskosten geringer sind, als die erwachsener Arbeiter. Im Wesen des Kapitalismus liegt es, die ihm zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte nach Möglichkeit auszunutzen. Durch die Widerstandsfähigkeit der jugendlichen Arbeiter wird ihre Ausbeutung im höchsten Grade möglich.

b) Die durch die Konkurrenz der Maschinenindustrie im Untergrund begriffenen Kleingewerbetreibenden suchen ihr Dasein durch eine ganz besonders rücksichtslose Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter (Lehrlinge) zu fristen. Die sachmännliche Ausbildung sinkt zu einem bloßen Vorwand für diese Ausbeutung herab.

In Wirklichkeit unterscheiden sich diese beide Formen der Ausbeutung nur insoweit, als erstere offener und gezielter, letztere durch das mit „Lehre“ verbundene patriarchalische Verhältnis des Lehrlings zum Lehrherrn verhüllt und unbegrenzt ist.

Die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte entspringt dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die auf Ausbeutung von Arbeitskräften zur Erzeugung von Mehrwert beruht. Diese wie jede Ausbeutung der Arbeitskraft kann nur mit der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verschwinden. Daher fordert die Konferenz die ausgebeutete Jugend auf, sich um das Banner des Sozialismus zu scharen, auf dem der Sturz der heutigen Wirtschaftsordnung geschrieben steht.

Um die schändlichsten Auswüchse jener Ausbeutung, die ihre Opfer selbst am Kampfe gegen das heutige Wirtschaftssystem verhindern, zu beseitigen, erucht die Konferenz zunächst:

- Die Jugendorganisationen, deren Errichtung auch im Interesse des wirtschaftlichen Schutzes der jugendlichen Arbeiter zu fordern ist, Schutzkommissionen für jugendliche Arbeiter zu schaffen, welche die Aufgabe haben, darauf zu achten, daß die für den Schutz der jugendlichen Arbeitskräfte bestehenden Vorschriften innegehalten werden, und auch die Regelung des Arbeitsnachweises in die Hände zu nehmen;
  - Die sozialistischen Fraktionen, daß sie in den gesetzgebenden Körperschaften folgende Forderungen vertreten:
    - Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte vor vollendetem 16. Lebensjahr unter gleichzeitiger Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter;
    - Stündiger Maximalarbeitszeit für alle Arbeiter, unter welchem Begriff überall die Arbeitertinnen mitverstanden sind, unter 18 Jahren;
    - Verbot der Nachtarbeit für alle Arbeiter unter 18 Jahren;
    - Schließung ununterbrochener Sonntagsruhe für alle Arbeiter unter 18 Jahren;
    - Verbot des Koff- und Logiszwanges für die gleiche Altersstufe. Die Vereinbarung eines solchen Zwanges ist nichtig.
    - Einführung des obligatorischen Fortbildungunterrichts für alle in Handel, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und in den sogenannten freien Berufen beschäftigten Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.
    - Obligatorische Einführung des Tagesunterrichts an Werktagen für alle Fortbildungs-, Fach- und gewerblichen Vorbereitungsstellen;
    - Abschaffung des Rechtes der väterlichen Zucht, insbesondere des körperlichen Züchtigungsrechtes für den Lehrherrn;
    - Anstellung von besonderen Inspektoren für die jugendlichen Arbeiter;
    - Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Handwerksbetriebe und die Hausindustrie;
    - Die Lehrzeit darf zwei Jahre, und zwar einschließlich der Probezeit, nicht überschreiten;
    - Verbot der Lehrlingsverwendung zu häuslichen oder überhaupt außergewerblichen und zu anderen als den vertraglich ausdrücklich festgesetzten Arbeiten;
    - Beseitigung aller Bestimmungen, die die Möglichkeit des Lehrverhältnisses erschweren. Die Vereinbarung von dem widersprechenden Bestimmungen, insbesondere von Konditionalstrafen, ist nichtig;
    - Empfindliche Strafen für diejenigen Arbeitgeber, Meister usw., die einer der obigen Bestimmungen zuwiderhandeln.
  - Die Gewerkschaften, beim Stellen von Fortbildungen, und beim Abschluß von Kollektivverträgen die zu b angeführten Punkte zu berücksichtigen.
- Außerdem werden folgende von Trocki, beziehungsweise Janinaur gestellten Anträge angenommen:

1. Die Konferenz empfiehlt, dahin zu wirken, daß eine Vertretung der jugendlichen Arbeiter zur Verwaltung der Fortbildungs-, Fach- und Gewerbeschulen hinzugezogen wird.

2. Die Jugendorganisationen sollen darüber wachen, daß die jugendlichen Arbeiter, die die Gewerbe- und Fachschulen besuchen, ein klares Verständnis bewahren für die soziale Rolle ihrer Studien, die für sie nur den Zweck haben, ihre Widerstandskraft gegen die kapitalistische Ausbeutung zu stärken, und sich der Solidarität bewußt bleiben, die alle Proletarier verbinden und einigen muß.

## Vierter Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 8. September.  
(Zweiter Verhandlungstag.)

Die Diskussion über die Geschäftsberichte wird fortgesetzt. Der Delegierte von Ingolstadt hält für nötig, daß, wenn den Anträgen auf einen Ausbau des Verbandorgans stattgegeben wird, ein Redakteur angeheilt werden müsse. Der Verbandsvorsitzende könne dann die Redaktionsarbeiten nicht mehr nebenbei erledigen. Becker-Leipzig plädiert für den Ausbau des Fortorgans und bespricht eingehend eine Beschwerde Bachmann-Leipzig an den Ausschuss.

Müller-Hamburg, Vorsitzender des Ausschusses, bedauert, daß die Delegierten nicht mehr auf den Ausschussbericht eingegangen sind. Welche Nachrichten solle er seinen Kollegen vom Ausschuss bringen? Wenn die Differenzen des Ausschusses mit dem Hauptvorstande nicht zur Befriedigung geföhrt werden, dann würden sich die Kollegen von Hamburg wohl bedanken, im Ausschuss zu sitzen. — Es sei eine immer wiederkehrende Erscheinung auf jedem Verbandstage, daß verlangt wird, der „Fleischer“ solle mehr belehrende wissenschaftliche Artikel enthalten. Es müsse aber gesagt werden, daß die Kollegen auch die Pflicht hätten, Parteiorgane zu lesen. Den indifferenten Kollegen müsse geboten werden, was sie auch verdauen können. Der „Fleischer“ enthalte genügend Material, um sich weiter bilden zu können.

Nachdem noch Müller-München und Bergmann-Berlin zu den Geschäftsberichten gesprochen, nimmt Verbandsvorsitzender Hensel das Schlusswort. Er geht zunächst eingehend auf die Differenzen mit dem Ausschuss und Hauptvorstande ein und gibt zu, daß auf beiden Seiten gesündigt worden sei. Er wolle die Behauptung, daß der Ausschuss parteiische Urteile fälle, zurücknehmen. Bezüglich der Anregungen auf Ausdehnung des „Fleischer“ müsse er betonen, daß man nicht allen Wünschen Rechnung tragen könne. Die Redaktion lege Gewicht darauf, den „Fleischer“ hauptsächlich als Agitationsorgan zu gestalten. Wenn verlangt wird, daß Berufsjournalisten mehr zur Mitarbeit herangezogen werden sollen, so müsse man bedenken, daß diese wohl sozialpolitische und wissenschaftliche, aber keine fachliche über Berufsangelegenheiten liefern können. Von den Kollegen könnte man verlangen, daß sie auch politische Blätter abonnieren. Hensel geht nun ausführlich auf die freitragenden Ausführungen einzelner Redner ein. Die Kritik des Hauptvorstandes an der Tätigkeit einzelner angestellten Beamten müsse er aufrechterhalten; sie sei angebracht und berechtigt.

Hauptkassierer Krause weist ebenfalls erhobene Vorwürfe zurück und verteidigt die Haltung und Tätigkeit des Hauptvorstandes.

Müller-Hamburg (Ausschussvorsitzender) drückt in seinem Schlusswort die Hoffnung aus, daß künftig das Zusammenarbeiten zwischen Vorstand und Ausschuss ein einträglicheres werde. Von der Erklärung Hensels bezüglich des strittigen Punktes habe er mit Befriedigung Kenntnis genommen.

Dem Hauptvorstand und Ausschuss wird Decharge erteilt. Die Anträge, die einen Ausbau oder wöchentliches Erscheinen des Verbandorgans verlangen, wurden abgelehnt. Der Verbandstag stimmt ferner dem Antrag zu, die Quartalsabrechnungen künftig nicht mehr im „Fleischer“ zu veröffentlichen, sondern nur den Verwaltungsgesellen zu übermitteln. Dem Antrag Berlin und Mainz, den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes jährlich in Form einer Broschüre herauszugeben, wird zugestimmt.

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt referiert nun in ausführlicher Weise über:

### „Die Resultate der statistischen Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse im Fleischergewerbe.“

Schmidt schildert eingehend die Stellung der Regierung zu den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft. Die Regierung stelle sich früher auf den monarchistischen Standpunkt der freien Vereinbarkeit. Durch das Drängen der Klassenbewußten Arbeiterschaft auf Erfüllung sozialpolitischer Forderungen konnte sie diesen Standpunkt nicht ganz aufrecht halten, sie mußte Konzessionen an die Arbeiterschaft machen. Allerdings ist aber das Entgegenkommen der Regierung noch ein sehr unbefriedigendes. Redner schildert nun ausführlich die statistischen Erhebungen im Jahre 1902. Diese sind zwar sehr minderwertig, sie gestatten aber trotzdem einen Einblick in die tiefstürzenden Verhältnisse der Fleischergefallen. Schmidt geht im einzelnen die von den verschiedenen Innungen, Gesellenbrüderschaften usw. erstatteten Gutachten durch. Er stellt diesen die Erhebungen des Zentralverbandes der Fleischer gegenüber. Besonders das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes, das sagt, es läge keine Veranlassung vor, eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse in den Schlächtereien und Wurstfabriken vorzunehmen, müsse als vollständig inoffensiv abgelehnt werden. Der mißglückten Enquete der Regierung gegenüber müsse Selbsthilfe eingeleitet werden. Dies könne nur durch eine feste Organisation geschehen. — Mit dem 14. Ständigen instruktiven Vortrage Schmidts, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, schließt die Vormittagsung.

Der Vortrag des Genossen Schmidt zeitigte am Nachmittage eine lebhafte Debatte. Als Quintessenz der Ausführungen zu diesem Punkte der Tagesordnung wird nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Verbandstag des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, abgehalten vom 2. bis 4. September in Frankfurt a. M., hat aus den Verhandlungen des Beirates für Arbeiterstatistik zu seinen Bedauern Kenntnis davon genommen, daß dem vielfachen Verlangen der im Fleischergewerbe beschäftigten Gesellen auf Einführung eines zwölfstündigen Arbeitstages durch eine Bundesratsverordnung von dem Beirat für Arbeiterstatistik nicht befürwortet wurde.“

Der Verbandstag gibt der Meinung Ausdruck, daß eine zwölfstündige Arbeitszeit im Fleischergewerbe durchführbar ist, und die von den Unternehmern hiergegen erhobenen Einwände nur von engherziger Standpunkt des Profits und einer sozialpolitisch rückständigen Auffassung diktiert sind. Der Standpunkt der Fleischermeister und ihrer Korporationen ist derselbe, der auch in anderen Gewerben von den Unternehmern gegen sozialpolitische Anforderungen der Arbeiter geltend gemacht wurde; Einwände, die aber, sobald dennoch eine Beschränkung der Arbeitszeit verfügt würde, sich sofort als haltlos erweisen.

Die Begrenzung der Arbeitszeit im Fleischergewerbe ist begründet, weil eine Arbeitszeit über 12 Stunden für die Fleischergefallen gesundheitlich und vom allgemeinen sozialpolitischen Standpunkt aus die schwersten nachteiligen Folgen hat.

Die Erhebungen des Beirates für Arbeiterstatistik haben erwiesen, daß in einer großen Zahl von Betrieben Arbeitszeiten über 12 Stunden üblich sind. Diese Feststellungen sind durch die Erhebungen, die der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands im Jahre 1905 veranstaltete, ergänzt in der Richtung, daß auch die mißlichen sanitären Zustände in den Betrieben, die elenden Logis der Gesellen und die niedrige Entlohnung eingehend dargestellt wurden.

Der Verbandstag ist der Überzeugung, daß die Fleischergefallen erst dann aus der tiefen sozialen Stellung, in die sie herabgedrückt wurden, sich erheben können, wenn ihnen die freie Zeit gewährt wird, die vom Standpunkt der Hygiene erforderlich und zur Pflege eines geordneten Familienlebens sowie zur Wahrung der Berufsinteressen notwendig ist. Um so mehr glauben wir auf die Erfüllung unserer Anforderung rechnen zu dürfen, da die Forderung eines zwölfstündigen Arbeitstages weit zurückliegt hinter den in anderen Berufen üblichen Arbeitszeiten. Mit der zwölfstündigen Arbeitszeit wird unter anderem der Weg gebahnt, dem unwürdigen Zustande in unserem Berufe zu beseitigen, daß ältere Kollegen keine Arbeit bekommen, und wenn sie einen eigenen Hausstand gründen wollen, ihren Beruf, in dem sie eine mehrjährige Lehrzeit durchgemacht, aufgeben, um dann als Fabrikarbeiter tätig zu sein. Diese ungesunden Zustände in unserem Berufe zu beseitigen, müssen wir mit allem Nachdruck fordern, um uns gegen die gesundheitlichen und schweren sozialen Nachteile, die die lange Arbeitszeit im Gefolge hat, zu schützen.

Der Verbandstag richtet deshalb an die Reichsregierung die Bitte, sich dem Beschluß des Beirates für Arbeiterstatistik sowie dem Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes in der Beurteilung der Folgen einer langen Arbeitszeit nicht anzuschließen, vielmehr das berechtigete Verlangen der Fleischergefallen nach einem zwölfstündigen Arbeitstage durch Erlass einer Bundesratsverordnung auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung stattzugeben, sowie Anordnungen zu treffen, daß die Sonntagsarbeit in Schlächtereien und Wurstfabriken untersagt und im Detailhandel auf drei Stunden beschränkt wird. Desgleichen halten wir die Beseitigung der sanitären Mißstände in unserem Berufe für dringend erforderlich, um sowohl im Interesse der Konsumenten wie der Fleischergefallen die auch auf diesem Gebiete längst festgestellten schweren Mißstände im Fleischergewerbe zu beseitigen.

### „Unsere Lohnbewegungen und Streiks“

referiert Conrad Krause-Berlin: Der Streik sei die wichtigste und letzte Waffe des Proletariats im Kampfe gegen das Unternehmertum. Mit dieser Waffe dürfe aber nicht leichtfertig umgegangen werden: wo die Vorbereitungen fehlen, müsse ein Streik verhindert werden, sonst könne er — was dann meist der Fall sei — nicht zum Nutzen, sondern eher zum Schaden der Organisation ausgehen. Redner wirft nun einen Rückblick auf die verflochtenen Kämpfe im Fleischergewerbe und bespricht die einzelnen in der Berichtszeit stattgefundenen Streiks, um sich dann über die Taktik und die Form bei Streiks eingehend zu verbreiten. Es entspinnt sich über diesen Punkt und die dazu gestellten Anträge eine längere, lebhafte Debatte, in der mehr interne Angelegenheiten berührt werden.

## 8. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Es wird in der Diskussion über den Vorstandsbericht fortgefahren.

Zunächst wird in der Beratung der den Delegierten zu gewährenden Diätenfrage eingetreten. Auch auf diesem Verbandstage klingt es ähnlich wie schon auf vielen anderen: Furcht vor dem Unwillen der Mitglieder auf der einen Seite, Betonung der Unmöglichkeit, mit weniger Diäten auszukommen und Hinweis darauf, daß die Delegierten so wie so diejenigen sind, die das ganze Jahr hindurch manche Opfer bringen müssen, auf der anderen. Es werden schließlich 10 M. und Lohnentschädigung beschlossen.

Janßen wendet sich namens des Hauptvorstandes gegen den Ausschuss und befreit ihm das Recht, bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Hauptvorstand Entscheidungsmacht zu sein. Er soll nur Ausgleichsmittel sein. Redner erörtert dann eine Reihe von Differenzen in der Organisation. Betreffend die Aufschreibung des Postens eines Vorstehenden wendet er sich ganz entschieden dagegen, daß man die Befegung eines solchen verantwortungsvollen Postens dem Zufall der Ausschreibung überläßt. Von Verletzung der Demokratie kann dabei nicht die Rede sein.

Kamronski-Miesbaden gibt zu erwägen, ob die Institution des Ausschusses nicht überhaupt zu entbehren sei, da sie das Arbeiten der Organisationsmaschinerie nur zu erschweren scheint.

Becker-Berlin erkennt die intensive Tätigkeit der beiden Hauptbeamten an und bedauert, daß dem Kollegen Busch-Hamburg die Teilnahme an der Massenagitation in Westfalen von der dortigen Verwaltung verweigert wurde. Er verlangt mehr Selbstbestimmtheit für den Hauptvorstand und Beseitigung des Ausschusses.

Schmidt-Berlin verteidigt die erfolgte Anstellung einer Hilfskraft für den Hauptvorstand. Während der Reichstagswochen sei auch die Tätigkeit der Beamten für die Partei in Anspruch genommen worden, und die Vorbereitungen der Generalversammlung habe gleichfalls viel Arbeit gemacht.

Albrecht-Berlin (Redakteur des Fachorgans) befreit, daß die Krankenlohnfrage von ihm als Beamter des Verbandes betrieben worden sei. Er habe lediglich als Mitglied dazu Stellung genommen. Er erkennt an, daß seine Taktik in der Frage keine glückliche gewesen sei. Redner verteidigt seine Haltung in der Gehaltsfrage und bezeichnet es als Populäritätsfrage, wenn die Delegierten gegen höhere Gehälter sich wenden.

Kaiser-Frankfurt a. M. verteidigt die Tätigkeit der Frankfurter Agitationskommission und hält die Einberufung der Generalversammlung zu jeglichem Termin für durchaus richtig und gerechtfertigt.

Busch-Hamburg verteidigt das Recht der Kritik und mißbilligt, daß eine solche als Querstreiber bezeichnet wird.

Redner tritt für das Weiterbestehen des Ausschusses ein, da sonst die Gefahr der Bureaucratie vorliege. Nach seiner Meinung soll der Ausschuss der Pressekollektive zwischen Mitgliedern und Vorstand sein. Eine Sanierung der finanziellen Grundlage der Organisation sei dringend erforderlich. Die Ausgaben seien fortwährend, die Einnahmen aber nicht dementsprechend.

Schmidt-Berlin (Geschäftsführer) wendet sich in seinem Schlusswort gegen die von den Delegierten erhobenen Vorwürfe und fordert größeres Vertrauen der Mitglieder untereinander und gegen den Vorstand. Die Gemeindeglieder verwechseln bei ihren Forderungen betr. der Gärtner in den städtischen Betrieben die Betriebsorganisation mit der Industrieorganisationen. Sie haben nach den Beschlüssen der Zentralvorstände und der Gewerkschaftslongreffe nicht recht. Redner wendet sich gegen den übertriebenen Radikalismus der Berliner Landshaftgärtner, der vielfach daran schuld sei, daß nicht mehr erreicht werden konnte. Er wird allerdings meistens von drei oder vier Scharnern verschuldet. Redner bemängelt scharf, daß die Mitglieder sehr oft über den Kopf des Hauptvorstandes hinweg Aktionen einleiten und Verträge abschließen. In der Inzenerierung von Lohnbewegungen müsse in der Zukunft vorsichtiger verfahren werden. Die Extrabeiträge seien beizubehalten, die Sammlungen aber seien zu verwerfen, weil dazu nur die besten Kollegen, die die Versammlungen besuchen, bluten müssen. Die Gehaltsfrage dürfe nicht von kleinlichen Gesichtspunkten aus beurteilt werden.

Ein Antrag auf Erteilung eines Lobesdiploms für den Hauptvorstand wird zurückgezogen und die Delegierten sprechen der Hauptverwaltung durch Erheben von den Plätzen ihr Vertrauen aus.

Beschlossen wird, vier Kommissionen zur Vorberatung der verschiedenen Tagesordnungsfragen zu wählen. Sie sollen am Dienstagvormittag tagen. Die Generalversammlung soll zu diesem Behufe ihre Verhandlungen aussetzen, da sämtliche Delegierte den Kommissionen zugeweiht sind. Man erwartet davon eine wesentliche Abklärung der Verhandlungen.

Es wird dann ein Antrag der Mitgliedschaft-Stuttgart angenommen:

Die Generalversammlung erkennt die Bedeutung und den Zweck der Gewerkschaftsschule an und beschließt, außer den Angehörigen unseres Verbandes auch noch solche Kollegen bezug. Mitglieder der Organisation dieselbe besuchen zu lassen, die in größeren Städten, wo keine Angestellten tätig sind, für die Ausbreitung und Leitung des Verbandes in Betracht kommen. Der Besuch der Schule geschieht auf Kosten der Organisation, ein Anrecht auf Anstellung wird keinem Besucher in Aussicht gestellt. Die Auswahl der Besucher besorgt der Hauptvorstand nach Anhörung des Bezirksleiters und der zuständigen Ortsverwaltung. Die Besucher sollen jedoch mindestens zwei Jahre ununterbrochen dem Verband angehört haben.

Zum Punkt Presse nimmt der Redakteur W. Brecht das Wort. Er bespricht die Wünsche nach dem Ausbau des Blattes. Der Stoff aus der Organisation wird immer größer und die prinzipiellen Fragen der Arbeiterbewegung werden darunter. Wir wünschen alle sehr, so führt er aus, daß die politische Arbeiterpresse von den Kollegen gelesen wird, aber viele Herrschaftsgärtner sind dazu nicht imstande. Es wäre deshalb eine Vergrößerung der Zeitung zu wünschen. Betreffs der Mitarbeiterfrage verteidigt der Redakteur die Haltung der früheren Redaktion. Auch bei der Reichstagswahl habe die Zeitung Propaganda für die Wahl von Sozialdemokraten getrieben. Das sei ihm manchmal verübelt worden. Er halte es aber für die Pflicht der Arbeiterpresse, den Zeitumständen Rechnung zu tragen. Redner wendet sich gegen die Kritiker, die verlangen, daß Inserate nicht aufgenommen werden, in denen Gärten zu nicht würdigen Arbeiten gesucht werden. Jede Arbeit ob; auf dem Standpunkt siehe die moderne Arbeiterbewegung. Es komme nur darauf an, ob die Arbeit auch ordentlich bezahlt würde. Ein anderer Standpunkt sei ein rückwärtiger und eine Überlieferung früherer Zustände in der Gartenorganisation. Heute, wo neben den Gärtnern auch die Gartenarbeiter Mitglieder sein können, ist ein solcher Standpunkt eigentlich nicht diskutabel. Er halte es ferner für nötig, daß der Redakteur des Gewerkschaftsorgans, um in Fühlung mit dem praktischen Leben und den Kollegen zu bleiben, dann und wann hinausgeht in die Mitgliedschaften zur Information und Agitation.

Die Mitarbeiterfrage und die Angelegenheit des Kollegen Samorawski-Leipzig wird ebenfalls den Kommissionen zur Vorberatung überwiesen.

## Wohlfahrtseinrichtungen.

Nicht nur von Sozialdemokraten, auch von bürgerlichen Nationalökonomien ist der Untert, das Antisoziale, Korumpierende, Demoralisierende und Verflauende der meisten sogenannten Volkswohlfahrtseinrichtungen längst einwandfrei nachgewiesen. Trotzdem wird immer wieder versucht, solcher Art Unternehmen, die das Geschäftsinteresse diktiert, als humanitären und arbeiterfreundlichen Erwägungen entspringen zu feiern. Besonders die Krupp'schen Anlagen ernteten sich vielfach rühmenden Lobes. Fürst Bülow feierte sie als Einrichtungen „geschaffen aus der freien Liebestätigkeit“. Derartige Urteile beruhen auf Unkenntnis oder nur höchst oberflächlicher Kenntnis des tatsächlichen Sachverhaltes. Genau so wie Tausende und Abertausende solcher, die die Warnungen der Arbeiterpresse nicht kennen, sich durch bombastische, „patriotisch“ schillernde Titel von Schwandelfaffen, Betonung der „behörlichen Genehmigung“ und die Vorgesetzten zungewandter Agenten über die „wohlthätigen“ Wirkungen solcher Anlagen sich einfangen und betragen lassen, wird die öffentliche Meinung durch unrichtige Behauptungen über die „Wohlfahrtseinrichtungen“, die „freier Liebestätigkeit“ ihr Dasein verdanken, irreführt. Die Selbstfertigkeit solcher Lobeshymnen ist dieser Tage durch ein Gewerbegeheimnis bestätigt, das auf Grund des Gesetzes anerkennen mußte, daß Bestimmungen besonders gelobter „Wohlfahrtseinrichtungen“ mit den zugunsten der wirtschaftlich Schwächeren gegebenen gesetzlichen Vorschriften unvereinbar und gegen die guten Sitten verstoßen.

Als Kern der Krupp'schen Wohlfahrtseinrichtungen wird die Pensionskasse gerufen. Wie nett klingt für den Philister und für den mit den Verhältnissen nicht vertrauten Arbeiter die Erzählung, die alten Krupp'schen Arbeiter erhielten ein hübsches Häuschen und dazu noch eine Pension, die ihnen ein sorgenfreies Leben bis an ihr Ende ermöglicht. Die Lobeserhebungen über solche große Werke „freier Liebestätigkeit“ wollten in den „ordnungspartheilichen“ Blättern kein Ende nehmen, als der deutsche Kaiser die Vorgesetzten der Werke — und Wohlfahrtseinrichtungen, Verta Krupp, als einen Engel der Vornehmigkeit ansprach. Mit den Engländern des Werks und dem sorgenfreien Leben des Arbeiters hat es aber eine eigene Verwandtschaft, wenn man an Stelle der phantastischen Lobeserhebungen über die Krupp'schen Wohlfahrtseinrichtungen diese selbst nüchtern und vorurteilslos betrachtet. Dann stellt die Sache nämlich so: jeder Krupp'sche Arbeiter wird zwangsweise Mitglied der Pensionskasse, und den Arbeitern werden beträchtliche Summen als Einschreibegeld und für laufende Beiträge vom Lohn abgezogen. Aber kein Arbeiter hat die Gewähr, jemals Pension zu bekommen. Mit der Mitgliedschaft sind Rechte nicht verbunden. Wenn ein Arbeiter 10, 15, ja 20 Jahre und länger Beiträge gezahlt hat und es beliebt der Firma, ihm zu kündigen, dann bekommt er nicht nur keine Pension, es wird ihm überdies auch kein Pfennig von den Beiträgen zurückgezahlt. Gleichviel, ob ein Arbeiter freiwillig oder unfreiwillig das Arbeitsverhältnis löst, die Firma braucht nach den Statuten nichts zurückzahlen. Es hängt gänzlich von dem Wohlwollen der Firma ab, wer schließlich mal in den Genuss des Rentenbezuges tritt. Wahrscheinlich steigen bei Krupp tausende Arbeiter hinaus. Denen, die irgendwie merken lassen, daß in ihnen noch nicht alle Menschenwürde erloschen ist, gibt man mit Vergnügen den Laufpaß, viele, die durch den Krupp'schen Busch hatten anlocken lassen, zogen es nach kurzer oder längerer Zeit vor, der Wohlfahrtfirma freiwillig den Rücken zu kehren. Aber alle hatten Beiträge, einzelne viele Hunderte Mark, dazu Einschreibegeld, die allein den Lohn für 1 1/2 Arbeitstagen ausmachte, bezahleten müssen. Was die Firma bisher an Pensionen auswendete, hat sie den Arbeitern vom Lohn zurückgehalten. Diese müssen den Wohlfahrtstrunk teuer bezahlen. Wenn ein hinausgeworfener Arbeiter Rückzahlung der Beiträge verlangte, erhielt er folgendes Schreiben:

Mittlung für Herrn  
von Friedr. Krupp  
Schiffbauerei  
Essen, Rheinprovinz.

Antwort auf Ihre Gesuch vom ...  
Die Pensionskasse ist gemäß § 15 ihres Statuts zur völligen oder teilweisen Rückzahlung geleisteter Beiträge nicht berechtigt. Von einer Anwendung aus anderweitigen Mitteln muß gleichfalls abgesehen werden.  
Friedr. Krupp.

Bisher sind alle Versuche, der Firma Krupp das Wohlfahrtshandwerk zu legen, gescheitert. Nun aber hat, wie eingangs bemerkt, ein Gewerbegeheimnis sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Bestimmungen des Krupp'schen „Wohlfahrt“-Statutes gegen die guten Sitten verstoßen und nicht rechtsverbindlich sind.

Ein auf dem Krupp'schen Werk in Rheinhausen beschäftigt gewesener Kupferschmied erhob nach seiner Entlassung Ansprüche auf Rückzahlung der Beiträge zur Pensionskasse und wurde von der Firma abgewiesen. Er machte darauf Klage beim Gewerbegericht in Briemersheim anhängig und erzielte ein den Wohlfahrtshandwerk richtig Charakterisierendes, die Ansprüche des Klägers in vollem Umfange anerkennendes Urteil. Nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ wird in der Urteilsbegründung zunächst darauf hingewiesen, daß bei Gründung der Kasse die Firma einseitig vorgegangen sei, die Arbeiter nicht einmal gefragt worden seien. Weiter heißt es dann:

Der Arbeitsvertrag verpflichte die Arbeiter nicht zum Beitritt zu der Pensionskasse; wenn in deren Statut eine solche Verpflichtung ausgesprochen sei, so sei das nicht rechtsverbindlich für den Kläger, dieser sei also rechtmäßig zwangsweise zum Beitritt und zur Beitragszahlung herangezogen worden. Die Bestimmung des § 15 des Statuts, daß mit dem Ausscheiden des Mitgliedes aus dem Dienste der Firma alle Ansprüche deselben und seiner Hinterbliebenen an die Pensionskasse erlöschen, verstoße derartig gegen Treu und Glauben, und der gegen den Kläger ausgeübte Zwang zur Anerkennung einer derartigen Bestimmung so gegen die guten Sitten, daß das ganze zwischen dem Kläger und der Pensionskasse etwa bestehende Rechtsgeschäft als nichtig zu bezeichnen sei. Die Firma sei ja in der Lage, in völlig einseitiger und willkürlicher Weise die Kassenmitglieder durch Entlassung aus dem Dienste um alle ihre wohlerworbenen Rechte zu bringen. Wie sehr überhaupt, so sagt das Erkenntnis des Gewerbegerichts, die Kasse mit der Firma und ihren Interessen verknüpft ist, gehe aus manchen eigenartigen Bestimmungen hervor. Als solche führt das Urteil an, daß die Firma den geschäftsführenden Vorstand ernennt, während die stimmberechtigten Mitglieder nur vier Mitglieder wählen; außerdem werden in den meisten wichtigen Fällen die Beschlüsse des Vorstandes noch von der Zustimmung der Firma abhängig gemacht. Die Firma ist also — so sagt das Gericht wörtlich — in der Handhabung der Kassenangelegenheiten fast souverän, obgleich sie nur ein Drittel der Beiträge ausbringt. Schließlich sagt das Gericht noch:

„Es soll nicht bestritten werden, daß die Pensionskasse für einzelne Arbeiter als eine Einrichtung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und ihrer Familien — zu anderen Zwecken dürfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Vereinbarungen über die Verwendung des Arbeitslohnes nach § 117, Absatz 2, der Gewerbeordnung nicht getroffen werden — betrachtet werden kann. Da aber die Pensionierung erst bei völliger Arbeitsunfähigkeit nach einer ununterbrochenen 20-jährigen Dienstzeit oder ohne Arbeitsunfähigkeit nach 40-jähriger ununterbrochener Dienstzeit eintritt, liegt es auf der Hand, daß diese Einrichtung nur einem geringen Bruchteil zugute kommen kann, zumal da die Firma es jederzeit in der Hand hat, durch eine, wenn auch nur zeitweise Entlassung den Eintritt dieser Verbesserung der Lage der Arbeiter völlig illusorisch zu machen.“

Das Urteil, das die weltberühmte Kasse richtig charakterisiert, müßte genügen, sie in ihrer jetzigen Form aufzuheben, sie höchstens als fakultativ bestehen zu lassen, mit der Bestimmung, daß bei unfreiwilligem Ausscheiden alle Leistungen für die Kasse zurückgezahlt werden. Aber der Arm der Krupp'schen Reichthümer, ihre Macht ist groß — und wie fürchten, für den Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Briemersdorf wird das Urteil noch böse Folgen haben. Es ist bei Beratung der Kassenangelegenheit zu Anfang der siebziger Jahre selbst von sehr rechts stehenden Abgeordneten anerkannt, daß es im höchsten Grade unbillig und ungerecht sei, selbst Arbeiter, die Beiträge zu einer Kasse freiwillig gezahlt haben, auszuschließen, ohne ihnen die von ihnen gezahlten Gelder zurückzugeben. In § 15 des Hülfskassengesetzes ist deshalb eine freilich nicht ausreichende Vorschrift aufgenommen, die die Arbeiter in etwas gegen solche Ausbeutung schützen sollte. Die Krupp'sche Kasse verlangt, weit darüber hinausgehend, daß die Arbeiter zahlen müssen, ohne ihnen den geringsten Rechtsanspruch zu gewähren. Durch das zitierte Urteil ist nun wenigstens dem Unfug ein kleiner Niegel vorgeschoben, daß das Werk und die Kasse den Lohn behält, der zur Verbesserung der „freien Liebestätigkeit“ der Krupp'schen Werke dem Arbeiter für die Kasse abgezogen ist. Mögen alle Arbeiter, die in den letzten zwei Jahren von Krupp entlassen sind, in gleicher Weise wie der Kupferschmied, dessen Klage wir schilderten, ihre Rechte geltend machen.

## Aus der Partei.

### Zum Essener Parteitag.

Die Parteitagnummer der „Neuen Welt“ zeigt diesmal Eisen und das Rührrohr. An landwirtschaftlichen Lebenswürdigkeiten und historischen Denkmälern bietet die Seite des heutigen Parteitages bekanntlich nur wenig, dafür aber desto mehr des Typischen, wie es den modern-kapitalistischen Industriegebieten anhaftet. So werden wir denn in das Reich der Schlote und in die Welt rauch emporgewälzter Fabrikfabriken geführt, wo in enger Arbeit ein hant zusammengekauftes Proletariat dem Großkapital tagen tagaus Niesensprünge schafft. In einer Reihe gut ausgewählter Bilder wird uns Eisen und sein Rührleben vor Augen geführt. Wir sehen die Arbeiter durch mühsame Straßen zu ihren Betrieben eilen. Vergleute werden uns am Eingang zur Erde gezeigt. Vom Parteitagstisch, von der Niesenanlage des Krupp'schen Gießhüttenwerkes, von der Arbeiterkolonie Altmühl finden wir Ansichten usw. Aus dem textlichen Teil der Nummer heben wir die Artikel „Eisen und das Industriegebiet“ und „Die Entwicklung der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet“ hervor.

Die Delegierten zum Parteitag werden nochmals ermahnt, sich bis spätestens zum 10. September beim Wohnungsausschuß, Adresse

Franz Gemoll, Kastanienallee 70,

anzumelden. Bei später einlaufenden Anmeldungen sind wir nicht in der Lage, irgendwelche Wünsche, den Preis des Logis betreffend usw. zu berücksichtigen.

### Die Wohnungskommission.

J. A.: J. Lübbring.

### Bildungsarbeit.

Die Bildungscommission in Kiel gibt bekannt, daß sie im kommenden Winterhalbjahr philosophische Unterrichtskurse einrichten, falls sich die nötigen 30—40 Teilnehmer finden. Das Thema der Kurse wird in großen Zügen die Entwicklung der modernen Weltanschauung sein, wie sie im Laufe des letzten Jahrhunderts in den Systemen der großen Denker und in den Ideenkämpfen der verschiedenen Zeitepochen sich ausgestaltet hat.

Im besonderen soll in diesen Kursen versucht werden, die Einflüsse, die von Hegel und vom sogenannten Materialismus (Feuerbach u. a.) auf den Marxismus gewirkt haben, klar zu machen. Neben Hegel wird auch Schopenhauer als Vertreter der kantischen Philosophie dargestellt werden und man wird die moralphilosophischen und ästhetischen Meinungen Hegel's in ihrem Zusammenhang und ihrer Gegenüberstellung in diese Entwicklung einzuordnen suchen. Es wird dann der Einfluß des naturwissenschaftlichen Denkens und Forschens auf die Frage nach dem Verhältnis von Gehirn und Seele (Veruhilfen) an einzelnen markanten Erscheinungen (Pflüger, Preyer, Wundt) dargestellt werden. Man wird zum Hülfskassen Monismus Stellung nehmen und schließlich verstehen können, wie sehr die Neugestaltung des Weltproblems, wie sie etwa bei Mach und Avenarius vorliegt, geeignet ist, das philosophische Denken aus den Wäldern ins Leben — auch ins Leben der Massen — zu überführen.

Die Kurse sind seminarartig gedacht, d. h. der Lehrstoff wird in stetem Kontakt zwischen Vorleser und Hörern durchgearbeitet, es werden

angewählte Lesestücke durchgenommen und besprochen und eventuell auch schriftliche Arbeiten zu Hause angefertigt werden.

Die Kosten belaufen sich für den Hörer auf circa 25 Pf. für den Abend.

Der Parteitag des Bezirks Nordwest wurde Sonntag morgen in Bremen abgehalten. Außer dem Bezirksvorstand und den Reichstagskandidaten des 17., 18. und 19. hannoverschen und des Bremer Wahlkreises waren 21 Delegierte erschienen. Der Kassenbericht verzeichnet eine Gesamteinnahme von 8782,84 M. und eine Gesamtausgabe von 2991,08 M., so daß ein Bestand von 741,76 M. verblieb. Nach einem Referat des Genossen Piel über die Schaffung einer periodischen Druckschrift für die Landtagation wird beschlossen, eine derartige Agitationschrift für den 6., 17. und 18. hannoverschen Wahlkreis zunächst sechsmal im Jahre in je 25 000 Exemplaren zu verbreiten. Für den 19. hannoverschen Wahlkreis ist die Herausgabe einer Agitationszeitung für die Landbevölkerung bereits beschlossen; in Bremen wird diese Frage in nächster Zeit eine Parteiverammlung beschäftigen. Ueber die Stellungnahme zum „Preussischen Parteitag“ referierte Genosse Rhein. In der Diskussion wird der Bescheidigung Ausdruck gegeben, daß die Schaffung einer festgelegten Organisation für Preußen zu einer Kollision mit der Gesamtpartei führen könne. Wollte man eine andere Organisationsform schaffen, so dürfte es lediglich zu dem Zweck geschehen, um die spezifisch preussische Agitation zu leiten. Ferner wurde allgemein der Standpunkt vertreten, daß die Partei damit zu rechnen habe, den Kampf um die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag ohne Hilfe des Liberalismus führen zu müssen. Genosse Haverkamp-Oremerhaben wurde einstimmig zum Delegierten für den preussischen Parteitag gewählt. Es wird ferner beschlossen, den im Bezirk vertretenen Parteiblättern, den Kreisvorsitzenden und einem Vertreter der Beschwerdelkommission auf zulässigen Parteiparteitagen Sitz und Stimme einzuräumen. In seinem Referat über „Kommunalpolitik“ empfiehlt Genosse Haverkamp u. a. die Abhaltung von Konferenzen für Gemeindevertreter und die Herausgabe von Broschüren, in denen allgemeine Grundzüge behandelt werden, wie sie für engumgrenzte Bezirke zu vertreiben sind. Es wurde dem Bezirksvorstand anheimgegeben, darüber zu entscheiden, ob und wann eine Konferenz der Gemeindevertreter einberufen werden soll.

Die Anstellung eines Parteisekretärs für den Wahlkreis Lübeck wurde am Montagabend von der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschlossen. Der Verein sah sich zu diesem Schritt hauptsächlich durch die Ueberzeugung Lübeds mit Arbeitern aus räumlich benachteiligten Gegenden Deutschlands genötigt, die in Folge der Entwicklung der Industrie erfolgt. Ferner sind die vereinigten Gegner überaus eifrig an der Arbeit, um der Sozialdemokratie den Lübeder Wahlkreis zu entreißen. Sie rechnen darauf, daß die Wahl des Genossen Schwarz, gegen die von ihnen Protest eingelegt worden ist, für unglücklich erklärt wird. In der gleichen Versammlung wurde der Beitrag, der bisher 30 Pf. pro Monat betrug, für männliche Mitglieder auf wöchentlich 10 Pf. festgelegt; für weibliche Mitglieder bleibt der Beitrag wie bisher, nämlich monatlich 10 Pf.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Das nichtbeleidigte Schwurgericht.

Unser Genosse Linke in Dortmund hatte in einer Filialversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Dorfeld über Klassenjustiz gesprochen und besonders auf den bekannten Fall hingewiesen, wo der Polizist Diekmann in Marlen einen braven jüngeren Genossen einfach niedergeschossen hatte. Diekmann hatte sich wegen der Tat vor dem Dortmund-Schwurgericht zu verantworten, wurde aber unbegreiflicherweise freigesprochen. An diesen Freispruch schloß Genosse Linke in seiner Rede an und bemerkte, ob der Polizist wohl freigesprochen worden wäre, wenn er einen Mann aus der besitzenden Klasse niedergeschossen hätte, darüber habe er seine eigene Meinung. Der überwachende Gendarm hatte freilich angegeben, Linke habe gesagt, in einem Falle würde der Polizist nicht freigesprochen worden sein.

Der Präsident des Dortmunder Landgerichts stellte daraufhin gegen Genossen Linke Strafantrag wegen Verleumdung der Geschworenen. In der ersten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis, während das Gericht auf 50 Mark Geldstrafe erkannte.

Gegen dies Urteil legte Genosse Linke Revision beim Reichsgericht ein. Dieses hob das Urteil auf mit der Begründung, der Präsident des Dortmunder Landgerichts habe kein Recht gehabt, für die Geschworenen Strafantrag zu stellen, denn diese seien keine Gerichtsbeamten. Es sei aber zu prüfen, ob nicht eine Verleumdung des ganzen Schwurgerichts vorliege, und darum sei die Sache zur Neuverhandlung an die Dortmunder Strafkammer zurückzuweisen.

Die Neuverhandlung hat am Dienstag stattgefunden, sie endete diesmal mit der Freisprechung des Genossen Linke. Die Freisprechung wurde sogar vom Staatsanwalt beantragt und zwar aus formellen und tatsächlichen Gründen. Erstens habe der Angeklagte die Geschworenen freigesprochen und nicht das Schwurgericht, zweitens habe Linke in seiner Kritik auch nicht das berechnete Maß überschritten, die gewählte Form enthalte keine Verleumdung. Diesen Gründen schloß sich das Gericht an und erkannte, wie schon bemerkt, auf Freisprechung.

Zwei Pressprozesse, so berichtet man und unterm 3. September aus Halle, standen heute vor dem Schöffengericht gegen den Redakteur Genossen Leopold vom „Volksblatt“ zur Verhandlung. In dem einen Falle schloßen sich zwei Gendarmen beleidigt, die bei der Jagd auf Streifposten stark in Tätigkeit gewesen waren. Das Pferd des einen Gendarmen hatte einen Schloffer auf den Fuß getreten und ein zweiter Gendarm sollte mit den Worten: „Danpen Sie hier ab!“ dem Streifposten einen letzten Schlag versetzt haben. Das Vorgehen der Gendarmen wurde kritisiert, wofür Genosse Leopold 100 M. Strafe bezahlet soll. — Dann „erbtelt“ Genosse Leopold noch 40 M. Geldstrafe, weil er in einem „Volksblatt“-Artikel Wahrnehmungen der Teufelner Polizei kritisiert hatte. — Genosse Redakteur Fröhlich verblüht gegenwärtig drei Monate Gefängnis.

Ein Waisenspiel bereitet nun doch in letzter Stunde die Halle'sche Polizei vor. Sie hat einer Anzahl Parteigenossen die am 1. Mai nach dem Volkspark gingen, Strafmandate geschickt, weil die Genossen „einen öffentlichen Aufzug“ veranstaltet und „die Aufmerksamkeit des Publikums“ erregt haben sollen. — Es geht in Halle einmal nicht ohne Malprozeß.

### Witterungsüberblick vom 4. September 1907.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. n. G. in C.
Stettin	763	SW	6 wolllg	12	Naparbada	750	S	4 bedekt	10		
Frankfurt	767	W	8 bedekt	8	Bretterburg	758	SE	3 wolllg	11		
Berlin	764	SW	3 Regen	11	Seilly	762	SW	3 wolllg	14		
Frankfurt a. M.	768	SW	3 wolllg	11	Aberdeen	758	SW	4 wolllg	5		
München	769	SW	4 Regen	9	Paris	760	SE	1 bedekt	9		
Wien	766	W	3 Regen	14							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. September 1907.

Nachts kühler, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich mit gelingern Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.





Berichterstattung über den Stuttgarter Kongreß

In den sechs Berliner Wahlkreisen.

Der Wahlverein des ersten Berliner Reichstagswahlkreises versammelte sich bei Dräsel, Neue Friedrichstraße. Genosse Wolderski erstattete Bericht vom Internationalen Kongreß in Stuttgart. Man konnte überrascht sein, so bemerkte er einleitend, wie groß und glänzend der Kongreß gleich in der Anlage sich präsentierte. Unleugbar waren die Fortschritte unserer großen Bewegung zu erkennen, wenn man diese Zusammenkunft der Genossen aller Länder mit ähnlichen Veranstaltungen früherer Jahre verglich. Von den Verhandlungen selbst entrollte er in großen Zügen ein Bild, da er voraussehen konnte, daß die Anwesenden aus den Berichten des „Vorwärts“ darüber unterrichtet waren. Nur hier und da verweilte er des längeren und gab oft recht interessante Kleinfährigkeiten aus dem bunten Gemisch der Vertreter aller Nationen, wie es sich zum Beispiel bei dem Meeting auf den weiten Weisen vor der Eröffnung des Kongresses entfaltete. Bei der Zusammenkunft mit Jaurès lernte er verstehen, woher dieser Mann einen so großen Einfluß in Frankreich ausübt; Jaurès besitze eine Anziehungskraft, die jeden Zuhörer gefangen nehme und noch stärker wirke wie bei Bebel. Unangenehm habe Hervé berührt, wie er die Deutschen mit Dahn überschüttete ob ihrer Ohnmacht und ihrer Fesseln, die sie in Deutschland noch tragen müssen. Die derbe Zurechtweisung durch Wollmar habe Hervé wohl verdient. Die deutschen Genossen leiden schwer unter dem Druck der bestehenden Rechtsverhältnisse und kämpfen dagegen an, aber daß Hervés Vorschläge oder seine Wünsche daran nichts ändern könnten, darüber war sich die deutsche Delegation einig. — Was der Redner als besonders wertvoll bei einer internationalen Zusammenkunft mehrmals hervorhob, war der Gewinn, den alle Teilnehmer daraus ziehen, daß ihr Verhältnis für das, was die anderen Nationen wollen, sich ungemein vertieft. Dadurch, daß man die Führer der Bewegung in den anderen Ländern kennen lernt und eine Aussprache mit ihnen pflegt, werde vielem Streit die Schärfe genommen. Man lernt besser verstehen, wie es die anderen meinen. Hoff rühmend sei es gewesen, wie der Delegierte von Japan für seine armen Landsleute eintrat, die in ihrer Heimat ein jämmerliches Leben führen, und wenn sie an Auswanderung denken, dem Haß und der Verachtung begegnen; er wandte sich damit besonders an die Amerikaner. Lächelnd hörten die Versammelten zu, als Wolderski erzählte, wie tragisch die Engländer die Ausweisung von Ouelch nahmen und schwermütige Abschiedslieder sangen, während die Deutschen, trotz aller Enttäuschung über die Ausweisung, doch nur eine ihnen wohlbelannte Maßregelung darin erblickten. — Der Redner besprach die einzelnen Resolutionen, die in den Hauptfragen zur Annahme gelangten und erklärte, wie sich die deutsche Delegation zur Frage der Raiffeier stellte. Die Raiffeier wurde in der Diskussion noch eifrig besprochen und ebenso wieder die Angelegenheit der Iskolorganisierten Genossen. Wolderski hatte es in seinem Referat als Unrecht bezeichnet, daß die deutsche Delegation die Mandate der beiden Lokalfisten nicht gelten lassen wollte. Es sei anzuerkennen, daß das Internationale Bureau den Fehler der Deutschen wieder gutgemacht habe.

In der Diskussion sprach zuerst Genosse Ingert, der die Tagesordnung des Kongresses noch einmal kurz beleuchtete und seiner Befriedigung über die verschiedenen Resolutionen Ausdruck gab. Er kam auf die Angelegenheit Luxemburg und Bewinsohn zu sprechen und protestierte gegen die diebezügliche Auslassung des Genossen Koste. Genosse Wagner erörterte die Frage der Raiffeier; er habe den Eindruck aus der Beratung der deutschen Delegation gewonnen, daß die gewerkschaftliche Seite zu ungünstig die Kosten ermög. Er ging dann auf die Kongreßverhandlungen ein und bemerkte zu den Ausführungen von Hervé, daß dieser viel zu scharf geschossen habe, aber man sollte in der Agitation gegen den Militarismus etwas mehr leisten. Genosse Schvabedahl spricht ebenfalls über die Raiffeier und findet es erfreulich, daß man sich in der deutschen Delegation darüber geeinigt habe. In Bezug auf die Lokalfisten teilt er die milde Auffassung von Wolderski durchaus nicht, man habe es mit Festören und Jesplittereern zu tun, gegen die man rücksichtslos vorgehen müsse. Genosse Bucht, der Vorsitzende, wendet sich gegen den Vordredner. Die Lokalfisten seien als Parteigenossen zu achten; es sei tief bedauerlich, daß in der deutschen Delegation die Mandate nicht anerkannt wurden; man ziehe gern scharfe Grenzen nach links, sei aber zur Nachsicht bereit, wenn es nach rechts gehe. Genosse Tatarsow bedauert, daß in den Diskussionen regelmäßig Raiffeier und Lokalfistenfrage zum Lieberdruck behandelt würden. Taktische Fragen seien am besten von Fall zu Fall zu entscheiden. Er bespricht kurz den Kongreß und erklärt, welchen großen Eindruck er davon gewonnen habe. Genosse Venada wendet sich gegen Schwabedahl und sieht einen großen Fehler darin, wenn die Partei gegen die Lokalfisten Schritte unternehmen wollte.

Nach einem kurzen Schlusswort von Wolderski, in dem er seine Stellung zu den Lokalfisten verteidigte, macht Genosse Bucht auf die Kämpfe der Bergarbeiter im Niederlausitzer Kohlenbeken aufmerksam und fordert die Genossen auf, nichts zu verabsäumen, um den Arbeitern die vollste Unterstützung zu leisten.

Die Versammlung im zweiten Wahlkreise war nur leidlich besucht. Den Bericht über den internationalen Kongreß erstattete Adker. Die deutsche Delegation habe am Sonnabend, den 17. August, in einer vollen Tagesberatung zur Raiffeier Stellung genommen. Nicht weniger als 18 Redner hätten hierzu das Wort ergriffen, und schließlich sei die bekannte Resolution angenommen worden, welche die endgültige Regelung der Raiffeier dem Offener Parteitag überweist; der internationale Kongreß brauchte sich somit mit der Raiffeier nicht zu beschäftigen.

Die Kolonialfrage habe die Kommission in zwei Sitzungen beschäftigt. Daß wir nun eine kapitalistische Kolonialpolitik machen werden, sei trotz der nicht ganz einwandfreien Resolution auch für fernere ausgefallen. In den Verhandlungen über die Kolonialpolitik wurde mehrfach auf jene Ausführungen Bebel's hingewiesen, die dieser am 1. Dezember 1906 im Reichstage machte. Dort habe unser Vertreter den prinzipiellen Standpunkt der Parteiargelegt und gesagt, was unsere Partei unter Kolonialpolitik verstehe. Einer Unterstützung der kapitalistischen Kolonialpolitik habe Bebel nicht das Wort geredet und im Sinne seiner Ausführungen konnte man der Resolution in Stuttgart zustimmen.

Uebergend zum Frauenwahlrecht bezeichnet Redner es als erfreulich, daß diese Frage auf die Tagesordnung kam. Unsere Partei fordert das Wahlrecht für die Frauen nicht aus frauenrechtlichen Gründen, sondern sie erstrebt die allgemeine Gleichberechtigung für beide Geschlechter und erwartet von der Gewährung des Stimmrechtes an die Frauen eine Stärkung des proletarischen Kampfes.

Zu den Verhandlungen über die Stellung der politischen Parteien zu den Gewerkschaften lasse sich eigentlich nicht viel sagen. Die Gleichberechtigung der politischen und gewerkschaftlichen Aktion müsse anerkannt werden, unser Kampf und unsere Organisationen sollen einheitlich sein. Die in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde mit großer Mehrheit vom Stuttgarter Kongreß angenommen. Zur Frage der Ein- und Auswanderung verweist Redner auf die Verhandlungen und auf die Resolution, die jeder Genosse genau studieren möge. Das Internationale Bureau erhielt den Auftrag, diesen Gegenstand im Auge zu behalten, Material zu sammeln und dieses für einen späteren Kongreß zu verarbeiten.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte beschäftigte die für die Vorbereitung eingesetzte Kommission durch volle fünf Tage. Große Meinungsverschiedenheiten galt es zu überwinden, aber um so erfreulicher war dann die endlich erzielte Uebereinstimmung. In der Bekämpfung des völkischen und kulturell-schädlichen Militarismus sind sich die Genossen aller Länder einig und wenn die deutsche Partei eine andere Taktik über wie die Genossen in Frankreich, dann liegt das an den speziellen Verhältnissen unseres Landes.

Fälle als erster Diskussionsredner regt die Verminderung der Mandate an. Deutschland, Oesterreich-Ungarn und England entsandten allein 558 Delegierte, eine Zahl, die an sich genüge, das gesamte internationale Proletariat zu repräsentieren. Redner unterbreitet der Versammlung die nachstehende Resolution, welche die Grundlage seiner weiteren Ausführungen darstellte:

„Die Versammlung begrüßt es mit Genugtuung, daß die Mehrheit des Internationalen Kongresses in der Kolonialfrage eine Resolution angenommen hat, die unzweifelhaft den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik darlegt. Für so selbstverständlich es die Sozialdemokratie hält, daß eine sozialistische Gesellschaft auch zur Hebung der Lage der Eingeborenen kulturell rückständiger Länder nach Kräften beizutragen hat, so hält sie doch die Bezeichnung dieser sozialistischen Kulturarbeit mit dem Namen der Kolonialpolitik für irreführend und namentlich in unserem heutigen Zeitalter der imperialistischen Kolonialpolitik des Kapitalismus für höchst bedenklich.“

Die Versammlung sieht auf dem Standpunkt, daß die kapitalistische Kolonialpolitik nur ein Mittel der Verlängerung der kapitalistischen Klassenherrschaft und der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats darstellt. Sie mißbilligt deshalb die Behauptungen einzelner Redner auf dem internationalen Kongreß, wonach die Sozialdemokratie sich mit der Kolonialpolitik abfinden und ihre Tätigkeit lediglich darauf zu beschränken habe, die Schäden dieser Kolonialpolitik nach Kräften zu mildern. So selbstverständlich es ist, daß die Sozialdemokratie getreu ihrer bisherigen Taktik alles aufzubieten hat, um die Greuel und die Ausbeutungstendenzen der Kolonialpolitik nach Kräften zu mildern, so wenig kann sich in dieser Tätigkeit die Aktion der Sozialdemokratie erschöpfen. Die nachdrücklichste und prinzipielle Bekämpfung der Kolonialpolitik und all ihrer Begleiterscheinungen auf marxistischem und imperialistischem Gebiete ist vielmehr die erste Pflicht des sozialistischen Massenkampfes.“

Zum Militarismus übergehend, bemerkt Redner, der Militarismus bringe in sich große kulturelle Gefahren. Wir sollten ihn mit aller Energie bekämpfen, ohne die bestehenden Gesetze zu verletzen. Der Resolution über Partei und Gewerkschaften stimmt Redner zu, sie bringe jedoch nicht viel Neues. Fälle gibt sich der Hoffnung hin, daß die großen und kleinen Gewerkschaften im Sinne der Resolution handeln werden; gefesse das, dann wird es mit den proletarischen Kämpfen vorwärts gehen.

Der Genosse Richard Fischer führt aus: Die internationalen Kongresse haben einen hohen demonstrativen Wert; nimmt man für die Vertiefung der Beratungen zur Grundlage, dann liege die Sache aber etwas anders. Die Ueberflutung, von der Fälle geredet, mache sich nicht nur auf den internationalen Kongressen, sondern auch auf unseren Parteitagungen bemerkbar. Kommen Angelegenheiten zur Beratung, denen die Reife fehlt, dann kommen Resolutionen zu stande, die sich unter Umständen selbst widersprechen. Zweckmäßig wird es sein, künftig nicht nur die Zahl der Delegierten zu beschränken, sondern die Resolutionen schon vor dem Kongrestag durch die Kommissionen beraten zu lassen, damit Zeit gewonnen werde, alle Fragen auch im Plenum gründlich zu behandeln. Was die sozialdemokratische Partei leiste, das kann uns keine andere Partei nachmachen, und was bedeutet es angesichts dieser Tatsache, wenn innerhalb der deutschen Partei Meinungsverschiedenheiten z. B. über die Kolonialpolitik bestehen. Wie würde es um die Partei bestellt sein, wenn unsere Gedanken so unform wären, um jede Meinungsverschiedenheit auszuschließen? Wenn sich jetzt vereinzelte Genossen und Parteimitglieder, darunter der „Vorwärts“, als Parteirepäsentanten aufspielen, so darf man das nicht zu ernst nehmen. Es gibt eben Leute, die, wenn ein Streichholz brennt, schon die Feuersbrunst sehen und in Parteifragen döpplischer sind als der Papst. Man soll sich doch endlich in der Partei daran gewöhnen, auch abweichenden Meinungen tolerant zu begegnen. Die Angriffe auf Genosse Dr. David seien ganz unbedeutend. Selbst Genossen wie Wurm haben sich für die Kolonialpolitik bedingungsweise erklärt, indem er sich mit David doch auf die umstrittene Einleitung für die fragliche Resolution einigte. Genosse van Kol habe von dem angeblichen Ruhen und Schaden der Kolonialpolitik gesprochen, wenn aber nichts anderes auf der Tagesordnung stand wie dies, dann brauchte man nicht lange zu diskutieren. Aber zur Verhandlung stand ja auch die Erschließung bisher unskultivierter Länder, eine Frage der historischen Kultur, eine kulturhistorische Frage. Redner erklärt, er unterschreibe Wort für Wort, was Bernstein gesagt habe. Der negative Standpunkt Ledebours führe zu dem Gedanken, die Kolonien aufzugeben. Die Welt Herrschaft Englands war unter anderem bedingt durch seine Kolonien, es konnte seine überflüssigen Arbeitskräfte dorthin abschieben. Ganz richtig habe van Kol gesagt, wie Europa durch den Kapitalismus, so mühten wir auch durch die Kolonialfrage hindurch. Die Resolution Davids betone den Gegensatz zwischen kapitalistischer und sozialistischer Kolonialpolitik. Es ist keine Anerkennung des Kapitalismus oder der Kolonialpolitik, wenn man deren Existenz konstatiert. van Kol will die parlamentarische Aktion ausüben, den unterdrückten und ausgebeuteten Eingeborenen in den Kolonien beizustehen. Ueber den Artikel im „Vorwärts“ „Sozialdemokratie und Kolonialpolitik“ will Fischer sein Urteil nur dahin abgeben, daß es sich dabei geradezu um eine Entstellung der Wahrheit und skrupellose Redaktionsführung handelt. Warum schreibe man die David und Bernstein denn nicht aus? Aber ein Dresden kommt nicht zum zweitenmal!

Die Resolution Fälle versteht dem Kongreß, insbesondere jedoch der deutschen Delegation, eine Ohrfeige. Die Tendenz der „Vorwärts“-Artikel laufe darauf hinaus, die Parteizugehörigkeit gewisser Genossen in Zweifel zu setzen. Was das Mandat der Genossen Luxemburg anbelangt, so mühte hier als billig gelten, was seinerzeit gegenüber der Genossin Lily Braun als recht galt. Mit der Mandatsungültigkeitserklärung habe die deutsche Delegation ganz richtig gehandelt. Das treffe auch für die Vertreter der Lokalfisten zu, die auf ausgesprochen anarchistischem Standpunkt stehen. In seiner Leipziger Rede hat Genosse Kautsky gesagt, man verstehe, weshalb die deutsche Delegation sich konterbätter als die übrigen zeigte, wenn beachtet wird, daß die Hälfte der Delegierten aus Gewerkschaften bestand. Das ist eine Herabsetzung eines Teiles unserer Genossen. In derselben Rede wird Genosse David als der Hirtenhabe bezeichnet, der die deutsche Delegation wie eine Hammelherde bald rechts bald links leiten kann. Diese von Kautsky gegebene Schilderung sei total unrichtig. Es könne ruhig eingestanden werden, daß selbst ganz hervorragende Parteigenossen bei der Abstimmung über die Kolonialresolution ganz im unklaren waren, wozu die von Singer gehandhabte Art der Abstimmung ebenfalls beitrug. Rief David der deutschen Delegation zu, wie sie stimmen sollte, dann hat er nur von seinem Rechte Gebrauch gemacht. Ihn zum Leiter einer Hammelherde dieserhalb zu stempeln sei verfehlt. Genosse Fischer polemisiert dann noch gegen die Genossin Petkin und entzündet es als einen lapsus linguae, wenn diese sage, wir Deutsche hätten einen Anspruch auf internationale Führerschaft. In der „Neuen Zeit“ sagt Kautsky zutreffend das Gegenteil. Man könne das Schwanken unseres Einflusses begründen, weil dies auf das Wachsen der Kräfte unserer Brüder zurückzuführen ist. Redner geht dann in scharfen Ausführungen gegen jene Journalisten vor, die in jeder Meinungsdivergenz ein Anpassen an

die bürgerliche Gesellschaft erblicken. Er wendet sich dann noch gegen die Redaktion des „Vorwärts“, die ihre Artikel, bevor sie dieselben in die Welt hinausgehen läßt, besser prüfen sollte. Die weiteren Ausführungen Fischers erstrecken sich auf die Ein- und Auswanderungsfrage, wobei er die Ansammlung vertritt, daß wir uns gegen die Einwanderung von Arbeitern, die der Auffassung unzugänglich und nicht organisierbar sind, zur Wehr setzen können. Wenn Marx und Engels ausriefen „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“, dann haben sie hierbei nicht Sklaven und Kulis, sondern freie Arbeiter im Auge gehabt. Bezüglich der Raiffeier werde ja der Offener Parteitag die Regelung vornehmen. Die Gewerkschaften haben in Stuttgart selbständig in einer Vorbereitung zur Raiffeier Stellung genommen, und wäre es nicht mehr wie recht und billig gewesen, hier einen Vertreter der Parteileitung hinzuzuziehen.

Was die Resolution Fälle anbelangt, so sagt sie nicht, welche Reden gemißbilligt werden. Viel wird sich die deutsche Delegation aus ihr nicht machen, aber von der Versammlung werde sie jedenfalls abgelehnt werden.

Siröbel erhebt gegen Fischer den Vorwurf, dieser habe mit seiner langen Rede Obstruktion zu dem Zwecke getrieben, die anderen Redner in ihren Ausführungen zu beschränken. Der „Vorwärts“ habe er angegriffen und madig gemacht in einer Weise, wie sie Parteigenossen nicht zukommt. Er unterschiebe dem „Vorwärts“ Notizen, die, falls dieser sie angewandt, hellste Enttäuschung unter den Genossen hervorgerufen hätten. Der betreffende Artikel sei durchaus sachlich gehalten und enthalte keinen einzigen Satz der Art, wie sie Fischer heute zu Tuhenden vordrücke. Fischer bezeichnete das etwaige Fehlen von Meinungsverschiedenheiten als einen bedauerlichen Zustand. Aber Meinungsverschiedenheiten sollen, wenn sie einmal da sind, ausgetragen werden, und gerade in der Kolonialfrage ist eine sachliche Austragung angebracht. Genossen, die die wissenschaftliche Auffassung der Partei vertreten, verdienen nicht die von Fischer erhobenen Vorwürfe. Die neue „Vorwärts“-Redaktion hat sich stets bemüht, den Kampf sachlich zu führen und prinzipiell die Stellung der Partei darzulegen. Es müsse zurückgewiesen werden der Vorwurf der Wichtigkeit, mit der man im „Vorwärts“ die Partei „retten“ wolle. Was den Artikel anbelangt, so wendet er sich mit keinem Worte gegen Genossen David, sondern nur gegen van Kol und Bernstein. In längeren, häufig von Zwischenrufen unterbrochenen Ausführungen polemisiert Strobel gegen van Kol, der im heutigen Staate die Kolonialfrage beseitigen wolle. Wie van Kol reden ja auch die Freimüthigen und das Zentrum, die uns beide durch Verletzung der Kolonialpolitik den Rang ablaufen. Früher jagte van Kol, die Kolonialpolitik triefe von Schmutz und Blut zu allen Zeiten und überall, und jetzt will er sie im modernen Staate verbessern und reformieren. Wer bisher eingetreten ist, das Los der Eingeborenen in den Kolonien zu erleichtern, das waren Bebel und Ledebour und nicht die Revisionisten, und auch im „Vorwärts“ hat diese Richtung nicht das Wort ergriffen. Der sogenannte radikal, negativen Richtung gelte es, ohne jede Rücksicht den Standpunkt der Partei hochzuhalten. Fischer habe früher selbst gesagt, es gebe kein Land mehr, das erst zu erschließen wäre. Aber wo sind denn jetzt diese Länder mit einemmal hergekommen? Diese Frage möge er doch einmal ebenso konkret, wie sie jetzt gestellt ist, beantworten. Wie kann Fischer den Mut haben, nach der hundertjährigen Selbstständigkeit Nordamerikas als von einer Kolonie zu sprechen? Englands Vorherrschaft soll auf seiner Kolonialpolitik beruhen? Wenn sich Fischer mehr mit Statistiken beschäftigte, mühte er wissen, daß der Strom der englischen Auswanderer nicht nach den Kolonien Englands, sondern nach Nordamerika ging. Die Kolonialpolitik ist keine Kulturfrage, sie gehört zur imperialistischen Aera, mit ihr im Zusammenhang steht die Marinepolitik. Wir haben die Kolonien nicht notwendig, um unsere Industrieprodukte dort abzusetzen, denn unser Absatz geht nach industriell hochentwickelten Ländern. Doch die besitzende Klasse von der Kolonialpolitik Vorteile hat, verdient sich von selbst. Wenn Dernburg jetzt Afrika abkaut, für den Bau von Eisenbahnen Terrain zu gewinnen, so kann sich darüber nur das Großkapital freuen. Das proletarische Interesse gebietet unsere Gegnerschaft zur Kolonialpolitik. Bernstein jedoch habe in der Zeit von dem Abfinden mit den Kolonien, die einmal da seien, gesprochen und von dem Rechte der Gebotsmündung der Eingeborenen durch sogenannte Kulturböller geredet. Wollen wir Kultur verbreiten, dann kann damit in Deutschland begonnen werden, und auch in Berlin, wo sich heute noch die Leute darum reihen, den Schweiß des Kronprinzenpferdes zu erhaschen, wo man noch das alte Hufeisen an die Türschwelle nagelt und zur Parteienlegierin läuft. Falls Resolution soll keine Ohrfeigen verabreichen, sie soll das monieren, was Bernstein und van Kol vertreten. Hier handele es sich lediglich um Erfüllung einer Parteipflicht.

Wurm: Die Debatte zeige, welcher Wirkwert durch den ja schließlich abgelehnten Einleitungssatz zu der Kolonialresolution geschaffen worden ist, und wie notwendig es ist, daß die auf dem Kongreß zu behandelnden Fragen vorher in der Kommission erörtert werden, so daß für die Delegationen und das Plenum Zeit zu einer wirklichen Erörterung der Fragen bleibe. Zur Vertretung in der Kommission über die Kolonialfrage wurden Ledebour, David, Ledebour und Redner gewählt. Ledebour und Redner im Verein mit französischen Genossen gegen den von van Kol vorgeschlagenen Einleitungssatz. Dieser enthielt zwei wesentliche Fehler. Zunächst gab er der, wie Redner bereits in der Kommission dem Antragsteller gegenüber ausgeführt habe, durchaus uninnigen Auffassung Raum, daß die Kolonien den Arbeitern irgendwelchen Nutzen schaffen. Der zweite Teil des Einleitungssatzes enthielt die Gefahr, daß die Auffassung nach außen hin Raum gewinne, als könnte heute schon unter dem gegenwärtigen, kapitalistischen Regime Kolonialpolitik im Sinne sozialdemokratischer Kultur möglich sein. Der Delegation hat es leider an Zeit gefehlt, die sogenannte Mehrheitsresolution, die diesen van Kol'schen Einleitungssatz enthielt, ausreichend zu diskutieren. Nach Darlegungen von David und Ledebour, die leider des persönlichen Charakters nicht ganz entbehren, trat Schluß der Debatte ein, da um 10 Uhr die Verhandlungen des Plenums begannen. Die Delegation konnte also nur von 9 bis 10 Uhr überhaupt beraten. Nur durch den Umstand, daß rheinische Delegierte erklärten, sie würden durch diese Resolution bloßgestellt, das sei Zentrumspolitik, sie mühten eventuell dagegen im Plenum Protest erheben, kam es nochmals zu einer Delegationsitzung. Hier erhielten dann David und Redner den Auftrag, den Satz, der von den Reden der Kolonien sprach, zu ändern. Der Auftrag ist ausgeführt, wie das David im „Vorwärts“ näher dargelegt hat. So entstand die neue Fassung des ersten Absatzes, in der der unnötige Satz von dem angeblichen Nutzen der Kolonien für die Arbeiter nicht mehr enthalten war. Der zweite Satz des ersten Absatzes mühte allerdings beibehalten werden, weil ja ein gebundenes Mandat vorlag. Nach wie vor habe Redner den ganzen ersten Absatz für falsch gehalten. Die neue Fassung dieses Absatzes sei nicht ein Kompromiß gewesen, sondern eine Verbesserung des früheren Absatzes. Aber auch diese Fassung gab immerhin dem Widerstandnis Raum, als ob dem Gedanken Ausdruck gegeben werden sollte, daß die Partei zurzeit sozialdemokratische Kolonialpolitik treiben wolle. Mir gegenüber, fährt Genosse Wurm fort, hat David auf ausdrückliches Verlangen erklärt, daß er gar nicht daran denke, es sei in der gegenwärtigen Zeit dem Sozialismus möglich, nach seiner Auffassung Kolonialpolitik zu treiben. Auf dem Kongreß wurde dann die sogenannte Minoritätsresolution, welche den prinzipiellen Standpunkt der Partei und der Abschnung auch der neuen Fassung des ersten Absatzes präziserte, angenommen. David war nun der Meinung, die so umgestaltete Resolution sei abzulehnen. Die Abstim-

mung in der Delegation und auf dem Kongress ergab die Annahme der Resolution. Auf die Ueberhaltung, unter welcher der Kongress arbeiten mußte, sind die Mißverständnisse zurückzuführen. Genosse Wurm verurteilt dann noch das Verhalten Rosses, der es so hingestellt habe, als habe die deutsche Delegation nur einen Formfehler vorgebracht, in Wirklichkeit jedoch aus rein persönlicher Verehrung gegen die Galtigkeit des Mandates der Genossin Luxemburg gestimmt. Das sei eine unerhörte der Wahrheit widersprechende schwere Beleidigung der deutschen Delegation. Weiter polemisiert Wurm gegen Fischer und behauptet, daß wir nach der imposanten Stuttgarter Tagung solche Debatten führen müssen. Wer so anderen Papsttum vorwerfe, wirft ihnen in Wahrheit vor, daß sie ihre Ueberzeugung vertreten, also ein Recht und eine Pflicht ausüben, die sich doch auch Fischer nicht nehmen lasse. Selbst im Polizeistaat soll ja Freiheit der Gedanken herrschen. (Lebhafter Beifall.) Der „Vorwärts“ habe ganz recht gehandelt, den prinzipiellen Standpunkt der Partei zu wahren. Wenn er von Revisionismus sprach, dann ist das kein Vergehen, denn Genosse David hat ja in seiner letzten Erklärung selbst gesagt, daß er dem Revisionismus noch mehr solche „Niederlagen“ wie in der Kolonialfrage wünsche, denn dann werde er bald auf der ganzen Linie besiegt haben. Wurm schließt unter lebhaftem Beifall mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Prinzipienreinheit der Partei.

Genosse Jakobson beantragt Schluß der Debatte und wird demgemäß beschloffen.

Vom Genossen Berner liegt folgende Resolution vor, die mit großer Mehrheit zur Annahme gelangt:

„Die heutige Generalversammlung des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses in Stuttgart sowie mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden und verpflichtet sich, für die gefassten Beschlüsse einzutreten.“

Die Resolution fällt hierauf gegen ungefähr 12 bis 15 Stimmen abgelehnt.

Die scharfe Zurückweisung, die die Angriffe des Genossen Fischer auf den „Vorwärts“ in der Versammlung selbst durch die Genossen Ströbel und Wurm erfuhren, gibt der Bericht nicht mit genügender Deutlichkeit wieder. Wir wollen deshalb hier erklären, daß die Ausführung des Genossen Fischer, der Artikel des „Vorwärts“ der Wahrheit und zeuge von skrupelloser Redaktionsführung, eine aus der Luft gegriffene Behauptung ist. Wir würden sie eine Verleumdung nennen, wenn wir nicht dem Genossen Fischer seine notorische Befangenheit in Sachen „Vorwärts“-Redaktion zugute rechneten.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Der Wahlkreis für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis hatte die Wahl seiner Generalversammlung in den Mitteljahren. Genosse Albert Harndt erstattete Bericht vom Internationalen Kongress. Er gab ein anschauliches Bild von der gewaltigen Demonstration auf dem Wafen, um dann das wesentliche der Verhandlungen des Kongresses Revue passieren zu lassen. Tief ergriffen hätten ihn und andere die Ausführungen der Genossin aus Vorderindien, die die Leiden der Indier aufzählte, welche unter dem Joch des englischen Kapitalismus seufzen. Unter denen, welche der Annahme des Amendements der Winderheit in der Kolonialfrage zustimmten, habe sich auch Redner befunden. Die Resolution zum Frauenstimmrecht sei allgemein gebilligt worden. Im übrigen beschränkte sich Redner auf eine sachliche Wiedergabe der Verhandlungen und Beschlüsse. Er schloß unter Beifall mit einem siegesfrohen Ausblick in die Zukunft.

Zur Diskussion nahm als erster Redner Genosse Adolf Harndt das Wort: Mit dem Ergebnis des Kongresses sei er einverstanden, nicht aber mit einigen Vorgängen in der deutschen Delegation. Proletarier müsse er gegen den Beschluß der Mehrheit der deutschen Delegation, den Delegierten der Sozialisten den Zutritt zu verweigern. Er selber sei von jeher in einer Zentralisation, sei aber der Meinung, daß auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehenden Genossen der Zutritt ohne weiteres freistehen mußte, auch wenn sie im Punkte der gewerkschaftlichen Organisation einen anderen Standpunkt einnahmen, zumal sie doch in unserer Partei organisiert seien. Zum mindesten wäre doch erst der Ausgang der Einigungsverhandlungen abzuwarten. In der Resolution über die Reiseleiter wird gesagt, daß bei Reiseleiterausperrungen die Unterstützung durch Gewerkschaften und Partei zu gewähren sei. Berechtigt wäre das nur, wenn der Satz nobel ausgelegt würde. Daß die eine Hälfte die Partei, die andere Hälfte die Gewerkschaften zahlte, so könne der Beschluß nicht gemeint sein. Die Parteiorganisation mit ihren niedrigen Beiträgen könnte das nicht leisten. Das höchste wäre, daß die Partei die bei solcher Aussperrung beteiligten nur politisch organisierten Genossen (also Nichtgewerkschaftler) unterstützen. — Zur Kolonialfrage meine er, daß die schließlich angenommene Resolution mehr unseren Interessen entspreche, als die erst vorgeschlagene.

Genosse Heilmann (der als Journalist auf dem Kongresse war) führte unter anderem aus: Zu Adolfs Harndts Ausführungen sei festzustellen, daß die Sozialisten (die ja schließlich zugelassen werden würden) nicht etwa auf Betreiben der Zentralisten ausgeschlossen werden sollten. Im Gegenteil hätten diese gleich die Zulassung freistellen wollen. Gerade die Delegierten der Partei hätten dafür gestimmt, sie auszuschließen, indem sie davon ausgegangen seien, daß das Ueberwachen des Anarchozulianismus in jenen Organisationen die Vertreter nicht mehr als solche erscheinen lasse, die auch auf dem Boden parlamentarischer Aktionen ständen. — Das Nähere in Sachen der Reiseleiter sei ja Essen überlassen worden. Harndts Wünsche zur Unterstützungstrage seien also solche für die Zukunft, solche an den deutschen Parteitag.

Der diesjährige internationale Kongress stelle einen bedeutenden Fortschritt in der Organisation des internationalen Klassenbewußten Proletariats dar. Zum ersten Male sei es erreicht, daß ein internationaler Kongress nicht nur alle Punkte der Tagesordnung erledigt, sondern sie auch nach gründlichen Vorberatungen erledigt habe, und zwar durch sachliche Beschlüsse, nicht durch Vertagung oder Ueberweisung und nicht ausweichend. Das liege daran, daß erst seit Amsterdam die Internationale sich richtig organisiert habe. Allerdings sei nicht alles so glatt gegangen, wie man es gewünscht hätte. Einige Mißverständnisse hätten lebhaftes Szenen veranlaßt. Wenn sie die bürgerliche Presse auf sachliche Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, sei das durchaus falsch. Derartige Unstimmigkeiten hätten sich nur bei Geschäftsordnungsfragen ergeben und lediglich infolge der sprachlichen Verhältnisse. Vielleicht ließe sich da in Zukunft Abhilfe schaffen. Sie wäre z. B. geschaffen, wenn jemand die Leitung erhalte, der neben sonstigen erforderlichen Fähigkeiten die hätte, selber in drei Sprachen zu reden.

Eine weitere Schwierigkeit sei die viel zu große Zahl der Delegierten gewesen. Es scheint ja auch in der gesamten deutschen Parteipresse Einstimmigkeit darüber zu herrschen, daß die große Zahl künftig nicht beibehalten werden könne. — Die Abstimmung in der Kolonialfrage habe das Bedenken gegen sich, daß die Annahme der Resolution nur mit der geringen Mehrheit von 128 zu 106 Stimmen erfolgte. Das wäre bedenklich bei einer Regel, die alle Völker befolgen sollten. Den Ausschlag gaben die Völker, die keine Kolonien, keine Kolonialfrage hätten. Es wäre doch aber hart, wenn Völker mit Kolonien und mit einer Kolonialfrage überstimmt würden mit Hilfe der kleinen Nationen, die praktisch für Kolonialpolitik nicht in Frage kämen. Er hoffe, daß später in gleichartigen Fällen auf internationalen Kongressen diejenigen Nationen, die in der behandelten Frage nur theoretisch in Betracht kämen, etwas Zurückhaltung üben. Ein gutes Beispiel boten die Desterreicher. Sie hätten, weil Desterreich keine Kolonialpolitik treibe, sich einfach dem Standpunkt der Mehrheit der Delegierten des Kolonialpolitik treibenden Deutschland beigegeben. Der ganze

Streit der Kolonialfrage, ob Resolution der Mehrheit oder Resolution der Winderheit, sei ihm übrigens vorgekommen wie ein Streit um Kaisers Wort. Es sei an sich ganz klar, daß die kapitalistischen Staaten in ihren Kolonien eine vom sozialistischen Geiste getragene Kolonialpolitik oder Kulturpolitik nicht treiben würden. Genau so aber, wie wir der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Ideal der sozialistischen Gesellschaft entgegenstellten, sei es auch angebracht, der kapitalistischen Kolonialpolitik die sozialistische entgegenzustellen. Ob man das mit Recht verhalte Wort Kolonialpolitik noch beibehalten wollte, wäre ja eine andere Frage. Aber aufreger brauchen wir uns wegen der Bezeichnung wirklich nicht. In der Bestimmung sei kein Unterschied gewesen. Es sei nur darauf angekommen, ob man so sage oder so sage. Die ganze Abstimmung in der Kolonialfrage halte er für ziemlich unwichtig. Unser Weg sei klar. Wir bekämpfen und bekämpfen weiter die kapitalistische Kolonialpolitik mit allen Mitteln, träten aber für eine Verrückung und bessere Behandlung der Eingeborenen ein. — Redner gibt noch einige Skizzen aus den Verhandlungen und führt dann weiter aus, daß er in der Frage des Militarismus das Verhalten anderer Nationen empfunden habe als eine Art Ordnungsruf gegenüber den Deutschen. Wenn man auch nicht in allem unseren ausländischen Genossen werde entgegenkommen können, was sie in der Frage der Bekämpfung des Militarismus wünschten, so sei doch sicher, daß wir bei passender Gelegenheit zwar betonen würden, daß wir eine Verhinderung Deutschlands nicht duldeten, andererseits aber eine Eroberungspolitik Deutschlands mit allen Mitteln bekämpfen würden, die uns zu Gebote stehen und auch nur den geringsten Erfolg versprechen. Die Pflicht habe der internationale Kongress ausgesprochen und die deutsche Partei sei pflichtbewußt genug, sich ihrer Erfüllung nicht zu entziehen. Da wir bei unserem halb feudalistischen Regime nicht rechtzeitig genug Einfluß gewannen in die vorbereitenden Handlungen der äußeren Politik und so eine Kriegsgefahr erst später erkennen konnten, als unsere Genossen in demokratischeren Ländern, so müßten wir engste Fühlung halten mit den ausländischen, namentlich aber den französischen Genossen. Dann könnten wir schon beim Auftreten der kleinsten Wolke am Kriegshimmel unterrichtet sein und unverzüglich mit unserer Gegenagitation einsehen. Weil der Kongress diese Verbindung wieder befestigt habe, sehe er ihn als einen großen Erfolg des internationalen Proletariats an. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Gehrmann: Wenn Harndt meine, der Beschluß der deutschen Delegation zur Reiseleiter müsse so ausgelegt werden, daß bei Aussperrungen die Partei nur die unterstünde, die lediglich politisch organisiert seien, so wäre das geradezu ein Schlag ins Gesicht für den Gedanken, daß die Arbeiter alle gewerkschaftlich und politisch organisiert sein sollten. Die Resolution habe nur bestätigt, was in der Partei schon üblich sei, indem die Metallarbeiter bei der Reiseleiterausperrung im vorigen Jahre bereits Unterstützung aus der Parteikasse erhalten hätten. Er halte es für gut, daß nicht festgelegt werde, welchen Teil jede der beiden Körperschaften zu den fraglichen Unterstützungen beizutragen habe, sondern daß das Sache der gegenseitigen Verständigung sein müsse, und er meine, daß es auch zur Zufriedenheit beider Teile ausfallen werde. — Zur Kolonialfrage begrüße er die Annahme der Winderheitsresolution. Wenn die Majorität auch keine bedeutende war, werde sich die Partei zu fügen haben. Es werde jetzt nicht mehr möglich sein, die Stellung der Partei zu verwechseln wie damals, als sich die Genossen im Reichstag der Stimme enthielten, wo es sich um die Bewilligung von Mitteln zur Unterdrückung des Aufstandes in Afrika handelte. Unser Handeln könne sich nur auf die Gegenwart stützen. Und da lägen wir, daß jeder Staat, der Kolonialpolitik treibe, die Völker unterdrücke und auspöbere. Wenn wir da beiseite stehen, wo die Mittel dazu hergegeben werden, so entspreche es nicht unserem Standpunkte. — Dasselbe Stellung ergebe sich zur Militärfrage. Redner lenkt die Aufmerksamkeit nach verschiedenen Richtungen hin und zieht aus den bekannten Tatsachen den Schluß, daß der Militarismus darum auf's Schärfste zu bekämpfen sei. Er stehe auch mit Herbs auf dem Standpunkt, daß die Deutschen sehr wohl mehr gegen den Militarismus vermöchten, wenn sie wollten. Jeder müßte sich natürlich intensiver Agitation für den Sozialismus befleißigen. Und wenn es mal zu einem Konflikt komme — nun, wir hätten nicht umsonst den politischen Massenstreik in unser Waffenarsenal aufgenommen. Wenn die unter kapitalistischer Justiz stehende Reserve die Arbeit niederlege, dann sei schon eine Zerplitterung zugunsten der Kriegswärmer bewirkt, denn ohne Reserve sei nichts zu machen. Wir deutschen Sozialisten seien unter Strafen groß geworden und werden, wenn man die Völker aufsteht, auch die schwerste Strafe auf uns nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Kröpelin erachtet die Frage des Militarismus als die für Deutschland wichtigste. Entgegen Heilmann schließt er aus verschiedenen Umständen, daß der Kongress keinen Vortritt gegen die Deutschen erhoben, sondern nur das Bedauern über eine für Deutschland bittere Notwendigkeit ausgesprochen habe. Nachdem Redner den Militarismus als Hauptmacht des Kapitalismus und des heute herrschenden Systems gekennzeichnet hatte, führte er noch aus: Die Resolution habe jeder Nation anheimgestellt, wie sie verfahren wolle, um zu dem gesteckten Ziele zu kommen. Die Resolution, so lang sie auch sei, wäre die beste. Vandalenverdelde habe ein treffliches Mittel angegeben. Die Jugend müsse aufgefakert werden. Wenn die Genossen eine systematische Agitation dahin entfalten, würden wir demnächst eine andere Sprache gegenüber dem Militarismus sprechen können wie heute. Dann könnten wir uns später auf unsere natürliche Macht stützen und die Ausschütsen würden wachsen. — Nachdem Genosse Heilmann einige seiner Ausführungen noch erläuternd ergänzt hatte, trat Schluß der Diskussion ein.

Die Versammlung stimmte einem Antrage des Vorstandes zu, gegen den Holzarbeiter Loge das Ausschlussverfahren einzuleiten. Als Schiedsrichter wurden die Genossen Stallmann, Harndt und Klees, als Ersatzmann Lange gewählt.

Der vierte Wahlkreis hielt seine Versammlung im großen Saal von Keller, Koppenstraße, ab. Genosse Hadelbusch referierte über den internationalen Kongress. Die deutsche Delegation befahte sich zunächst mit der Reiseleiterfrage, zu der die Gewerkschaften am Tage vorher bereits Stellung genommen hatten. Für diese referierte Genosse A. Schmidt, während Fischler das Korreferat übernommen hatte. Die endgültige Regelung der Reiseleiterfrage obliegt dem Offener Parteitag. Die deutsche Delegation erklärte die Mandate der Genossinnen Löwstein und Luxemburg aus formellen Gründen für ungültig. Gleichfalls für ungültig erklärt wurden die Mandate der zwei Vertreter der losolofischen Gewerkschaften, trotzdem Sache und Bömeling für die Galtigkeit derselben eintraten und davor warnten, jetzt, wo man eine Verständigung suche, neue Reibungsflächen zu schaffen. Schließlich bestätigte das Internationale Bureau die Galtigkeit dieser beiden Mandate. Die Kolonialfrage habe einen breiten Raum in den Verhandlungen der deutschen Delegation eingenommen und hier seien die Gegensätze scharf aufeinander geplatzt. Bernstein und David traten lebhaft für die bekannte Majoritätsresolution ein, die in ihrem ersten Abzug die Möglichkeit der Kolonien auch für die Arbeiter anerkennt und im übrigen die Schäden der heutigen Kolonialpolitik beseitigen will. Die Minoritätsresolution, von Ledebour vertreten, lehnt dagegen die Kolonialpolitik prinzipiell ab, weil diese ihrer innersten Wesen nach kapitalistischen Charakters ist und auf Unterdrückung und Knechtung der Eingeborenen hinausläuft. Im Plenum fand schließlich die Winderheitsresolution Annahme. Zum Punkt Militarismus und internationale Konflikte bedauert Redner die Ausrückung Herbs, der die deutschen Sozialdemokraten als fatte Whilster anprang. Er weist auf die Schwierigkeiten seiner Agitation im Sinne Herbs in Deutschland hin. Nirgends wird die Sozialdemokratie so verfolgt durch Klassenverste wie gerade in Deutschland. Unsere Hauptaufgabe liege in der Erziehung der Jugend in sozialistischem Geiste, das sei die wirksamste antimilitaristische Propaganda.

Genosse Hoffmann berichtet über: „Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft.“ Für die deutsche Partei ist diese Frage eigentlich schon durch den Mannheimer Parteitag geregelt. Anders

liegt das bei den anderen Nationen. Die Gewerkschaften dürfen ihre Aufgabe nicht nur in der Forderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter sehen, sondern sie müssen auch ihre Mitglieder in sozialistischem Geiste erziehen. Partei und Gewerkschaften müssen Hand in Hand gehen. Es sei zu hoffen, daß die zu dieser Frage mit großer Mehrheit angenommene Resolution gute Wirkungen zeitigen werde. — Nächster Bericht über den Punkt: „Frauenstimmrecht.“ Wir fordern das Frauenstimmrecht als ein soziales Recht. Das beschränkte Frauenwahlrecht kommt nur den Frauen der Besitzenden zugute. Daher fordern wir das allgemeine, freie, geheime und direkte Wahlrecht auch für die Frauen. Zur Frage der Ein- und Auswanderung verweist Redner auf die Arbeit Schuppels in der „Neuen Zeit“.

In der Diskussion erklärt Genosse Ritsche, daß wir in der Auswanderungsfrage eine andere Stellung werden einnehmen müssen, wenn man dazu übergeht, die gelbe Klasse in größerer Zahl einzuführen. Er hält z. B. den Chinesen nicht für organisierbar wegen seiner Anpruchslosigkeit und seiner strengen Absonderung. In der Kolonialfrage stellt er sich auf dem Standpunkt der Mehrheitresolution. Genosse Drowski hätte lieber eine entschiedenere Stellungnahme gegen den Militarismus gesehen und erhofft dies vom nächsten Internationalen Kongress. Bösch polemisiert gegen die Verichterstattung Hadelbuschs in der Kolonialfrage. Er steht auf dem Standpunkt der Mehrheitresolution. Bösch kann einen wesentlichen Unterschied zwischen Mehrheit- und Winderheitsresolution nicht entdecken. Er weist noch auf die kolossale Arbeit hin, die der Kongress in einer Woche geleistet habe, wogegen die Vertreter der kapitalistischen Staaten im Haag trotz monatelanger Beratung zu keinem Ergebnis kommen. Genosse Hoffmann erklärt zugleich im Namen der Mitdelegierten, daß die Behauptung des Genossen Roske-Chemnitz, die deutsche Delegation habe sich bei der Ungültigkeitserklärung der Mandate der sächsischen Delegierten von persönlichen Empfindungen gegen die Genossin Luxemburg leiten lassen, unrichtig ist. Eine Resolution, die sich mit den Ergebnissen des Kongresses einverstanden erklärt, fand Annahme. Alldam teilt Genosse Mann mit, daß 15 000 Bergarbeiter des Niederlausitzer Bezirks ihre Kündigung eingereicht haben, weil ihre Forderungen kein Gehör fanden. Eine Sympathieerklärung fand einstimmig Annahme.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für den fünften Wahlkreis fand im alten Schützenhause statt. Den Bericht als Delegierter zum internationalen Sozialistenkongress gab Genosse Buch. Nachdem er den Eindruck der Eröffnungsfeier geschildert hatte, ging er zu den Verhandlungen selbst über. Die deutsche Delegation sei gegen die Zulassung der beiden Vertreter der losolofischen Gewerkschaften gewesen, weil dieselben als Gegner des Parlamentarismus und der Taktik der Partei nicht mehr als Sozialdemokraten betrachtet werden könnten. Das Internationale Bureau habe aber die Mandate anerkannt. — Nach lebhaften Debatten über die Kolonialpolitik sei schließlich die Resolution in der Fassung angenommen, welche unserer bisherigen Haltung in dieser Frage entspricht. — Bei dem Punkt „Partei und Gewerkschaft“ sei die Einigkeit zwischen beiden bestätigt und auch von Vertretern anderer Nationen anerkannt worden, daß Partei und Gewerkschaft zusammengehören. — Durch die Resolution zur Frage der Ein- und Auswanderung sei jede Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter ausgeschlossen. — Die wichtigsten Debatten seien die über den Militarismus gewesen. Die Bemerkung Herbs, die deutschen Sozialdemokraten fürchten sich vor dem Gefängnis, müsse entschieden zurückgewiesen werden, da sie den Tatsachen nicht entspreche. Die angenommene Resolution lege uns nicht auf bestimmte Kampfmittel gegen den Militarismus fest. Wenn ein Krieg bevorstände, würden wir schon die geeigneten Mittel anwenden, um seinen Ausbruch, wenn möglich, zu verhindern. Die Resolution, welche die deutsche Delegation zur Reiseleiter annahm, habe zu einem vollen Einverständnis geführt. Debatten über die Reiseleiter würden hiernach in unseren Kreisen wohl ausgeschlossen sein. — Die Verhandlungen des Kongresses seien würdig und erhehend gewesen, sie bekräftigten die Einmütigkeit des internationalen Proletariats in allen grundlegenden Fragen. Der nächste Kongress werde zeigen, daß die proletarische Bewegung weitere Fortschritte gemacht habe.

In der Diskussion nahmen die Genossen Ritter und Ouh das Wort. Beide sprachen sich anerkennend darüber aus, daß das Internationale Bureau die Mandate der Sozialisten anerkannte. Das sei nur recht und billig, denn die beiden Delegierten seien doch Parteimitglieder, auch wäre die Zurückweisung schon deshalb nicht zu billigen gewesen, weil doch die vom Parteivorstand betriebenen Einigungsverhandlungen noch schweben. — Im übrigen billigten beide Redner in Uebereinstimmung mit dem Referenten die Beschlüsse des Kongresses.

Hierauf ging die Versammlung zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten über. Der Vorsitzende Friedländer erstattete den Vorstandsbericht, der sich auf fünf Monate erstreckt. In dieser Zeit wurden 5 Sitzungen des engeren und 4 Sitzungen des erweiterten Vorstandes abgehalten. Die Sitzungen beider Körperschaften werden jetzt nicht mehr in unregelmäßigen Zwischenräumen, sondern regelmäßig jeden Monat abgehalten. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt. Das Interesse der Bezirksführer an den erweiterten Sitzungen ist ein sehr reges, die Sitzungen waren daher immer sehr gut besucht. In der Berichtszeit fanden 3 Versammlungen statt, die alle ziemlich gut besucht waren. Flugblätter wurden verbreitet zugunsten des Wählerlosts und zur Aufforderung, die Gemeindevählerlisten einzusehen.

Der Kassierer Kirke verlas die Abrechnung für das II. Quartal und wurde entlastet. — Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Friedländer verwies auf die zunehmende Teuerung der Lebensmittel und auf die Erhöhung der Kohlenpreise durch das Kartell der Grubenbesitzer. Im kommenden Winter werde sich die Kohlentuerung nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch bei den kleinen Gewerbetreibenden schwer fühlbar machen. Unsere Genossen müßten es sich zur Aufgabe machen, die von der Kohlentuerung Betroffenen darüber aufzuklären, daß die Erhöhung der Kohlenpreise nicht, wie das Kohlenkartell glauben machen wolle, auf erhöhte Lohnforderungen der Arbeiter, sondern allein auf die ausbeuterische Profitgier des Kartells zurückzuführen sei.

Die Generalversammlung des sechsten Kreises fand in den Germaniaölen statt. In die Berichterstattung teilten sich die Genossen Ernst und Ledebour. Letzterer behandelte zunächst die Fragen: Militarismus und internationale Konflikte, die Ein- und Auswanderung der Arbeiter und die Kolonialfrage. Einleitend hob er hervor, daß alle Kongresse des Proletariats eine ideale und eine praktische Seite haben. Die ideale äußere sich in der Kampfsgemeinschaft gegen den Kapitalismus, die praktische darin, daß Nichtlinien gegeben werden, denen die einzelnen Nationen in ihren Tageskämpfen nachzustreben haben. Es ist in Stuttgart die ideale Seite prägnanter hervorgetreten als auf anderen internationalen Kongressen. Kamenisch war das Massenmeeting auf dem Konstantiner Wafen, an dem mindestens 60 000 Menschen teilnahmen, dazu angetan, die internationale Völkerverbrüderung symbolisch zu vergegenwärtigen. In bezug auf die praktische Seite kann wohl gesagt werden, daß die Direktiven, die gegeben wurden, durchweg dem radikalen Sinne entsprechen, wie er von den Berliner Parteigenossen von jeher hochgehalten wurde. Die vor Stuttgart sich herausbildenden Meinungsverschiedenheiten über die Frage des Militarismus sind beseitigt. Alle Nationen sind sich darin einig, daß der Militarismus, der die größte Macht des Kapitalismus zur Hemmung des Kulturfortschritts sei, bekämpft werden müsse. Es sei erfreulicherweise zu verzeichnen, daß der Kongress die utopistische Ansicht Herbs nicht aufgeben, sondern der Ansicht, daß die beste Bekämpfung des Militarismus die Erziehung der Jugend zu Sozialdemokraten sei. Wir müssen aber auch der ausgesprochenen Ansicht des Genossen Wolmar entgegenreten, daß die deutsche Sozialdemokratie tun würde, was sie wolle, möge der Kongress so oder so beschließen. Wir haben das größte Interesse daran, die in Stuttgart gefassten Beschlüsse hochzuhalten. Einen praktischen Ausweg zur

Begleitung der Gegenfrage habe man darin gefunden, daß man auf die Nichtanerkennung eines bestimmten Aktionsprogramms verzichtet und dafür als Beispiel die Fälle angeführt habe, in denen das Proletariat bisher demonstrativ dem Kapitalismus vor Beginn seiner Kaufhändler in den Arm gefallen ist. So haben bei der Festschreibung englische und französische Arbeiter, bei dem Paroikolonialkongress und deutsche Arbeiter gegen die geplante Völkerverkehrung demonstriert. Bei der Unabhängigkeitserklärung Norwegens habe das schwedische Proletariat die Kriegspläne der Bourgeoisie vereitelt, und bei Ausbruch des russisch-japanischen Krieges haben unsere russischen und polnischen Genossen mit Massenstreiks gegen die Verbrechen des Imperialismus protestiert. Die Schulen treiben Propaganda für den Militarismus, Aufgabe des Proletariats muß es sein, die Gegenpropaganda erfolgreich zu gestalten. Bei der Frage der Ein- und Auswanderung weist Redner darauf hin, daß für die deutsche Sozialdemokratie lange vor dem Stuttgarter Kongress feststand, daß es lediglich Sache des internationalen Proletariats sei, durch Solidaritätsbeziehung die frei einwandernden Arbeiter zum Sozialismus zu bringen. Der Kongress habe in dieser Hinsicht bald eine Einigung gefunden. So haben auch die amerikanischen Arbeiter, die gegen die Einwanderung verschiedener Nationen opponierten, durch ihren Vertreter Hilquitt erklären lassen, daß sie sich der gegebenen Direktive fügen und ihre Opposition ebenfalls nur noch gegen die als Lohnbrüder vom Kapitalismus eingeführten Kontraktarbeiter richten werden. In der Kolonialfrage sei es leider zu äußerst erregten Debatten gekommen. Man habe nach Lage der Sache vorher nicht erwarten können, daß einige deutsche Genossen die Absicht hätten, die prinzipielle Ablehnung jeder Kolonialpolitik, wie sie von der Mehrheit des deutschen Proletariats bisher vertreten wurde, zu Fall zu bringen. Genosse David sei der Ansicht, daß alle Völker durch den Kapitalismus hindurchmühten; Bernstein ging sogar noch weiter und erklärte, daß es immer Völker geben würde, die beherrschet werden müßten und von Kol verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß die Sozialdemokratie auch mit Waffengewalt den Naturvölkern die Kulturerrungenschaften aufdrängen müßte. Wäre dieser Standpunkt gutgeheißen worden, so hätte sich das deutsche Proletariat schämen müssen, weil er unserem ganzen bisherigen Verhalten ins Gesicht schlägt. Mit äußerster Schärfe müßten wir betonen, daß wir es weit von uns weisen, den Kolonialvölkern gegenüber als der Hüter des Kapitalismus aufzutreten. Wäre von der Kommissionsminorität nicht so machtvoll Protest gegen die, seiner Ansicht nach geplanten Ueberumpelung des Kongresses eingelegt und im Plenum die schrecklichen Barbareien der Kolonialpolitik geübelt worden, dann wäre vielleicht erreicht worden, daß der grundsätzlichen Verwerfung der Kolonialpolitik ein Ende bereitet worden wäre. Denn Genosse David sich auf eine, in einer Reichstagsrede Weibels gefasste Ausführung desselben berufen habe, so sei zu bemerken, daß auch Weibel kein Papst sei. Die Taktik der Partei werde auf ihren Kongressen festgelegt. Es sei den Verehrern der Verwerfung der Kolonialpolitik vorgeworfen, sie wären Gegner jeder praktischen Arbeit. Würden Leute, die die Arbeiten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht kennen, diesen Vorwurf erheben, so wäre dies zu verzeihen. Die Genossen David und Bernstein aber hätten alle die praktischen Arbeiten der Fraktion beobachtet, ohne selbst irgend welche prinzipiellen Änderungen vorzuschlagen. Gerade die Gegner der Kolonialpolitik haben stets die Initiative ergriffen, um durch praktische Arbeit der Regierung entgegenzutreten und haben es sogar erreicht, daß sich im Mai 1906 der Reichstag ihren Standpunkt betreffs der Beendigung des Hercevolkrieges zu eigen gemacht habe. Die Behauptung, daß nur minderwertige Nationen für die endgültig beschlossene Abänderung der Reichstagsresolution gestimmt hätten, sei unwahr, da gerade die Nationen, die auf die schlimmsten Erfahrungen in der Kolonialfrage sich berufen können, den Standpunkt der Kommissionsminorität vertreten haben. Bedauerlich sei es, daß jetzt Genossen herkommen, die eine Revidierung dieses Beschlusses ankündigen. Jedoch sei zu erwarten, daß das deutsche Proletariat mit aller Energie für seine Durchführung sorgen werde. (Lebhafte Beifall.) — Genosse Eugen Ernst knüpft seine Ausführungen ebenfalls an die glänzende Demonstration auf dem Rannstatter Basen an. Ausherkst erfreulich habe bei dieser Massenzusammenkunft das Gefühl jeglicher preussischer Polizeibeherrschung gewirkt. Das Proletariat wisse auch ohne Polizei Ordnung zu halten. Bei der Regelung der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft hatte die deutsche Delegation in erster Linie eine Erlebung der Reisefrage vorzunehmen. Die Befürchtungen, daß eine Abhängigkeit der Reiseleiter geplant sei oder aber diese Angelegenheit zu Zwistigkeiten zwischen beiden proletarischen Armeen führen könnte, haben sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet. In ruhiger, sachlicher Weise wurde verhandelt und einigte man sich auf dem Standpunkt, daß die Partei zu den Opfern, die die Reiseleiter erfordere, finanziell mit heranzuziehen sei. — Der Parteivorstand habe von jeher hervorgehoben, daß er, wo Anlaß genug vorliege, gern mit zur Unterstützung beitragen werde. Die endgültige Regelung dieser Angelegenheit wurde dem Essener Parteitag überwiesen und konnte nunmehr zur Erlebung der Hauptfrage geschritten werden. Es standen sich hier drei Richtungen gegenüber. Franzosen und Amerikaner traten für volle Selbständigkeit beider Richtungen ein, erstere, weil die Gewerkschaften ja dasselbe Endziel haben wie die Partei, letztere, weil sie die Gewerkschaftsbewegung als zur Bourgeoisie hinneigend betrachteten. Belgier und Dänen verlangten eine einheitliche Organisation für beide Tätigkeitsgebiete und traten Deutsche, Österreicher, Holländer usw. dafür ein, daß beide Richtungen Schulter an Schulter für die Erreichung des sozialistischen Endzieles zu kämpfen haben. Durch Annahme der deutschen Resolution hat der Kongress eine deutliche Abgabe an die übertriebene Zentralitätsidee gerichtet, die vom deutschen Proletariat glücklicherweise längst überstanden war. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß gerade die schwachen Organisationen viel Worte zu machen belieben, um über ihre Schwäche hinwegzutäuschen. Die trefflichen Worte des Genossen Legin, die er in der Kommission an die Franzosen richtete, daß man die Bourgeoisie nicht mit glänzenden Worten niederrenne, sondern im sicheren Zusammenfassen aller Arbeiter in Organisationen und gemeinsamen Handeln, wären wert, von den Proletariern aller Länder beherzigt zu werden. Bei der Erörterung der Frage des Frauenstimmrechts gibt Genosse Ernst zunächst die Erklärung für die Nichtbefähigung der deutschen Mandate der Genossinnen Luxemburg und Levinsohn, die sich in einer irrthümlichen Auffassung der sächsischen Genossinnen über die Art der Wahl gründete. Wenn Genosse Koble es so hinzustellen versuche, als wäre Abneigung gegen die Genossin Luxemburg bei der Nichtbefähigung maßgebend gewesen, so ist dies eine Unterstellung, die so niedrig ist, daß sie unter allen Umständen zurückgewiesen werden muß. — Die Frauen haben auf ihrem Kongress gezeigt, daß sie vollständig auf der Höhe der Zeit stehen. Mit Eifer und Pflichterfüllung haben die Proletariatsfrauen gezeigt, daß sie als vollwertige Kämpferinnen gelten und haben sie in der Genossin Clara Zetkin eine Führerin, deren Worte: „Die Frauen müssen selbst die treibende Kraft sein, um sich zu befreien“ von allen proletarischen Frauen beherzigt werden sollten. (Lebhafte Beifall.)

Vor Eröffnung der Diskussion weist Genosse Brunner eine Ausherkung Ledebours, die er gegenüber den Genossen David und Bernstein gebraucht hat, als unparlamentarisch zurück. — Genosse Reibstein: Durch den Beschluß in der Reiseleiterfrage ist zweifellos ein Stein des Anstoßes beseitigt. Hoffentlich führt dieser Beschluß auch dazu, daß ein übermäßiges Anspornen zur Arbeitsruhe in Zukunft unterbleibt. Jeder Parteigenosse muß seinen Kindern das Schädliche des Militarismus vor Augen führen. Liebsteich treffe mit seinem abgeblähten Abklatsch der Servilischen Utopien nicht den Nagel auf den Kopf. Wäre Liebsteich und Ledebour Soldat gewesen, so würden sie einen anderen Standpunkt einnehmen. Eine Propaganda unter dem Militär würde uns verschiedene harte Klöße zu knaden geben. In Punkt Kolonialpolitik hätte er gewünscht, daß auch die deutsche Fraktion selbständige Studien in den Kolonien gemacht hätte, wie van Kol es getan hat. Jedenfalls hat die deutsche Delegation gerade nicht brillant abgeschlossen.

(Zuruf: „Reibstein hat gefehlt.“) Ledebour hätte auch weniger bissig gegen David und Bernstein vorgehen können, die sich auch schon manchen Wind in der Partei um die Nase haben gehen lassen. Ledebours Standpunkt sei nichts als „historisch-ökonomische Realisiererei.“ Auch David und Bernstein bekämpften die kapitalistische, wollen aber eine sozialistische Kolonialpolitik. Wenn Weibel mal entgeistert, dann will von den Radikalen niemand verantwortlich sein; trifft dies aber mal David oder Bernstein, dann — ja Bauer, das ist etwas anderes. Die übrigen Nationen werden sich jedenfalls nicht nach der Ansicht Ledebours richten. — Genosse Cohen stimmt mit den Ausführungen des Genossen Ernst vollständig überein. Die hochtönenden Worte der Franzosen seien nichts als Phrasen und hoffe er, daß die Ausführungen Legins, der den Leuten ganz unverbunden die Wahrheit gesagt habe, eine Besserung herbeiführen werden. An den Genossen Ledebour werde er das Erindern richten seinen bisherigen Standpunkt in bezug auf die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung aufzugeben. Die Behandlung der Kolonialfrage war für die deutsche Delegation kein Glanzpunkt. Er habe die Auffassung, daß es ein Kampf um Spitzfindigkeiten gewesen ist. Wir dürfen nicht jede Kolonialpolitik verwerfen. Wer van Kol, den Mann der Praxis gehört hat, wird auch den Standpunkt Davids und Bernsteins teilen. Ledebour sei eben ins Hintertreffen geraten, darum schimpft er. David habe ohne Widerspruch nachgewiesen, daß er den Standpunkt der Fraktion vertrete und habe sich auch Genosse Warm, den niemand als Revisionisten bezeichnen wird, auf den Boden der Anschauungen Davids und van Kols gestellt. Ledebour sei durch die Beweisführung des letzteren mit seinen Argumenten matt gesetzt. Trotzdem glaube er aber, daß auch Ledebour unter gegebenen Umständen für sozialistische Kolonialpolitik sei, da ja auch erst dann die sozialistische Gesellschaftsordnung eingeführt werden könne, wenn die Ideen des Sozialismus auf der ganzen Erde zum Durchbruch gelangt seien. Sokolowsky fragt an, warum die Vertreter der freien Gewerkschaften, Putzig und Kater, nicht zum Kongress zugelassen worden sind. Ernst beantwortet diese Frage dahin, daß die Mandatsprüfungskommission die Gültigkeitserklärung der deutschen Delegation überwiesen habe, diese jedoch aus dem Grunde, weil die freien Gewerkschaften sich als Antiparlamentarier bezeichnet haben, die Ungültigkeitserklärung beschloß. Genosse Bernide betont, die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung müsse mit allen Mitteln propagiert werden. Auch mit Reibstein stimme er überein, daß in Sachen der Reiseleiter nicht ab etwas maßvoller vorgegangen wird, um die Arbeiter nicht unnötigerweise in schwere Kämpfe zu verwickeln. In der Kolonialfrage verwehre er sich dagegen, etwa von David hinter das Licht geführt worden zu sein. Er stehe ebenfalls auf dem Standpunkte, daß unter sozialistischem Regiment vernünftige Kolonialpolitik getrieben werden könne. Genosse Lauffant weist darauf hin, daß es dasselbe sei, ob man mit der Waffe in der Hand Kulturerrungenschaften irgend welchen anderen Völkern aufdrängen will, oder ob man im Klassenstaate leben. (Sehr richtig!) Komisch berühre es, daß die Genossen David und Bernstein, denen hier in Deutschland unser Endziel gar nichts bedeute, dieses mit einem Male in den Kolonien propagieren wollten. Führen wir erst mal den Sozialismus bei uns ein, dann können wir immer noch sozialistische Propaganda auch ohne Waffen in der Hand treiben. Cohens und Bernides Ansichten über die Einigungsresolution der Partei und Gewerkschaften scheinen darauf hinauszuweisen, jetzt gegen die Sozialorganisationen aufzutreten zu können. Er verweise die Resolution so, daß die Gewerkschaften sozialdemokratisch sein sollen. Auch die Ansicht Reibsteins, daß die Propaganda für die Reiseleiter abflauen werde, wird sich nicht bewahrheiten. Genosse Ernst verzichtet auf ein Schlusswort und erhält dies der Genosse Ledebour. Er wendet sich gegen die Ausführungen Reibsteins, der, obwohl kein Anlaß für ihn vorliege, in ungeschöner Weise gegen den Genossen Liebsteich wegen seiner Stellung zur Militärfrage angreifen zu müssen. Reibstein habe in offenkundiger Weise die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Hätte er die Liebsteichsche Broschüre gelesen, so müßte er wissen, daß Liebsteich sich scharf gegen Herbst erklärt. Er hat sie aber nicht gelesen und darum ist seine Handlungsweise um so verwerflicher, als Genosse Liebsteich wegen dieser Broschüre unter Anklage des Hochverrats gestellt ist. (Allseitiges Hui!) Seit Reibstein aus dem „Vorwärts“ ausgeschieden sei, komme er in der unerhöflichsten Weise mit ganz unverantwortlichen Angriffen auf diverse Parteigenossen her. (Sehr richtig!)

Der Appell, den Genosse Cohen an ihn gerichtet, gehöre gar nicht zur Sache. Schon in Stuttgart habe Cohen ihm gesagt, es müsse im letzten Kreise mit der Schaufelpolitik aufgeräumt werden und schade er sich in seiner Stellung als Abgeordneter, wenn er nicht ebenfalls gegen die Sozialorganisationen aufträte. Er könne erklären, daß er prinzipiell zentralistisch sei, daß er aber den bedauerlichen Standpunkt der Sozialorganisationen nicht als Grund zum Ausschluss aus der Partei betrachten könne. Diejenigen, die auf den Ausschluss hinarbeiten, wollen keinen Frieden, sondern die brutale Unterdrückung, den Bruderkampf. Des weiteren wendet er sich gegen Brunner, dessen Jurisprudenz er als einen Eingriff in die Redefreiheit betrachtet. Er habe wohl scharf, aber berechtigt gegen die betreffenden Genossen den Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit erhoben. Er fordere alle Genossen, die behaupten, es sei bisher keine praktische Arbeit geleistet, auf, nachzuweisen, wo auch nur einmal der Kampf worden sei in kolonialen Fragen praktische Politik zu treiben. Alle praktische Politik, die über die bisherige Arbeit der Fraktion hinausginge, sei nichts anderes als kapitalistische Ausbeutungspolitik. Zu erwarten sei, daß Genosse Warm mit aller Entschiedenheit es zurückweisen wird, sich auf den Boden der van Kol-Davidischen Resolution gestellt zu haben, da er ja selbst die Redaktion der Wäberbergsresolution vorgenommen habe. Van Kol soll als Mann der Praxis in Stuttgart gesprochen haben. Allerdings war van Kol früher Kolonialbeamter der holländischen Regierung und soll heute noch an kolonialen kapitalistischen Unternehmungen interessiert sein. Er sei ein sehr vermöglicher Mann und könne es sich deshalb leisten, auf eigene Kosten in die Kolonien zu reisen. Auf Spritztouren mögen wohl bürgerliche Politiker koloniale Kenntnisse sich erobert, er stehe auf dem Standpunkt, daß jahrelange praktische Studien an Ort und Stelle einen wirklichen Kenner der Kolonien machen können, halte es aber ausnahmsweise in diesem Falle mit einem Ausspruch Bismarcks, der erklärte, als ihm jemand den Besuch der Kolonien anriet: „Ich warte immer noch auf das Kamel, auf dem ich hinüber reiten kann.“ Wir haben in der Heimat in sozialpolitischer Hinsicht noch soviel praktische Arbeit zu leisten, daß wir vorläufig die Kolonialfrage nur als eine Nebensache betrachten können. Die Hauptfrage ist und bleibt für uns die Verlebung des Kapitalismus und seiner Auswüchse, wozu auch die kapitalistische, ausbeuterische Kolonialpolitik gehört. (Lebhafte Beifall.) Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Genossen Cohen und Reibstein gibt der Vorsitzende, Genosse Brunner, den Entschluß der Kontrollkommission bekannt, laut dem die Verurteilung in Sachen Wäberberg verworfen wurde, weil Beweise dafür, daß Wäberberg Gründer der Sonderorganisation der Metallarbeiter war, nicht beigebracht worden sind. Auf Antrag Bernide beschließt die Generalversammlung, gegen diesen Entschluß den Parteitag anzuzurufen.

**Soziales.**  
**Ein Vertrag gegen die guten Sitten.**  
Eigenartige Engagementsverträge mit ihren Angestellten schließt die Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“ zu Berlin. Einem bei ihr beschäftigt gewesenen Arbeiter Wäberberg wurde huldvoll der Titel „Oberinspektor“, einem Arbeiter Peterien-Fen der Titel „Inspektor“ durch Anstellungsurkunde verliehen; ersterer erhielt für seine Tätigkeit ein Monatslohn von 150, letzterer ein solches von 120 M., entsprechend einem Tagesdiätenlohn von 5 beziehungsweise 4 M., sowie für perfekt geordnete Versicherungen eine Abkühlungsprovision bei Einlösung der Policen durch die Versicherungnehmer. Das Fiktum konnte monatlich, vierzehntägig oder wöchent-

lich behoben werden. — § 5 bestimmt: „Die Kündigungsfrist ist eine einmonatige, kann jedoch auch früher ausgesprochen werden. Für die Zeit vom Kündigungsstichtag an hat der Angestellte keinen Anspruch auf das Gehalt, sondern nur auf die Abkühlungsprovision für bis dahin völlig erledigte Versicherungsabläufe.“ — Beide Kläger kündigten. Die Gesellschaft verweigerte Zahlung der Gehälter und machte, nachdem gegen sie Klage erhoben war, im gestrigen Termin vor dem Kaufmannsgericht den Einwand der Unzuständigkeit des Kaufmannsgerichts, weil Kläger lediglich Agenten und nicht Handlungsgehilfen seien. Nachdem das Gericht diesen Einwand verworfen, erhob sie den der mangelnden Positivlegitimation, weil ihr Vorsteher der Generalagentur 7 die Kläger engagiert habe und ihnen gegenüber auch deshalb als Schuldner anzusehen sei. Auch diesen Einwand wies das Gericht zurück. In materieller Hinsicht wendete die Beklagte ein: Im § 8 der beiden Anstellungsverträge heiße es: „Der Angestellte erhält ein postnumerando zu zahlendes Fiktum von 150 M. (bezw. 120 M.) monatlich nach Maßgabe eines Tagesdiätenlohn von 5 M. (bezw. 4 M.)“ Nach dem oben in Speyrdruck wiedergegebenen Satz des § 5 brauche sie nicht zu zahlen. Denn es handle sich bei dem Fiktum nicht um ein Gehalts-, sondern um ein Speienfiktum. Da der Reisende vom Tage der Kündigung an erhaltungsgemäß meist keine Werbetätigkeit entwickle, so sei ihre Gepflogenheit der Entziehung des Fiktums nicht nur vertragsgemäß, sondern auch verständlich.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte Gesellschaft zur Zahlung des Fiktums bis zum Ablauf der Kündigungsfrist in Höhe von 230 bezw. 188 M. Der Einwand der Beklagten, es handle sich um Speien, nicht um Gehalt, sei hinfällig. Denn ein Speienfiktum von 8 bezw. 4 M. für Berlin sei nicht verständlich, auch wäre es dann nicht erklärlich, warum bei dem einen Reisenden die Speien 8 M., bei dem anderen 4 M. pro Tag betragen sollten. Das Gericht ist der Ansicht, daß es die Absicht der Gesellschaft war, den Klägern mit dem Fiktum den Lebensunterhalt zu gewährleisten. Es verweise somit der § 5 des Anstellungsvertrages gegen die guten Sitten. Denn wenn die Beklagte einerseits die Kläger verpflichtet, für die Gesellschaft zu arbeiten, andererseits ihnen kein Gehalt zahlt, so würden die Angestellten nicht in der Lage sein, sich ihren Lebensunterhalt beschaffen zu können, da die Provision vertragsgemäß auch erst nach Einlösung der Police fällig wird. Es würde ein Mißverhältnis zwischen der verlangten Tätigkeit und dem gebotenen Entgelt bestehen. Der Anspruch der Kläger war somit berechtigt.

Als Ausschüßrat dieser Gesellschaft mit den gegen die guten Sitten verstoßenden Verträgen fungieren: Viktor Herzog von Ratibor, Fürst von Torvey, Prinz zu Hohenlohe-Schillingfürst, Vorsitzender, Georg Fromberg, königlicher Kommerzienrat in Berlin, Karl Heimsoth, Vorstand der Dortmunder, Moriz Prinz zu Hohenlohe-Schillingfürst, Bogdan Graf von Hutten-Gzastki, Mitglied des Herrenhauses, auf Smogulec, Eugen Wöschke, Rentier in Berlin, Günter Graf von Pfeil auf Kreisewitz, Franz Prinz von Ratibor auf Schloß Rauden D.-Schl., Clemens Graf von Schönborn-Wiesentheid in München, Paul Wackler, Dr. jur., königlicher Oberbergrat, Mitglied des Herrenhauses, in Charlottenburg. Werden diese Herren oder die Mitglieder der Direktion, Generaldirektor H. Juliusburger und Direktor Rechtsanwält Pöbinger, nunmehr Veranlassung nehmen, die in der Gesellschaft geltenden Anstellungsverträge mit den guten Sitten in Einklang zu bringen?

**Zur sexuellen Aufklärung in den Schulen.**  
Es sollen demnach in Verfolg einer Anregung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an den Berliner und Charlottenburger Gymnasien regelmäßig für die zur Entlassung kommenden Abiturienten Vorträge über Hygiene, insbesondere sexuelle Hygiene von Ärzten gehalten werden. Auch vor Fortbildungsschülern sollen auf Grund eines Erlasses des Handelsministeriums Vorträge über die Gefahren des Geschlechtslebens und der Geschlechtskrankheiten stattfinden. Das großherzoglich bairische Ministerium des Innern in Darmstadt ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat den dortigen Schulbehörden den Wortlaut eines Schreibens an die Hand gegeben, mittels dessen die Eltern der so zu unterrichtenden Säuglinge von der geplanten Veranstaltung in Kenntnis gesetzt und selbst zur Teilnahme an derselben eingeladen werden. In schweidenschen Gegenlag zu diesem Beginn vernünftiger Aufklärung steht das Verhalten der Potsdamer Regierung. In der Besammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ in Mannheim brachte am 24. Mai d. J. Sanitätsrat Dr. Heidenhain (Steglitz) zur Sprache, daß diese Regierungsinstitution das Abhalten eines aufklärenden Vortrages vor den zur Entlassung gelangenden Volksschülerinnen verboten hatte. Wie aus einer Darlegung genannten Arztes in der „Medizinischen Reform“ zu entnehmen ist, hat die Potsdamer Regierung, Abteilung für Schulen- und Schulwesen, auch in einem neueren Erlass vom 18. Juni 1907 es abgelehnt, ihre Zustimmung zu der sexuellen Belehrung der zur Entlassung kommenden Volksschülerinnen zu erteilen. Sie meint,

derartige Unterweisungen lägen nicht in den Obliegenheiten des Schularztes, wie sie in seiner Dienstvorschrift vorgeschrieben sind, und die Volksschule hätte sich von solchen Fragen absolut fern zu halten! Hierin der Schularzt derartige Verlebrungen für zweckmäßig, so hätte er sich mit dem Elternhause in Verbindung zu setzen; auf eine Mitwirkung der Rectoren und Lehrer, etwa in der Form der Einladung der Eltern zu den Vorträgen durch ihre Kinder sei jedenfalls zu verzichten. Diese Auffassung der Potsdamer Regierung ist eine bedauerliche, weil sie in einem außerordentlichen Maße die Hygiene und Sittlichkeit gefährdet. Weit mehr als den Gymnasialisten drohen den Volksschülerinnen aus der mangelnden Aufklärung tieferste, die Kinder und die Gesellschaft schwer schädigende Gefahren. Wird der Kultusminister endlich auf diesem Gebiete eingreifen? Oder soll auch auf diesem Gebiete den Kindern des arbeitenden Volkes die Aufklärung vorenthalten und nur den Kindern der Besitzenden so viel Kenntnis übermitteln werden, daß sie sich zu schämen vermögen?

**Aus Industrie und Handel.**  
**Wirtschaftliche Traueranzeigen.**  
Wirtschaftliche Erkrankungs- und Todesfälle gehören jetzt zu den Tagesereignissen. Die Handelsblätter müssen täglich eine Reihe neuer Unglücksfälle dieser Art registrieren. Es sind das Erscheinungen, die jeder Hochkonjunktur folgen, deren Abflauen begleiten. Katholik sucht man immer irgend welchen konkreten Ursachen für die sich notwendig machenden Konkurse, für Insolvenzen und Zwangsversteigerungen die Schuld beizumessen. Von Ausnahmen abgesehen, sind die direkten Ursachen aber stets in der durch die Hochkonjunktur hervorgerufenen Gesamtsituation begründet. Ob die jetzt sich beträchtlich mehrenden Pleiten einen stärkeren wirtschaftlichen Trauerzug einläuten, wird sich ja bald zeigen.  
Von den Tagesfällen sind heute zu melden: Konkurs Warenkredithaus J. Damit Nachf., Inhaber Karl Hoffmann, Berlin, Neue Bismarckstr. 1. Die greifbaren Aktiva betragen 21 500 Mark, wozu 180 000 Mark Außenstände kommen, deren effektiver Wert in Anbetracht der Verhältnisse im Abgangsgeschäft natürlich nur sehr gering sein wird. Die Passiva setzen sich zusammen aus 32 000 M. Warenschulden und 899 000 Mark Wechseln, so daß sich eine buchmäßige Unterbilanz von 229 000 Mark ergibt, die in Wirklichkeit natürlich ganz bedeutend höher und nicht weit von 400 000 Mark entfernt sein dürfte. — Sodann ist das Konkursverfahren eröffnet worden über das Vermögen der Schiffsfabrik Max Kluge, Berlin, Neue Königstr. Die Firma suchte sich auf der Welle von 30 Prozent zu arrangieren, konnte aber keinen Bürgen finden. Die Kluge Leberhändler haben zusammen circa 100 000 Mark zu fordern, größere Beträge aber auch Lederfabriken in der Provinz.

In Leipzig befindet sich die Deutsche Bekleidungskompagnie Philipp Cohn u. Co. in Zahlungsschwierigkeiten. — Die Aktien-Gesellschaft Titels Kunstdruckerei beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, in welcher über Fortführung oder Auflösung und Liquidation der Gesellschaft beschlossen werden soll. Die Aktien notieren jetzt 38 Proz., im April 1905 128 Proz. Die Gesellschaft hat mehrfache Sanierungen durchgemacht. Zweimal wurden je 8 Proz. Dividende gezahlt, 1906 kam dann der erste Verlust und jetzt wahrscheinlich das Ende. — Die Zahl der Zwangsversteigerungen beziffert das „Grundbesitzer“ für den Monat September d. J. auf 102. Den Grund dieser auffallenden Erscheinungen findet das Blatt in der mangelhaften Lage des Geldmarktes. Von den zur Zwangsversteigerung kommenden Grundstücken befanden sich allein 27 in den Händen von Architekten, Bauvermeistern usw.; in diesen Fällen handelt es sich meist um Neubauten, die von ihren Eigentümern nicht zu halten seien.

**Konkursstatistik.** Nach der vorläufigen Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im zweiten Vierteljahre 1907 im Deutschen Reich 2630 neue Konkurse zur Zählung, gegen 2905 im zweiten Vierteljahre 1906. Es wurden 445 Anträge auf Konkursöffnung wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens deckenden Massebetrages abgewiesen und 2185 Konkursverfahren eröffnet; von letzteren hatte in 1302 Fällen ausschließlich der Gemeinschuldner die Konkursöffnung beantragt. Beendet wurden im zweiten Vierteljahre 1907 (im zweiten Vierteljahre 1906: 1906) Konkursverfahren, und zwar durch Schlussverteilung 1274, durch Zwangsvergleich 440, infolge allgemeiner Einwilligung 88 und wegen Masse mangels 155. In 787 beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigeranspruch bestellt.

Von den 2630 neuen und den 1907 Beendeten Konkursverfahren betrafen:	
natürliche Personen . . . . .	1986
Rachlässe . . . . .	487
Handelsgesellschaften . . . . .	114
Gesellschaften . . . . .	24
andere Gemeinschuldner . . . . .	69

**Tabakbau und Tabakernte im Erntejahr 1906.** Ueber den Tabakbau und die Ergebnisse der Tabakernte im deutschen Zollgebiet enthält das dritte Vierteljahrsheft zur „Statistik des Deutschen Reichs“, Jahrgang 1907, eine Uebersicht für das Erntejahr 1906, wonach insgesamt 97 156 Tabakpflanzler 145 417 Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 14 684 Hektar mit Tabak bepflanzt hatten (1905: 93 119 Pflanzler, 198 882 Grundstücke mit 14 111 Hektar Flächeninhalt). Von den Pflanzern hatten 34 418 je eine Gesamtfläche bis zu 1 Ar, 6047 über 1 bis 5 Ar, 14 039 über 5 bis 10 Ar, 20 458 über 10 bis 25 Ar, 14 810 über 25 Ar bis 1 Hektar und 1989 über 1 Hektar mit Tabak bebaut. Die Ernte ergab einen Ertrag von 820 845 Doppelzentner Tabak in dachreifem, trockenem Zustande, also auf 1 Hektar einen Durchschnittsertrag von 23 Doppelzentner (1905: 318 608 Doppelzentner bzw. 23 Doppelzentner). Der Gesamtwert der Tabakernte, einschließlich der Tabaksteuer, wurde auf 80 239 898 M. (1905: 27 528 971 M.) ermittelt; der mittlere Preis für 1 Doppelzentner Tabak betrug demnach 94,25 M. (1905: 88,99 M.).

Die Frage der Fortdauer der Hochkonjunktur beschäftigt die Dresdener Handelskammer in ihrem Bericht für 1906, in dem sie bemerkt:

„So bietet das Jahr 1906 das Bild eines ausgeprägten geschäftlichen Hochstandes. Die allgemeine Frage ist natürlich: wird er weiter anhalten? In den bei der Kammer eingegangenen Auskünften ist von einem bevorstehenden Rückgang noch kaum die Rede. Aber wenn man die Verhältnisse mit denen der Jahre 1899/1900 vergleicht, so fällt es schwer, an eine längere Dauer zu glauben. Die Kohlen- und Rohstoffpreise sowie der Geldstand haben eine solche Höhe erreicht, daß eine Einschränkung der Gütererzeugung unvermeidlich erscheint. Es mag sein, daß bei dem bevorstehenden Rückgang solche Zusammenbrüche wie der der Leipziger Bank usw. erspart werden und dadurch der Rückgang selbst abgeschwächt wird. Aber nicht unbeachtet darf bleiben, daß die Industrie im Dresdener Bezirke, weil sie überwiegend Fertigungsindustrie ist, doch immer verhältnismäßig stärker bedroht ist. Die kartellierten Kohlen- und Halbfabrikatindustrien können durch Betriebsbeschränkungen den Rückgang ihrer Preise verhüten oder sehr verlangsamen. In der zersplitterten Fertigungsindustrie, dagegen, die eben wegen ihrer Zersplitterung selbst bei stottem Geschäftsgang fast niemals ihre Preise entsprechend erhöhen kann, pflegt sich bei jedem Rückgange der Wirtschaftslage der Wettbewerb noch weiter zu verschärfen. Der Abnehmer glaubt sich berechtigt, bei dem Rückgange der Rohstoffpreise sofort eine Preisermäßigung auch der Fertigfabrikate verlangen zu können, ohne Rücksicht darauf, daß sein Lieferer die Rohstoffe vielleicht noch zu den höchsten Preisen hat einkaufen müssen. Und lehnt der eine Fabrikant aus diesem Grunde die Preisermäßigung ab, so findet sich immer ein anderer, der sie bewilligt, sei es, weil er nicht rechnen kann, sei es, weil er mit Rücksicht auf die Geschäftskosten oder die Arbeiter den Betrieb im bisherigen Umfange möglichst lange aufrecht erhalten will. Der Bericht mahnt deshalb: Die beteiligten Kreise werden gut tun, diese Verhältnisse rechtzeitig ins Auge zu fassen und sich zu ihrer Abwehr zu rüsten.“

**Aus der Frauenbewegung.**

**Die schwarzen Rattenfänger.**

Auf dem Paradedage der Zenträmter in Würzburg haben die ultramontanen Arbeiter — Freunde der staunenden Welt wiederum soziale Wortheldentaten zum besten gegeben. Mit der ihm eigenen Artigkeit lanzelle der bekannte Abg. Heim zunächst die katholischen Frauenvereine ab, weil sie eine soziale Pflicht vernachlässigt haben. Dadurch beugte er dem sonst doch vielleicht austauschenden legerischen Gedanken vor, warum die Zentrumsfraktion und -Partei bisher noch nichts in der Sache getan haben. Es handelte sich um die soziale Lage der Diensthöten. Aber nachdem der Zentrumsdiplomate die Frauen zum schuldigen Kardinell gemacht hatte, gab er seinem überquellenden Mißgefühl also Ausdruck:

Als ersten Punkt sollte darum der Frauenbund die Diensthötenfrage auf sein Programm schreiben, und die Frauen sollten einmal darüber nachdenken, ob die Klagen der Diensthöten nicht an ihnen selbst, den Frauen, liegen. Sie sollten einmal erforschen, ob überall die Diensthöten satt zu essen bekommen. (Sehr gut!) Ob mittags, wenn die große Tafel

abfertigt ist, die Diensthöten erst zu essen bekommen, wenn nichts mehr übrig ist als die Knochen oder wenn das Essen kalt geworden ist. (Sehr richtig!) Die Frauen sollten als erstes Gebot den Diensthöten gegenüber betonen: Gebt ihnen ihr tägliches Brot. Auch mögen die Frauen darauf achten, daß auch die Diensthöten ein Bedürfnis nach Schlaf haben. Ich will nicht vom achtstündigen Arbeitstag reden, aber vom achtstündigen Schlafstag. (Sehr gut!) Es sind oft abends Gesellschaften bis 11, 12 Uhr, die Diensthöten dürfen dann noch aufräumen und aufwischen, und morgens früh um 5 Uhr sollen sie wieder bei der Arbeit sein. (Sehr richtig!) Wenn es Eiszapfen friert, sieht man oftmals vor Theatern Diensthöten stehen, um die „Gnädige“ abzuholen. Die Frauen mögen sich erinnern, daß der Diensthöte genau so friert wie sie. (Sehr richtig!) Die Frauen sollten zunächst einmal ihre einfachen, nächstliegenden Dinge genauer unteruchen und besser machen. Ich habe einmal einen Vortrag von einer Dame angehört und habe gar nichts davon verstanden (Heiterkeit), ich habe den Beifall der Frauen bewundert und habe gedacht, sie stehen wirklich auf den höchsten Höhen wirtschaftlicher Auffassung. (Heiterkeit.) Darum ist es angebracht, auf diese ganz einfachen Dinge hinzuweisen: Arbeitszeit, Kost, menschliche Behandlung und vielleicht auch noch die Schlafstunde, daß auch die Frauen daran denken, daß die Diensthöten auch eine Schlafstunde haben wollen, wo ihre Gesundheit nicht Schaden nimmt. Ich bitte die Frauen, diesen Anregungen nachzugehen und freue mich über die Gelegenheit, diese Bitte an den Mann — an die Damen bringen zu können. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Frau Gordon (Würzburg) erklärte, daß die Führerinnen der katholischen Frauenbewegung vollkommen über die Sünden vieler Hausfrauen sich klar seien. Im Programm des Frauenbundes sei auch bereits dagegen Stellung genommen. Aber Kapuzinerpredigten von Frauen an die Frauen würden am wenigsten gehört. Hier müßten der Metus und die Presse ihre Wirksamkeit einlegen. (Bravo!) Dr. Pieper (W.-Glabbeck) hob hervor, daß auf der Versammlung des Frauenbundes in München im vorigen Jahre die Diensthötenfrage im Vordergrund der Erörterung gestanden habe.

Die traurigen Verhältnisse sind nicht von heute auf morgen gekommen. Die Sozialdemokratie hat schon wiederholt gefordert, die Ursache des Diensthötenelends, die Rechtlosigkeit der Diensthöten wegzuräumen. Die Zentrumsparlei hat in dieser Sache aber noch keinen Finger gerührt und will es auch jetzt nicht tun. Es ist ein demagogischer Trick, die Lösung der Frage den katholischen Frauenvereinen zu überweisen. Der andere hört aus allem dem nur das Rein der Partei, einsthaft für die Diensthöten etwas zu tun. Man würde sich überhaupt mit der Frage nicht beschäftigen haben, wenn nicht die Organisationsbestrebungen der Diensthöten in letzter Zeit von größerem Erfolg begleitet wären. Die Absicht, diese Erfolge der Organisation abzuschwächen, hat die Zenträmter ihre Diensthötenfreundlichkeit — zur Schau tragen lassen.

**Versammlungen — Veranstaltungen.**

Reinholdsdorf-Weß. Donnerstag, den 5. September, abends 8 Uhr, bei Muster, Vertlinerstraße, Generalversammlung. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I, Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III, Amt 3, 1937

**Sonntag, 8. September,**  
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,  
findet die

**Wahl von vier Revisoren**

- in folgenden Lokalen statt:
- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
  - Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
  - Obligos Festsäle, Schwedterstr. 23.
  - Sauers Restaurant, Schönhauser Allee 134 a.
  - Lifins Festsäle, Memelerstr. 67.
  - Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
  - Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
  - Fröhlichs Restaurant, Muskaustr. 1.
  - Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
  - Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
  - Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
  - Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.
  - Fritsch, Steglitz, Florastr. 2a.
  - Böhle, Spandau, Linden-Ufer 17.
  - Kaufhold, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstr. 18.
  - Tempel, Rummelsburg, Alt-Borhagen 56.
  - Pfützmann, Köpenick, Bahnhofstr. 1.
  - Roskopf, Weiskauer, König-Chaussee 38.
  - Hafes, Tegel, Brunowstr. 23.
  - Mokulys, Tempelhof, Berlinerstr. 9.
  - Welthorn, Königs-Wusterhausen.

**Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!**

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

148/3 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband. Tisch-Branche.**

Freitag, den 6. September 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Voelter, Weberstr. 17, großer Saal:

**Vertrauensmänner-Verammlung.**

08/15 Der Branchenleiter.

**Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer**

Ortsverein Rixdorf

Freitag, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr:

**Außerordentliche Vereins-Versammlung**

im Lokal von Soppe, Hermannstr. 49.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Massini**: „Der Tarif und Organisationsvertrag und seine Begleiterscheinungen.“
  2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Die in Rixdorf wohnenden und arbeitenden Kollegen werden um pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer**

(E. G. Nr. 2 Hamburg.) Centralverwaltung Berlin.

Freitag, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal 3):

**Mitglieder-Verammlung.**

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal.
  2. Verschiedene Anwesenheitsangelegenheiten.

259/10\* Der Vorstand.

**Knorr's** Hafermehl, Reismehl, Grünkernmehl, Tapioka-Julienne, Suppen-Würstchen, Hahn-Maccaroni.

Grösste Ergiebigkeit und höchster Wohlgeschmack als Folge sorgfältigster Fabrikation u. Verwendung bester Rohprodukte sind die unbestrittenen Vorzüge der Knorr'schen Fabrikate.

Koche mit „Knorr“.

**Lebensmittelmangel**

herrscht in allen Ländern der Welt. Warum greift der Handel nicht ein? Warum läßt er sich von den Börsenspekulanten, von den Handels- und Börsenzeitschriften an der Nase herumführen?

Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2, —. Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2,10, bzw. 60 Pfg. für das Inland, Mk. 2,20, bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich. Man verlange ebendasselbe Flugschreiben und Prospekt.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**

**Todes-Anzeige.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steinmetz **Max Blechschmidt** (14. Bezirk)

verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand. 205/13

**Zentral-Verband der Steinarbeiter.**

Berlin I.

Am 1. September starb unser langjähriges Mitglied

**Max Blechschmidt** im Alter von 33 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 181/1 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanstricher

**Richard Ferdinand** gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dantes-Kirchhofes, Tegeler Chaussee, Blankenstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 148/4 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.**

Zahle **Adlershof.**

Am Montag verstarb an dem Schlagfalle der Arbeit, befallig bei Träger u. Busse, Ober-Schöneweide, unser Kollege

**Julius Otto.**

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Adlershofer Friedhofes aus statt. 61/13 Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

**Spar- u. Kreditverein „Solidaria“**

Am 2. d. M. starb unser Mitglied

**Hermann Meister.**

Beerdigung am 6. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Rixdorfer, Hermannstraße, aus. 188/60

**Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**

Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Weiskauer.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied

**Emil Pochert** am 31. August verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Weiskauer Kirchhofes aus statt. 47/11

Um rege Beteiligung ersucht Der Zweigvereinsvorstand.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands**

Zweigverein Berlin.

Sektion d. Gips- u. Zementbranche Gruppe Kabinpufer u. Träger.

Freitag, den 6. September 1907, abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engel-Ufer 15:

**Mitglieder-Versammlung.**

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Gruppenvorstand.

**Zahn-Klinik. Preisfreie Zahn- u. Mundheilkunde.**

Olga Jacobson, Invalidenstraße 145.

**Sozialdemokratie und Schule**

234/17\* von Heinrich Schütz, Preis 30 Pf.

**Verbreiten n. Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen**

von Paul Girsh, Preis brosch. 2 M., geb. 2,50 M.

**In zehn Jahren**

von Hyton Zinckel, Verleger des „Zumpf“, Preis brosch. 3 M., geb. 4 M.

### Ein Schnellzug entgleist.

Ein Eisenbahnunglück hat sich in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch zwischen Rehfelde und Strausberg ereignet. Eine erste amtliche Meldung aus Rehfelde besagte, daß der Unfall auf freier Strecke geschehen sei und zwar sei die Lokomotive mit sämtlichen Wagen bis auf die beiden letzten entgleist. Leicht verletzt vier Reisende, der Feizer, der Zugführer und der Wagenwärter. Beide Gleise gesperrt und voraussichtlich binnen 30 Stunden wieder fahrbar. Untersuchung sei eingeleitet. Die Entgleisung sei infolge von Schwellenschrauben entstanden. An einer 15 Meter langen Schiene sind an dem einen Stoß die Laschen und sämtliche inneren Schwellenschrauben gelöst vorgefunden. Eine aus Berlin ins zugegangene andere amtliche Meldung lautet:

Der Schnellzug Nr. 6 ist auf der Strecke Rehfelde—Strausberg zwischen Kilometer 29,9 und 31,3 ganz entgleist und steht in Flammen. Beide Hauptgleise sind gesperrt. Ein Lokomotivbeamter und acht Reisende sind leicht verletzt. Die Verletzten und die übrigen Reisenden sind mit dem Hilfszug nach Strausberg befördert. Die Weiterbeförderung erfolgte mit dem nach Berlin zurückkehrenden Schnellzug No. 13. Die Dauer der Störung wird voraussichtlich mehr als zwölf Stunden betragen. Hilfszüge mit Arztwagen sind von Berlin Schleifischer Bahnhof und Lichtenberg angefordert und bereits an der Unfallstelle eingetroffen. Vorortzüge können bis Strausberg fahren.

Die Namen der bei der Entgleisung Verletzten sind: Viehhändler E. Heinsen, Berlin, Frankfurter Allee 47. Ingenieur Emil Hoffmann, Berlin, Schönhauser Allee 88. Landwirt und Leutnant der Reserve Walter Trentepohl, Panlow, Berlinerstr. 88. Buchbindermeister Hermann Wittich, Charlottenburg, Berlinerstr. 89. Man Wilhelm Staef, vierte Eskadron, 1. Garde-Mann-Regiment, Potsdam. Oberpostassistent Siller von Bahnpolizeiamt 18. Postassistent Steinhöfel vom Bahnpolizeiamt 18. Ein Reisender begab sich sofort beim Eintreffen des Schnellzuges Nr. 13 zur Unfallstation, so daß sein Name nicht festgelegt werden konnte. Ferner meldete sich auf dem Schleifischen Bahnhof eine Frau Anna Amin als verletzt; sie konnte aber nicht angeben, welcher Art ihre Verletzungen wären. Der Name des verletzten Lokomotivbeamten ist noch nicht bekannt. Die Verletzungen sind sämtlich leichter Natur, so daß sich die Verletzten in ihre Wohnungen begeben konnten.

Der Unfall betraf, wie wir weiter erfahren, den Freitag, der um 2 Uhr 37 Minuten von Königsberg abfuhr und um 11 Uhr 50 Minuten auf dem Schleifischen Bahnhof hier eintreffen sollte. Die Entgleisung fand um 11 1/2 Uhr statt. Ferner wird uns berichtet:

Der Materialschaden ist groß. Der Zug ist zum Teil verbrannt. Er bestand aus der Maschine, dem Packwagen, dem Postwagen und neun Personenwagen. In der Mitte befand sich der Speisewagen. Unter diesem lag ein Gasleffel. Der wurde zertrümmert, das Gas fing Feuer und die Flammen legten bald den Speisewagen und je einen Wagen zweiter und dritter Klasse in Brand. Der Speisewagen brannte mit der ganzen Einrichtung vollständig aus, die beiden anderen zum Teil. Zertrümmert wurden weiter noch drei Wagen, nur drei blieben ganz. Beide Gleise sind gesperrt. Die fälligen Fernzüge trafen zum Teil mit Umleitungen mit großer Verspätung ein. Eisenbahnpräsident Lehndt erschien mit einem Stab von Beamten bereits um 4 Uhr morgens mit einem Hilfszug auf der Unfallstätte, um die Ermittlungen nach der Ursache der Entgleisung zu leiten. Diese wurde, wie der Befund zeigte, in der Tat durch fremde Hände herbeigeführt. An der Unfallstelle waren Laschen, die die Schienen verbinden, abgeschraubt. Die vier Mutteraschen waren wieder durchgeschraubt und dann die Laschen neben die Schienen gelegt. Diese hatten nun keinen Halt und der Zug, der mit 85 Kilometer Geschwindigkeit fuhr, mußte entgleisen. Im ganzen sind nach neueren Ermittlungen 20 Personen verletzt, aber nicht schwer. Ärztliche Hilfe kam alsbald aus Strausberg. Der erste am Platz war Dr. Kasse, der mit großer Umsicht die Hilfsarbeiten angriff. Die Feuerwehren von Strausberg und Rehfelde hatten mit dem Ablöschern der brennenden Wagen geraume Zeit zu tun.

Der Feuerschein des brennenden Zuges war in der Umgegend weithin sichtbar. Die Feuerwehren von Strausberg und Rehfelde rückten auf das Alarmzeichen sofort aus, griffen den Brand an und holten bei der Bergung der Reisenden. Besondere Schwierigkeiten machte die Befreiung zweier Postbeamten, die in ihrem Wagen eingeklemmt saßen. Der Feuerwehre folgten mit einem Hilfszuge von Strausberg die Ärzte, die eigenes und Verbandsmaterial der Station mitnahmen. Die Verunglückten kamen alle mit äußeren Kopfverletzungen, Rippenverletzungen, Hautabschürfungen und dergleichen davon, niemand erlitt einen Knochenbruch. Sie wurden teils an Ort und Stelle, teils in Strausberg, wohin sie mit Hilfszügen gelangten, verbunden. Um 12 Uhr gingen Depeschen nach Berlin ab, das dann ebenfalls Hilfe sandte. Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen. Wie lange sie dauern werden, ist noch nicht abzusehen. Einige Schwellen sind auch mit angebrannt.

Nach einem Telegramm des von dem Minister der öffentlichen Arbeiten nach Strausberg entsandten Kommissars ist die Entgleisung des Schnellzuges 6 ungewisselhaft durch die Verlegung einer Schiene in dem ganz neuen, erst vor sechs Wochen in guter Steinlagebettung ausgeführten Oberbau herbeigeführt worden. Anhaltspunkte für die Täterschaft sind bisher nicht ermittelt worden. Der Staatsanwalt ist zur Untersuchung am Tatort anwesend. Das Feuer im Zuge ist im Speisewagen entstanden und hat sich von hier auf den vor und hinter dem Speisewagen laufenden Wagen übertragen. Der Speisewagen ist vollständig verbrannt, die beiden anderen je zur Hälfte.

Aus Bromberg liegt folgende amtliche Meldung vor: Da die Strecke zwischen Strausberg und Rehfelde infolge der Entgleisung des Schnellzuges 6 auf etwa 24 Stunden gesperrt ist, werden die D-Züge über Frankfurt a. O.—Köstritz umgeleitet. Der übrige Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstrecke aufrecht erhalten.

Laut öffentlicher Bekanntmachung erhält Zweitausend Mark Belohnung derjenige, der die Täter des Bahnunfalls, der die Entgleisung herbeigeführt hat, so anzeigt, daß ihre Verurteilung erfolgen kann.

Die Oberpostassistenten Siller und Hiesfeld, die sich in dem zertrümmerten Postwagen befanden, erzählten einem Mitarbeiter der „V. Z. am Mittag“ über ihre Erlebnisse:

Wir hatten Dienst in dem Postwagen und befanden uns im Augenblick der Katastrophe in dem Raum zwischen Brief- und Paketabteilung. Der Wagen legte sich plötzlich auf die Seite und rutschte dann am Bahndamm noch etwas hinab, so daß er fast umgestürzt

stand. Ueber uns hing der Ofen, — ein Glück, daß kein Feuer darin war, der Postwagen wäre sonst unbedingt in Brand geraten.

Die Beleuchtung verlagte, und nachdem wir uns von dem ersten großen Schreden erholt hatten, versuchten wir durch das Fenster aus dem Wagen zu kriechen, was nur mit vieler Mühe gelang, denn infolge von Kopfwunden, die ich und der Kollege Steinhöfel erlitten haben, lief uns das Blut über das Gesicht. Als der erste von uns das Fenster erreicht hatte, schlugen gerade die Flammen vom brennenden Speisewagen hoch empor. Im Moment glaubten wir, daß auch unser Wagen brannte; wir betwerkstelligten nun unsere Flucht nach Möglichkeit. Nachdem wir uns überzeugt hatten, daß unserem Postwagen für erste keine Feuergefahr drohte, versuchten wir wieder hineinzukommen, und konnten auch die Geld-, Wert- und Einschreibebriefe retten.

Mittlerweile waren aus Köstritz und aus Berlin die Postdirektoren mit Hilfskräften angelangt, die sich nun an das Bergen der Briefpost und der Pakete machten. Von den Briefen dürften nicht viel verloren sein; nur ist es möglich, daß unter den Resten des Postwagens, der etwa zur Hälfte demoliert ist, sich noch Briefe vorfinden.

Ehe auch nur der geringste Anhalt über die Person des Täters oder der Täter vorliegt, gibt die „V. Z. am Mittag“ einem Gerücht Raum, nach welchem — Anarchisten als Täter in Betracht kommen können. Die reinste Polizeiphantasie!

### Berliner Nachrichten.

#### Die Schulnot auf dem Wedding.

Ein Mietschulhaus, das längst ausgedient haben sollte, aber immer noch wieder zur Unterbringung von Gemeindeschulen herhalten muß, soll endlich durch ein eigenes von der Stadt zu erbauendes Schulgebäude ersetzt werden. Wir meinen das Wohnhaus Pankstraße 3c, eine eckberlinische Mietskaserne, deren Seitenflügel bereits vom Jahre 1894 an bis auf den heutigen Tag von der Schulverwaltung der Stadt als Schulhaus für Gemeindeschulen benutzt wird. Das große neue Gemeindeschulhaus, das (wie schon von uns berichtet wurde) an der Antonstraße geplant wird und Raum für drei Schulen bieten soll, würde noch seiner Fertigstellung auch die jetzt im Hause Pankstraße 3c untergebrachte 75. Gemeindeschule aufnehmen. Die Mietsräume könnten dann von der Schulverwaltung endgültig abgegeben werden. Sie könnten es, aber es ist allerdings doch noch recht fraglich, ob das tatsächlich geschehen wird. Schon manches Mietschulhaus wurde durch ein eigenes Gebäude ersetzt und mußte trotzdem weiter benutzt werden, weil inzwischen sich in dem Stadtteil das Bedürfnis herausgestellt hatte, noch wieder eine neue Schule zu eröffnen. Unsere Schulverwaltung geht ja gewöhnlich viel zu spät daran, das Bedürfnis nach neuen Gemeindeschulhäusern zu befriedigen, so daß so ein Schulhaus meist erst dann fertig wird, wenn in derselben Gegend schon wieder noch ein zweites gebraucht wird. Die 75. Schule ist bereits die dritte, die in der Mietskaserne Pankstraße 3c zu hausen gezwungen ist. 1894 wurde dort die 202. Schule eröffnet. 1898 siedelte sie nach der Radenstraße in ein eigenes Schulhaus über, gleichzeitig wurden aber die leergerordenen Mietsräume in der Pankstraße sofort mit der neuen 225. Schule besetzt. 1906 zog diese nach der Vöttgerstraße in ein eigenes Schulhaus, und wieder wurden die Räume in der Pankstraße weiterbenutzt, diesmal von der 75. Schule, die aus der Tempelhofer Vorstadt hierher verlegt wurde. Man kann noch gar nicht wissen, ob nicht, wenn einmal nach Jahren auch die 75. Schule ausziehen darf, noch eine andere Schule in die Mietskaserne hineingesteckt wird. Das dreifache Gemeindeschulhaus, in das später die 75. Schule übersiedeln soll, wird auch die 244. Schule aufnehmen, die jetzt in den Paraden am Leopoldplatz haust, sowie die 245. Schule, die in dem alten Weddingshulhaus an der Schulstraße untergebracht ist. Dem Weddingshulhaus, das 1821 erbaut wurde und trotz seiner ostelbischen Dürftigkeit immer noch weiter benutzt wird, haben wir kürzlich an dieser Stelle bereits eine Betrachtung gewidmet. Das alte Weddingshulhaus, die modernen Schulparaden und die als Schulhaus benutzte Mietskaserne — da haben wir so gleich drei Proben der Berliner Schulhausnot auf einem Fleck.

#### Die Beratung der Wertzuwachssteuerborlage

in der Stadtverordnetenversammlung wird am heutigen Donnerstag nicht stattfinden, sondern noch eine weitere Verschiebung erfahren. Die Verhandlungen haben sich schon in dem hierzu eingesetzten Ausschuss — dem zweiten — in erhebliche Länge gezogen, die Berichterstattung des Ausschusses ist nicht einmal vor den Ferien erfolgt, obwohl die Beratungen des Ausschusses beendet waren. Das Protokoll soll nicht fertigstellen gewesen sein. Jetzt nach den Ferien liegen verschiedene Umstände vor, die eine Beratung erst am 26. September angezeigt erscheinen lassen, weil in den vorhergehenden Sitzungen es nicht allen Mitgliedern möglich ist, anwesend zu sein.

#### Von einer Plage befreit.

Seit Jahren wurde der Ofen der Stadt von einer Plage heimgesucht, die den gesamten Anwohnern zu lauten Klagen Anlaß gab. Die Peptonfütterwerke aus dem hiesigen Schlachthofe, die die Blutverwertung betreiben, verpesteten durch einen mörderischen Gestank die ganze Gegend. Um der Einatmung dieses Gestankes zu entgehen, mußten die Anwohner sämtliche Fenster geschlossen halten. In den Sommermonaten war es oft nicht zu ertragen und in vielen Familien waren Krankheitsfälle die Folge dieses „zum Himmel stinkenden“ Zustandes. In unserem Blatte haben wir zahlreiche Klagen aus jener Gegend veröffentlicht, auch das Kuratorium des Schlachthofes und Viehhofes hat sich mit zahlreichen Beschwerden über die Verpeftung des Viehhofsviertels zu befassen gehabt. Verfügungen sind ergangen, in denen die Peptonfütterwerke angehalten wurden, für eine Beseitigung des Gestankes Sorge zu tragen. Der Zustand blieb wie bisher. Jetzt hat sich der Polizeipräsident zur Anwendung eines Radikalmittels entschlossen. Durch Polizeiverfügung sind gestern die Deutschen Peptonfütterwerke auf dem hiesigen Schlachthof geschlossen worden und zwei Schupente halten, wie die „Allg. Meischer-Bzg.“ meldet, vor der Fabrik Waße, damit neue Blutmengen nicht eingebracht werden.

Die Bewohner des Ofens werden endlich aufatmen.

#### Von den Leistungen der Schulpolizei.

Die „städtische Polizeiverwaltung“ Berlins — es gibt eine solche neben der „königlichen Polizeiverwaltung“ unserer Haupt- und Re-

sidenzstadt — hat jetzt über das Verwaltungsjahr 1906/07 ihren Jahresbericht erstattet. Zu den lächerlich wenigen Befugnissen, die ihr von ihrer anspruchsvolleren „königlichen“ Schwester überlassen worden sind, gehört die Ausübung der Schulpolizei, d. h. die Verfolgung der unentschuldigsten Schulversummisse, die ihr aus den Gemeindeschulen gemeldet werden. Wir haben vor einiger Zeit gezeigt, daß in den letzten Jahren die Schulversummissestrafen sich in Berlin ganz außerordentlich gemehrt haben, so daß schließlich das Jahr 1905/06 fast doppelt soviel Strafverfügungen brachte wie das Jahr 1902/03. Man wird eine so bedeutende Zunahme hauptsächlich daraus erklären müssen, daß die Strenge, mit der die Schulversummisse verfolgt werden, in den letzten Jahren aus irgend welchen Gründen erheblich gesteigert worden ist. Aus dem neuesten Jahresbericht der städtischen Polizeiverwaltung erfahren wir nun, daß das Jahr 1906/07 wieder mal etwas weniger Versummissestrafen gebracht hat.

In 1905/06 waren 10 242 Strafen festgesetzt worden, in 1906/07 wurden 9007 festgesetzt. Währendlich muß ein großer Teil der Strafverfügungen noch unerteligt in das nächste Jahr mit hinübergenommen werden. zählt man diese mit, so waren im letzten Jahr 12639 Sachen zu bearbeiten. Erledigt wurden aber nur 10 133 Sachen, davon 7874 durch Zahlung der Geldstrafe, 505 durch Verbüßung der im Unvermögensfall eintretenden Haft, ferner 647 durch Zurücknahme der Strafe vor erlangter Rechtskraft, 540 durch Einstellung des Verfahrens bezüglich schon rechtskräftig gewordenen Strafen. In den übrigen 567 Fällen war gerichtliche Entscheidung angerufen worden, die 303 mal zur Verurteilung und 264 mal zur Freisprechung führte. Der Jahresbericht schildert den Gang des Verfahrens, das jetzt bei Ausübung der Schulpolizei befolgt wird. Wenn ein Kind einmal oder mehrere Male die Schule versummt hat, verucht zunächst der Rektor mit den Eltern Rücksprache zu nehmen und sie auf die Wohlthat des regelmäßigen Schulbesuches aufmerksam zu machen. Falls diese Ermahnung ohne Erfolg bleibt, wird die erste Versummisanzeige erstattet. Diese geht der Schulkommission zu, welche die Versummisanzeige feststellt und auch ihrerseits eine Ermahnung und Verwarnung der Eltern einleiten läßt. Werden Eltern bei der ersten Anzeige nicht angetroffen, so erfolgt schriftliche Ermahnung und Verwarnung mittels Zustellungsurkunde durch die Behörde. Kommt trotzdem eine neue Versummisse vor, welche von der Schulkommission wieder für unentschuldigdet erachtet wird, so wird die Anzeige an die Schuldeputation gefandt, die sie der Schulpolizei vorlegt. Diese setzt dann die Strafe fest. Der Bericht hebt hervor: „Was die Tätigkeit der Schulkommissionen betrifft, so muß dankbar anerkannt werden, daß sie durchweg mit Fleiß, Ernst und Sachlichkeit ihres nicht leichten und oft un dankbaren Amtes walten. Häufig haben sie mit Unverständnis, ja selbst mit Böswilligkeit leichtfertiger und pflichtvergessener Eltern zu kämpfen.“

Gegenüber diesen Ausführungen müssen wir an ein standesgemäßes Vorkommen erinnern, das von uns vor nun ziemlich drei Monaten aus den Leistungen der danebengreifenden Schulpolizei mitgeteilt worden ist, ohne daß bisher vom Rathaus aus ein Versuch gemacht worden wäre, die Schulpolizei zu rechtfertigen. Wir haben damals berichtet, daß gegen einen Mann, der wir einen bereits 23jährigen Sohn hatte, von der städtischen Polizeiverwaltung eine Strafe festgesetzt worden war, weil sein Sohn — die Schule versummt habe. Wie dieser Irrtum bei Befolgung des oben geschilderten Verfahrens möglich war, das ist uns unverständlich. Jene Affäre hat infolge einer noch nicht aufgeklärten Verkettung der Umstände damit geendet, daß der Mann schließlich von der „königlichen“ Polizei (die bei der Vollstreckung der Strafe mit in Aktion zu treten hatte) abgeholt und trotz Protest ein-gestekt wurde. Er mußte dann tatsächlich die ihm zubilligten zwei Tage absitzen und verlor hierdurch auch noch seine Stellung als Bauwächter. Uns wurde die ganze Sache erst bekannt, als sie bereits erledigt war und sich nichts mehr verhängen ließ. Wir haben alles das in Nr. 133 des „Vorwärts“ ausführlich erzählt, aber weder die „städtische Polizei“ noch die „Königliche“ hat sich bisher dazu äußert. Vor Veröffentlichung des Artikels hatten wir uns sogar mit der städtischen Polizeiverwaltung in Verbindung gesetzt und ihr ihre eigene, tadellos ausgefertigte, aber an eine falsche Adresse gerichtete Strafverfügung im Original vorgelegt. Herr Statthalter Seiberg, der für die Strafverfügungen der Schulpolizei die Verantwortung trägt, sowie auch Herr Stadtsyndikus Hirsfeld, der Vorsitzende der Schuldeputation, wurden in persönlicher Unterredung von allem unterrichtet, konnten aber keine Aufklärung geben. Wir begreifen es, daß unser Artikel unbeantwortet geblieben ist: es ist das Schulbewußtsein, das aus diesem Schweigen spricht. Weniger begreiflich ist aber, daß die Schulpolizei bisher auch gegenüber dem Mann, der durch ihre Schuld so schwer geschädigt worden ist, sich völlig ausgeglichen hat.

Im Berliner Kistverein für Obdachlose nützigten im Monat August im Männerzähl 21 475 Personen, wovon 10 208 badeten, im Frauenzähl 2802 Personen, wovon 1257 badeten.

Der Stadtbahnverkehr nach Klassen. Die Verkehrsstatistik der Eisenbahndirektion Berlin, die soeben fertiggestellt worden ist, bringt zum ersten Male lehrreiche Zusammenstellungen über den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr nach den beiden Klassen und den verschiedenen Orten von Zeitarten. Bisher wurde nur die Zahl der verkauften Fahrkarten auf den einzelnen Stationen mitgeteilt. In dem am 1. März 1907 endigenden Rechnungsjahr wurden im inneren Stadt- und Ringverkehr mit Eichkamp und Grunewald auf den Stadtbahnstationen insgesamt etwas über 67 Millionen Fahrkarten ausgegeben, auf den Ringbahnstationen dagegen etwas über 74 Millionen. Im Vorortverkehr wurden befördert: auf den Stadtbahnstationen 10 1/2 Millionen, auf den Ringbahnstationen 13 1/2, auf der Strecke Nummernburg-Ort—Strausberg und Rüdersdorf 6 1/2, Nieß-Nummelsburg—Fürstenwalde fast 9, Körlitzer Bahnhof—Königs-Busterhausen und Spindlerfeld 13 1/2, Parkstraße—Groß-Lichterfelde-Ost und Mariendorf—Jossen 7 1/2, Potsdamer Fernbahnhof—Werder und Wannseebahn 33, Ledtzer Bahnhof—Rauen 6 1/2, Panlow Nordbahn—Oranienburg 5 1/2, Steintiner Bahnhof—Rennau 4 1/2, Reinickendorf—Tegel 1/2 Millionen Personen. Leider ist der Verkehr sonst nach Klassen und Zeitarten nicht zusammengefaßt. Im Stadt- und Ringverkehr mit Eichkamp und Grunewald lösten einfache Fahrkarten 3. Klasse 26 1/2 Millionen Personen, 2. Klasse etwas über 6 Millionen. Multipliziert man die Zahl der Arbeiterwochenkarten mit 12, so erhält man einen Verkehr von fast 8 Millionen, in entsprechender Weise bei den Monatskarten 17 1/2 Millionen Fahrten 3. Klasse und über 8 Millionen 2. Klasse. Mit Zeitkarten sind also auf der Stadtbahn nur ungefähr zweimal so viel 3. als 2. Klasse gefahren. Dazu kommt noch ein Verkehr von etwas über 1 Million auf Zeitkarten für Beamte und Schüler. Auf den Ringbahnstationen kommen auf 23 1/2 Millionen einfache Fahrkarten 3. Klasse nur 2 1/2 Millionen 2. Klasse. Mit Monatskarten fuhren 12 1/2 Millionen 3. Klasse und 4 1/2 Millionen 2. Klasse. Gegen das Vorjahr ist der Stadt- und Ringverkehr um etwas über 4 Millionen, der Verkehr der Ringbahnstationen um 9 Millionen gestiegen. Gegen 1904 beträgt der Zuwachs 9 und 9 1/2 Millionen Personen. Auf den einzelnen

Stationen wurden verkauft: Friedrichstraße 9 Millionen, Alexanderplatz 6½, Schlesiener Bahnhof 6, Zoologischer Garten 4½ Millionen.

**Vor dem einfahrenden Zug gestürzt.** Ein ungewöhnlich aufregender Unglücksfall hat sich gestern auf dem Charlottenburger Bahnhof zugetragen. Ein Herr, der auf dem Bahnsteig Obst gekauft hatte, verlor beim Wecheln ein Zehnpfennigstück. Das Geldstück rollte nach den Gleisen zu. Als es der Verkäufer noch schnell erfassen wollte, stürzte er, das Gleichgewicht verlierend, vom Bahnsteig hinab und blieb bestimmungslos auf den Schienen liegen. In diesem Augenblick kam ein Nordringzug herangefahren. Da es nicht mehr möglich war, den Verunglückten nach dem Bahnsteig hinauszuschaffen, so eilten mehrere Personen dem einfahrenden Zuge entgegen und riefen dem Lokomotivführer zu, er solle halten. Der letztere bremste sofort, doch war es nicht mehr zu verhindern, daß der Verunglückte einen heftigen Stoß durch die Wagfläche erhielt. Zweifellos wäre er zermalmt worden, wenn der Zuführer nicht aufmerksam gemacht worden wäre. Die ersten Notverbände erhielten der Verletzte auf der Unfallstation.

**Wagenmarbler** waren gestern wieder einmal tüchtig bei der Arbeit. Vor dem Grundstück Mauerstr. 89 stahlen sie einen Geschäftswagen der Firma Karl Schulte, Zimmerstr. 90. Das Gefährt war mit zwei Reiseförden, einer Kiste und Wäschebällen beladen. Es hatte einen Wert von 1500 M. — Ein mit Fleischwaren beladener Schlächterwagen wurde vor dem Hause Holsteiner Ufer 23 entführt. Der Dieb hatte den Augenblick abgewartet, in dem der Kutscher Fleisch bei einem Kunden absetzte. Das gefohlene Fuhrwerk war mit einem braunen Gestalt bespannt. — Schließlich wurde der Firma Wald, Laubenstr. 40, ein mit Kleiderstoffen beladenes Dreirad im Werte von 600 M. von der Straße gestohlen.

**Friedhofshändler** treiben in letzter Zeit ihr ruchloses Handwerk auf den Begräbnisplätzen an der Hermannstraße. Gewissenlose Diebe scheuen sich nicht, die Stätte der Toten zu entweihen. Auf verschiedenen Friedhöfen sind u. a. die Leichenhallen beschädigt worden. Diebe rissen von den Hallen und auch von Grabstätten Metalle los und schleppten sie davon. Mit welcher Unberücksichtigung die Burschen zu Werke gehen, zeigt ein Fall auf dem Friedhof am Mariendorfer Weg. In der gestrigen Nacht fuhr eine Diebesbande mit einem einspannigen Wagen vor und transportierte auf ihm die mehrere Zentner schwere Beute fort.

**Eingebrochen** wurde in der Dreikranenstraße der Hutmacher in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Mendelssohnstr. 12. Die Dienanten der Kasse fanden am Mittwoch früh die Tür zu den Partieräumen geöffnet und stellten sogleich fest, daß Diebe an den beiden Geldschranken der Kasse ihre Kunst verübt hatten. Der eine Schrank, in dem sich eine größere Summe befand, widerstand allen Angriffen, trotzdem die Diebe vorn und an der hinteren Wand Bohrversuche unternommen hatten. Der andere Schrank, der schwächer und älter war, wurde aufgebrochen und zwei Obligationen daraus entwendet, die aber wertlos für die Diebe sein werden, da die zugehörigen Einscheine sich im Besitz der Kasse befinden. Es handelt sich um eine Deutsche Reichsanleihe von 1891 und 1892 über 200 M. zu 3 Proz., Nummer 252 215, und eine Berliner Stadtanleihe von 1892 über 100 M. zu 4½ Proz., Nummer 77 994. Die Diebe hatten noch die Kasse durchwühlt und aus dem einen 88 M. bares Geld gestohlen. Eine Spezialität der Herren Einbrecher scheint sich auf derartige Kassendiebstähle auszubilden, denn seit einiger Zeit hört man öfter von Einbrüchen in Vereinsbüros, die aber gewöhnlich nur geringen Beuteertrag liefern. Hoffentlich gelingt es der Polizei auch einmal, die Diebe festzunehmen.

#### Eine Benzinexplosion.

Bei welcher zwei Personen verletzt wurden, fand am gestrigen Mittwochnachmittag gegen 4½ Uhr in dem Hause Tempelhofer Ufer 1a statt. Dort befindet sich im Souterrain die Schuhreparaturfabrik von Wehling; der Inhaber war um die genannte Zeit mit der Herstellung seines Fabrikates beschäftigt und hatte neben sich auf dem Tische eine mit feinem Viter Benzin gefüllte Flasche stehen. Er muß dabei mit dem Gefäß der Gasflamme zu nahe gekommen sein, denn plötzlich explodierte das Benzin und die dadurch hervorgerufenen Stichflammen schlugen der dem Fabrikanten gegenüberliegenden 20jährigen Anna Junke in das Gesicht. Die Bedauernswerte glücklicherweise im nächsten Augenblick einer Feuerfäule; sie stürzte hilflos auf die Straße hinaus, wo sie zusammenbrach. Das Personal der über dem Keller gelegenen Unfallstation I eilte sofort zur Hilfe und es gelang, die Flammen zu ersticken. Die Frau hatte schwere Verletzungen im Gesicht und am ganzen Körper davongetragen und mußte nach Anlegung von Notverbänden in der Unfallstation nach dem Krankenhaus am Urban geschafft werden. Auch Herr Wehling hatte bei der Explosion mehrere Brandwunden erlitten, die jedoch glücklicherweise nur geringfügiger Natur waren. Das in dem Fabrikraum ausgebrochene Feuer löschte die hinzugerufene Wehr in kurzer Zeit.

**Ein eigenartiger Unfall** mit recht bedenklichen Folgen passierte Dienstagmorgen im Keller des Hauses Mohrenstraße 55. Dort waren zwei Männer und ein Hilfsarbeiter der A. G. auf einem Feld mit Arbeiten beschäftigt. Der Rebenbau, der von der Firma Feld u. Franke ausgeführt wird, ist im Kellergehoß außerordentlich hoch und wurden die Wände durch Koksfeuer getrocknet. Die entzündeten Kohlenstücke fanden einen Weg in die Räume, in denen die drei Arbeiter sich befanden, und betäubten diese. Erst nach einer halben Stunde war ärztliche Hilfe aus der nahe gelegenen Unfallstation zur Stelle, die den Verunglückten die ersten Hilfsdienste bieten konnte.

**Straßenunfälle.** Von einem Automobil überfahren und schwer verletzt wurde gestern gegen 5 Uhr nachmittags in der Spandauerstraße der 14jährige Schüler Fritz Lammer aus der Spandauerstr. 31. Der Straßenzug erlitt schwere innere Verletzungen und wurde von dem Chauffeur des in Frage kommenden Automobils nach dem Krankenhaus Westend gebracht. — Ein zweiter Unfall trat vor dem Hause Kanonenstr. 6 zu. Hier wollte der 64 Jahre alte Konzelekt Mag Braune aus Charlottenburg den Fahrdamm überqueren, als in schnellem Tempo das Automobil IA 4117 heran kam. Der alte Herr, der nicht schnell genug ausweichen konnte, wurde umgestoßen und erlitt eine Durchschuß des rechten Armes sowie Verletzungen am linken Auge und linken Arm. Der Chauffeur hat sich seiner Feststellung durch die Flucht entzogen. Lieberfahren und schwer verletzt wurde an der Ecke der Neuen Grün- und Seidelstraße ein unbekannter Mann von der elektrischen Straßenbahn.

**Rassenflucht aus dem Arbeitshaus.** Aus dem städtischen Arbeitshaus in Rummelsburg sind wieder einmal fünf Insassen entflohen.

**Sänglingspflege.** Am 1. Oktober beginnen in den städtischen Sänglingsfürsorgestellen Nr. IV (Dr. Wallin), Raunpstr. 68, Nr. V (Dr. Eugendreich) Bankstr. 7 und Nr. VI (Dr. Schmolzer) Großbeerenstr. 10 wieder neue unentgeltliche Kurse über moderne Sänglingspflege für Frauen und Mädchen. Dauer des Kurses drei Wochen bei zwei Stunden wöchentlich. Beginn am 1. Oktober, nachmittags 8 Uhr, in den Fürsorgestellen. Vorherige mündliche oder schriftliche Anmeldung von 1—4 in den Instituten erbeten.

#### Die Berliner freie Jugendorganisation

begeht am Sonnabend, den 29. September, in Kellers Restauration, Kopenstr. 29, das dritte Stiftungsfest. Das künstlerische Programm verspricht einen genussreichen Abend. Das Künstlerkonzert wird ausgeführt vom Neuen Tonkünstler-Orchester, Dirigent Franz Hollfelder. Die Festeide hält

**Heinrich Schulz.** Die Gesangsbeiträge hält der Nämmerchor Georgina 1879 (M. d. A. S. W.), Chorleiter Paul Weinrich. Der Schriftsteller Dr. Hanns Heinz Ewers bringt Rezitationen zum Vortrag. Ein Ball beschließt das Fest. Die zahlreichen Freunde der Jugendorganisation sind freundlichst eingeladen.

Nach einer Mitteilung der Nord-Ost-Eisenbahngesellschaft zu New Orleans in Amerika ist durch einen Eisenbahnzug dieser Gesellschaft am 27. Dezember 1906 in der Nähe von Richardson-Mississippi ein Mann überfahren worden. Aus den bei ihm gefundenen Papieren geht nur hervor, daß er Paul Werner heißt und daß eins dieser Papiere einen Stempel des hiesigen Polizeipräsidiums vom 21. 8. 06 trägt. Ferner trägt ein Brief die Adresse „Hoboken, N. J. River Street 228“. Angaben, welche zur Rekonstruktion des Verunglückten bezw. Ermittlung etwaiger Angehöriger dienen könnten, werden zu 880 IV/36 07 auf Zimmer 244/245 des Polizeipräsidiums entgegengenommen, wo auch die näheren Umstände des Unglücksfalles zu erfahren sind.

**Einem Kaufmann** veranstaltet am Sonntag, den 15. September, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus die Breitbildva Margarete Waltoite. Als Gast wird der zwölfjährige Violinvirtuose Kun Arpad auf seiner Meistervioline zunächst beachtet, dann das 8. Konzert von Spohr, sodann die „Moyses-Fantasie“ (auf der G-Saite), zuletzt eine eigene Komposition, eine Romantische, zu Gehör bringen. Die Solokonzertantinnen Fel. Elsa Ziele vom Hoftheater Braunschweig hat eine hübsche Auswahl von Liedern getroffen. Margarete Waltoite hat aus dem Repertoire der Duetten Guilbert einige Chansons aufgenommen, welche sie in deutscher Uebersetzung vortragen wird und Herr Otto Wiemer wird als Regitator und Dialektumorist das Programm beschließen. Willkür sind zum Preise von 60 Pf. bei Herrn Gorch, Engelfufer 18, und bei den meisten Gewerkschaftsvorständen zu haben.

**Feuerwehrbericht.** Wegen eines Kellerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Prinzen-Allee 74 gerufen. Kisten, Packmaterial usw. brannten dort. Ferner hatte die Wehr noch in der Holzmarktstr. 11, Bredowstr. 12, Fruchtstr. 2 und anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

#### Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg.

machen die sogenannten Liberalen die verzweifeltsten Anstrengungen. Es kommt ihnen weniger auf die Sache an, als vielmehr darauf, daß sie die absolute Mehrheit im Stadtparlament erlangen, an der ihnen heute nur noch wenige Stimmen fehlen. Um dies Ziel zu erreichen, langieren sie in die ihnen zur Verfügung stehende Presse allerhand Notizen und Artikel, die die Charlottenburger Kommunalverhältnisse geradezu auf den Kopf stellen und von Selbstverherrlichung übertrieben.

Der Kampf der Liberalen richtet sich nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Unpolitischen, mit denen sie noch vor zwei Jahren überall gemeinsame Kandidaten gegen die Sozialdemokratie aufgestellt hatten. Wir haben wahrhaftig keine Veranlassung, uns der Unpolitischen irgendwie anzunehmen, wir führen gegen sie den Kampf genau so wie gegen die Liberalen, aber es heißt doch die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn die Liberalen die Unpolitischen als Reaktionäre, sich selbst aber als Vertreter des „wahrhaft liberalen Geistes“ hinstellen. Es gibt keine einzige Frage von irgendwelcher Bedeutung, in der nicht die Fraktion der Unpolitischen im Charlottenburger Stadtparlament mit der liberalen Fraktion zusammen gestimmt hat; die Liberalen haben sich als genau so reaktionär erwiesen wie die Unpolitischen, sie haben stets Arm in Arm die sozialdemokratischen Anregungen und Anträge bekämpft. Nur 3 bis 4 Mitglieder der liberalen Fraktion haben bei verschiedenen Gelegenheiten gemeinsam mit den Sozialdemokraten dem liberalen Gedanken Ausdruck zu verleihen gesucht. In der Fraktion der Unpolitischen sitzen Männer, die politisch den freisinnigen Parteien angehören, während umgekehrt die liberale Fraktion auch Nationalliberale, ja sogar solche Männer zu Mitgliedern zählt, die sich von den konservativen Höchstens dadurch unterscheiden, daß sie ihre konservative Bestimmung nicht offen zugeben. Ob reaktionärer Betätigung stehen die Liberalen den Unpolitischen nicht nach. Wenn sie sie trotzdem beschämen, so einzeln und allein aus persönlichen Gründen; sie wollen den bisherigen Stadtverordnetenvorsteher stürzen und an seine Stelle ihren eigenen Führer setzen.

Den Sozialdemokraten machen die Liberalen einen Vorwurf ganz besonders daraus, daß sie nicht für den liberalen Vorkandidaten gestimmt haben. Woher die Herren das wissen, entzieht sich unserer Kenntnis, da die Wahl eine geheime ist; aber zugegeben es ist so, so werden die sozialdemokratischen Stadtverordneten dafür wohl ihre guten Gründe gehabt haben. Uebrigens müssen es unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung entschieden ablehnen, den Herren Liberalen für ihr Tun Rechenschaft zu erstatten. Völlig unrichtig ist es, wenn die Liberalen sogar verblümt von einem Wahlbündnis der Unpolitischen und der Sozialdemokraten reden; sie schließen das daraus, weil die Unpolitischen in ihrem Wahlauftritt nicht den Kampf gegen die Sozialdemokratie gepredigt haben. Wir kennen den Wahlauftritt nicht, aber wenn der Kampf gegen die Sozialdemokratie darin nicht betont wird, so ist das aus den Verhältnissen heraus wohl erklärlich: die Unpolitischen haben ihren Anhang unter den Wählern erster und zweiter Klasse, und hier gibt es dank dem Wahlsystem keine Sozialdemokraten in nennenswerter Zahl.

Wie verlogen die Liberalen vorgehen, ergibt sich daraus, daß sie zu behaupten wagen, daß dank ihrer Tätigkeit der Periode des Stillstandes in Charlottenburg ein Aufschwung folgte. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Zeit des Aufschwungs in Charlottenburg, d. h. die Zeit, in der Charlottenburg in sozialer Hinsicht an der Spitze marschierte, ist vorbei, seitdem die Liberalen die ausschlaggebende Gruppe im Stadtparlament bilden. An die Stelle des sozialen Fortschritts ist eine Scharfmacherpolitik gegen die Arbeiter getreten, in der der von den Liberalen verhätschelte Oberbürgermeister die führende Rolle spielt. Die Liberalen haben, wie überall wo sie zur Herrschaft gelangen, so auch in Charlottenburg, ihre liberalen Grundzüge leichtem Dergang preisgegeben. Diese Gesellschaft, eine Zweigniederlassung des seitdem bekannten Berliner Kommunalvereins, zu bekämpfen, ist Pflicht aller derer, die es mit der Entwicklung der Stadt ernst meinen, und die dem sozialen Fortschritt den Weg ebnen wollen. Energisch und zielbewußt aber wird dieser Kampf einzig und allein von der Sozialdemokratie geführt, nicht aber von den Unpolitischen, die — mögen sie sich mit den Liberalen augenblicklich auch etwas in den Haaren liegen — am letzten Ende sich doch als Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut fühlen. Im Grunde genommen losi und die Fehde zwischen den Parteien, die vor zwei Jahren sich ewige Treue gelobt haben, nur ein Lächeln ab. Wir wissen, daß sie sich bei den Stichwahlen doch wieder gegenseitig Hilfe leisten, und daß sie, wenn die Wahlen vorbei sind, genau wie bisher ihre Macht in der städtischen Verwaltung gemeinsam einzeln und allein im Interesse der Besitzenden mißbrauchen, die Forderungen der Arbeiterklasse aber mit Füßen treten werden.

### Friedrichsfelde.

Eine äußerst umfangreiche Tagesordnung hatte die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am Freitag zu erledigen. Die Verlängerung der Auguste Viktoriastraße sowie der Prinz Heinrichstraße bis zum Blokdammweg wird genehmigt mit der Maßgabe, daß längs des Blokdammweges eine Parallelstraße angelegt wird. Zu dem circa vier Meter höher gelegenen Blokdammweg führt eine zwei Meter breite Treppe für den Fußgängerverkehr.

Dem Annullationszweckverband Lichtenberg-Rummelsburg wurde die Durchlegung des Druckrohrs genehmigt. Die Trace führt durch die Berlinerstraße. — Der neuen Besoldungsordnung für die Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule wurde die Zustimmung erteilt. Die Regierung hat die nachträgliche Genehmigung der früheren Besoldungsordnung verweigert. Hiernach sollten die Fortbildungsschullehrer in drei Jahren 250 M. und in sechs Jahren 3 M. pro Stunde erhalten. Regierungseitig wird verlangt erst nach fünf Jahren 250 M. als Maximum zu zahlen. Nur in besonderen Fällen sollen 3 M. pro Stunde bewilligt werden. Der Regierungsantrag wurde angenommen.

Zurzeit herrscht eine gewisse Antipathie gegen die hiesigen Lehrpersonen einschließend der Fortbildungsschullehrer. Einer der letzteren war von dem Amtsvorsteher kürzlich aufgefordert worden, sich wegen der Jüchigung eines Fortbildungsschülers zu äußern; darob äußerte der Herr sich dahin, daß der Amtsvorsteher „nig zu seggen“ hätte, er unterstände nur der Regierung. Dieser Ablehnung war auch vom Leiter der Fortbildungsschule gutachtlich beigegeben. Dieser selbe Lehrer mit noch zwei anderen stellte jetzt an die vorher von ihm nicht für voll angegebene Körpergröße den Antrag auf Befassung in der höheren Gehaltsklasse. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Um eine bessere Pflege der gärtnerischen Anlagen zu ermöglichen wird beschlossen, einen Landschaftsgärtner mit einem Tagelohn bis zu 5 M. anzustellen. — Eine längere Debatte rief der Antrag, einen zweiten Fleischbeschauer anzustellen, hervor. Bei der Erörterung im Frühjahr d. J. wurde über die langsame sowie auch mangelhafte Fleischschau, Klage geführt. Es wurde damals lebhaft die Anstellung eines zweiten Tierarztes befürwortet. Auf Grund der Beschwerden hat auch die Aufsichtsbehörde sich mit der Sache befaßt. Die amtliche Aufstellung der stattgefundenen Schlachtungen im Ort pro 1906 ergab für den Tierarzt ein Einkommen von 6569,54 M. Derselbe in verschiedenen Nachbarorten dieselbe Praxis ausübt, auch noch ansehnliche Privatpraxis hat, dürfte ein Jahres-einkommen von 12 000 M. nicht zu hoch angenommen sein. Der Landrat schlug vor, einen Laienfleischbeschauer anzustellen, welchem das im Ort verbleibende Vieh überwiesen werden könnte. Der Gemeindevorstand befürwortete diesen Vorschlag. Von mehreren Bednern, darunter auch vom Genossen Vinsler, wurde dieser Antrag als nicht weitgehend genug bekämpft, von der Majorität aber angenommen. Nach der amtlichen Aufstellung sind im Jahre 1906 im Orte geschlachtet 108 Ochsen, 216 Bullen, 821 Künder, 574 Jungrinder, 3990 Kälber, 5295 Schweine, 242 Schafe und 23 Ziegen. — Zum Schluss wurde dem Erlaß eines Ortsstatuts zwecks Bildung eines kollegialischen Gemeindevorstandes zugestimmt. Derselben sollen die Befugnisse nach §§ 9, 51, 71, 88 Abs. 4 Nr. 2 und 3, 119 und 120 Abs. 3 der Landgemeindeordnung übertragen werden.

Unter „Mitteilungen“ machte der Gemeindevorsteher bekannt, daß nunmehr die Annullationsbeitragsordnung genehmigt sei. Die gegen dieselbe eingereichten Beschwerden wegen zu niedriger Heranziehung des Ortssteuersatzes sind von der Regierung zurückgewiesen.

### Königs-Wusterhausen, Wildau und Umgegend.

Die Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die gewillt sind, einem Arbeiter-Gesangverein — aktiv oder passiv — beizutreten, werden ersucht, zu einer Versammlung am Donnerstag, den 5. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wehborn (Altes Schützenhaus) zu erscheinen. Die Gründung eines Gesangvereins am hiesigen Ort ist zur Notwendigkeit geworden, um die langgestuligten Partei- und Gewerkschaftsgenossen nicht auf die bürgerlichen Gesangvereine anzuweisen.

### Lichtenberg.

Ein Notzettel wird uns von Mietern des Hauses Verlängerte Lessingstraße 6 in Lichtenberg übermittelt. In diesem Hause versagte am Dienstag, den 3. d. M., nachmittags 1 Uhr, plötzlich die Wasserleitung, ohne daß vorher irgendeine Ankündigung ergangen war. Die bald im Hause bekannt wurde, waren Gas- und Wassermeister mittags abgeholt worden, so daß die Bewohner abends nicht bloß ohne Wasser, sondern auch ohne Licht waren. Da über das Bemühen des Hausbesizers seit einigen Monaten der Konkurs verhängt ist, von ihm also eine Abhilfe nicht zu erlangen war, so wurde von einem Hausbewohner sofort eine Anzeige an den Amts- und Gemeindevorsteher gestellt und um schleunigste Jussuhr von Gas und Wasser ersucht. Bis zur Stunde ist diese Anzeige ohne Erfolg geblieben, und sämtliche Hausbewohner sind durch die nun schon erheblich länger als einen Tag währende Kalantität in die äußerste Bedrängnis geraten, zumal das Haus auch keinen Hofbrunnen besitzt. Die Kalantität droht zu einer öffentlichen Gefahr zu werden. Die Mietler starren von Not, es fehlt an Wasser zum Reinigen und Kochen, die Treppen sind abends nur noch unter Gefahr zu passieren, da jede Beleuchtung ausgeht hat. Hoffentlich werden die dargelegten öffentlichen Nöthstände schleunigst beseitigt!

Diese Sachlage hat insofern ein erhebliches öffentliches Interesse, als infolge Fehlens des Wassers zur Klosettspülung eine Seuchengefahr zweifellos herbeigeführt werden kann.

### Ober-Schöneweide.

Ein Unfall mit tödlichem Ausgange trat sich am Montagabend im Betriebe des Metallwerkes von A r e c h e r u. V u s s e in Nieder-Schöneweide zu. Der Arbeiter Julius Otto aus Adlershof geriet mit der linken Hand in eine Walze, die dem Bedauernswerten Arm und Schulter zermalmete und den Brustkasten völlig eindrückte. Der Tod erlöste den Schwerverletzten nach wenigen Minuten.

Wenigerwertig ist, daß der Unfall während der Ueberstunden passierte, die in dem genannten Betriebe an der Tagesordnung sind. Wie uns berichtet wird, wäre es erforderlich, um weitere Unfälle zu verhindern, daß die Schutzvorrichtungen, die zum Teil mangelhaft, zum Teil gar nicht vorhanden sind, entsprechend verbessert werden. Der Firmeninhaber Herr Dr. Vusse hielt sich für angebracht, zur Sammlung für die Hinterbliebenen eine Liste mit dem Namensverzeichnis der Arbeiter durch die Betriebsleitung zur Unterstützung der Witwe anzugeben; die gezeichneten Beträge wurden dann am Sonnabend von Lohn abgezogen. Derartige freiwillige Sammlungen sollte die Betriebsleitung lieber dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter überlassen.

Wir möchten Herrn Dr. Vusse den Rat geben, seinen Arbeitern derartige Löhne zu zahlen, daß sie bei event. Unfällen nicht gleich auf die Wohltätigkeit ihrer Kollegen angewiesen sind.

## Gerichts-Zeitung.

### Nachklänge zur Reichstagswahl.

Der Arbeiter Genosse R e y verteilte mit anderen Genossen am Sonntag vor der letzten Reichstagswahl in Halbe auf den Dampfziegeleien Wahlflugblätter. Der Betriebsleiter Saalmann verwies sie vom Gelände. Die Genossen sagten ihm einige derbe Wahrheiten, ließen sich aber im übrigen in ihrer Verteilung nicht stören. Als der herbeigerufene Sendarm kam, waren sie mit der Verteilung fertig, auch bis auf R e y verkrummen. Saalmann stellte gegen

**Alex Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und Verleumdung.** In erster Instanz erfolgte Freisprechung. Der Staatsanwalt legte aber Berufung ein und von der Strafkammer zu Frankfurt a. Oder wurde Alex wegen Verleumdung freigesprochen, wegen Hausfriedensbruchs verurteilt. Diese Verurteilung hat am Dienstag das Kammergericht aufgehoben. Es nahm mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld an, daß die Dampfkessel kein befriedetes Besitztum seien, soweit aus den Feststellungen der Strafkammer erhelle. Indessen hat es den Missetäter nicht sofort freigesprochen, sondern die Sache nochmals an die Strafkammer verwiesen zur weiteren Prüfung, ob sich eine Einfriederung der Ziegeleigrundstücke irgendwie feststellen und dann eventuell ein Hausfriedensbruch oder wenigstens eine Uebertretung des Feld- und Forstpolizeigesetzes konstruieren lasse. — Trotdem wird es wohl bei dem unsagbar Schrecklichen bleiben, daß den Ziegeleiarbeitern in ihre Kasernen auf dem Ziegeleigrundstück sozialdemokratische Flugblätter gebracht werden, ohne daß dies von konservativen oder liberalen Betriebsleitern mit Recht verboten oder zum Hausfriedensbruch gestempelt werden kann.

**Ein tragischer Unglücksfall.**

Der wieder einmal infolge des unvorsichtigen Umganges mit einer Schusswaffe entstanden ist, lag einer Anklagesache zugrunde, die gestern die dritte Ferienstrafkammer des Landgerichts III beschaffte. Wegen fahrlässiger Tötung war der 16jährige Säureberlehrer Walter Klaener aus Panlow angeklagt. — Der Vater des Angeklagten ist Eisenbahnbetriebssekretär a. D. und hat seit längerer Zeit ein in Panlow liegendes Grundstück gepachtet. Neben dem Wohnhause befindet sich ein kleiner Garten, in welchem der 60jährige Herr K. eine große Voliere errichtet hat. Diese wurde im Frühjahr dieses Jahres häufig von Hasen und Ratten heimgesucht, die unter dem Geflügelbestand großen Schaden anrichteten. Um diesem Uebel abzuwehren, kaufte der Vater des Angeklagten einen alten Mauerkarabiner, mit dem er des Abends auf die Jagd nach den Vogelräubern ging. Am 24. Juni d. J. hatte Klaener senior am Abend wiederum mehrere Ratten zur Strecke gebracht. Den geladenen und gespannten Karabiner stellte er schließlich in eine dunkle Ecke der in dem Garten befindlichen Laube. Diese Unvorsichtigkeit führte am nächsten Morgen einen überaus traurigen Unglücksfall herbei. Der 16jährige Sohn des K. ging mit dem gleichalterigen Schreiberlehrling Erich Schithelm in den kleinen Garten spazieren. Sch. entdeckte den Karabiner und bat den Angeklagten ihm die Waffe zu zeigen. Ohne daran zu denken, daß die Waffe möglicherweise geladen sein könnte, nahm der junge Mensch den Karabiner hoch und führte damit einige Bewegungen aus. In demselben Augenblick kroch ein Schuß und Schithelm brach mit einem lauten Aufschrei zusammen. Die sechs Millimeter starke Kugel war seitlich in den Körper des Sch. eingedrungen und hatte die Lunge und das Herz des Unglücklichen durchschlagen, sodaß der Tod sofort eintrat. Wegen fahrlässiger Tötung erhoben. Die Anklagebehörde erblidete eine Fahrlässigkeit des Angeklagten darin, daß er, ohne sich vorher davon zu überzeugen, ob das Gewehr geladen war oder nicht, in leichtfertiger Weise damit hantierte. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten einer gröblichen Fahrlässigkeit für überführt und beantragte mit Rücksicht auf die überaus traurigen Folgen eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen. Das Gericht kam indessen zu einer Freisprechung des Angeklagten. Wie der Vorsitzende ausführte, liege die eigentliche Fahrlässigkeit auf Seiten des Vaters des Angeklagten, der in gerodete unverantwortlich leichtfertiger Weise eine geladene und gespannte Schusswaffe einfach beiseite gesetzt habe, so daß sie jedermann zugänglich war. Mit der Möglichkeit, daß jemand sich eine derartige große Unvorsichtigkeit zuschulden kommen lassen könnte, habe der 16jährige Angeklagte nicht rechnen können, so daß ihn keine Schuld an dem Unglücksfälle treffe.

**Der Revolver des Hausverwalters.**

Eine Revolververschleierei, die den Abschluß einer erregten Hauszene bildete, hat dem Hausverwalter Invaliden Karl Schulz eine Anklage wegen Verletzung zugezogen. Der Angeklagte verleiht die Verwaltung eines Hauses in der Hülfenstraße, in welchem nicht weniger als 65 Mietparteien mit 103 Köpfen wohnen. Er hatte stets einen geladenen Revolver zur Hand. Eines Tages kam er mit einer Frau Müller, welche die Hausreinigung besorgte, in Konflikt. Die Frau gab ihre Arbeit auf, verlangte ihre Quittungskarte und ihren Lohn und wollte nicht auf das unberechtigte Verlangen des Angeklagten eingehen, erst am nächsten Tage abzurechnen. Frau Müller behauptet, daß sie der Angeklagte gewalttätig aus dem Zimmer kompromittiert und mit einem Revolver, den er in der Hand hatte, bedroht habe. Dieser Revolver soll aber nach der Versicherung des Angeklagten ein harmloser Federhahner gewesen sein, den er unmittelbar vorher zum Schreiben benutzt und noch in der Hand gehalten habe. Frau Müller war über diese Behandlung empört. Sie erklärte den Angeklagten für einen „Aufkopfer“ und rief mit lauter Stimme ihrem Sohn zu, schleunigst den Vater herbeizuholen. Der Varn hatte im Ru zahlreiche Personen herbeigeholt und der Angeklagte hörte bald, wie von draußen mit Füßen und Häufen gegen seine Tür gepölkert wurde. Da öffnete er plötzlich die Tür und gab einen Schuß aus dem mit einer Blaupatrone geladenen Revolver ab. Der Knall übte seine Wirkung: mit lauten Geschrei stießen die draußen Stehenden auseinander, die belagerte Tür war wieder frei. Die Affäre hatte aber für Herrn Schulz die Anklage wegen Verletzung zur Folge. Das Schöffengericht sprach ihn von dieser Anklage frei, verurteilte ihn aber wegen unerlaubten

Schießens an einem bewohnten Ort zu einer geringfügigen Geldstrafe. Dagegen legte der Staatsanwalt Berufung ein. Während der Angeklagte und seine Tochter dabei blieben, daß es sich nur um einen Schreckschuß gehandelt habe, den der Angeklagte in der Notwehr in das Zimmer hinein abgegeben, behaupteten die Zeugen, daß der Schuß direkt nach dem Flur hinaus auf die Menschen gerichtet gewesen und über deren Köpfe hinweggegangen sei. Der Staatsanwalt hielt hiernach eine Bedrohung für vorliegend und beantragte zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht hielt dem Angeklagten zugute, daß er schwer gereizt worden sei und verurteilte ihn zu 40 Mark Geldstrafe.

**Aus dem Ordnungssaal.**

Ein Arbeiter hatte im vorigen Winter dem Millionär und Rittergutsbesitzer Schnell, Amtsgerichtsrat a. D., in Wert einiges Stroh im Höchstwerte von 6 R. entwendet und kam deswegen unter Anklage. Vor der Dortmunder Strafkammer, wo er sich zu verantworten hatte, wies er glaubhaft nach, daß die Wände seiner Wohnung so schlecht beschaffen waren, daß er sich das Stroh genommen, um sich und seine Familie vor der grimmigen Kälte zu schützen. Wir leben nun aber mal im Rechtsstaat, wo man dem Eigentum besonderen Schutz angedeihen läßt. Der Mann, der wegen geringen Eigentumsvergehens vorbestraft war, wurde zu der gelegentlichen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende des Gerichts bedauerte, auf keine geringere Strafe erkennen zu können. Aber Recht muß sein und wenn die Welt darüber zugrunde geht. Entspricht das Gesetz, das wegen einer solchen Verfehlung einer Familie auf drei Monate den Ernährer entzieht, dem Recht und der Billigkeit?

**Vermischtes.**

**Tot auf dem Boden** des von ihr bewohnten Kellers wurde gestern Abend die in der Münchenergasse 30 wohnhafte 75 Jahre alte Witwe Hausler aufgefunden. Benachbarten Mietern war es aufgefallen, daß die alte Frau sich nicht sehen ließ. Als man gewaltsam die Tür erbrach, fand man die wahrscheinlich von einem Herzschlage Betroffene tot vor.

Für den „All“, der Verlage zum „Berliner Tageblatt“ dürfte sich folgende Notiz über fastrierte Eisbären eignen, die wir in der Sonntagsnummer eines hiesigen Blattes finden. Wir lesen da: Amundsen nächste Nordpolfahrt. Aus Christiania schreibt unser Korrespondent: Kapitän Roald Amundsen, der erfolgreiche Durchsegler der Nordwestpassage, hat mitgeteilt, daß es seine Absicht ist, bald eine neue Polarreise anzutreten, sei es nun zum Nordpol oder zum Südpol. Die neue Expedition werde in großem Umfang Schlitzen benutzen. Und Amundsen stellt in dieser Beziehung ein außerordentlich interessantes Experiment in Aussicht, indem er den Versuch machen will, Eisbären als Jagdtiere zu verwenden. Karl Hagenbeck in Hamburg hat es übernommen, dem Komteger die erforderlichen zahmen Eisbären zu liefern; augenblicklich werden im Hagenbecks Tierpark die kastrierten Tiere dressiert, angeblich mit Erfolg. Amundsen ist von der Verwendbarkeit der Wären als Jagdtiere überzeugt, jedenfalls für eine Südpolarreise, wo eine Begegnung mit wilden Eisbären ausgeschlossen ist. Zahme Eisbären in die Nordpolargegenden zu führen, wäre dazugegen gewagt, da es zweifelhaft erscheint, ob die Tiere beim Anblick ihrer wilden Stammesgenossen nicht die fremde „Kultur“ abstreifen und selbst die feinsten Dressur vergessen.

Die Zeitung, die diese Notiz veröffentlicht, ist einem tollen Scherz zum Opfer gefallen. Dieser Scherz hat nämlich zuerst in einem Witzblatt gestanden, das in der norwegischen Stadt Bergen erscheint. Die schwedische Zeitung „Dagens Nyheter“ in Stockholm macht darauf aufmerksam, daß eine andere Stockholmer Zeitung „Aftensbladet“ die Ente geschluckt hat und nun fällt eine hiesige Zeitung darauf hinein, indem sie sich von ihrem Korrespondenten noch besonders darüber berichten läßt. Unsere Leser sind gewiß neugierig, den Namen des Blattes zu erfahren. Wir wollen die Reugierde befriedigen. Es handelt sich um das — „Berliner Tageblatt“!

**Militär in Zivil.** Aus Gießen wird unterm 4. September gemeldet: Bei einer Schlägerei zwischen Unteroffizieren des 115. Infanterieregiments in Odmörken mit Zivilisten wurden mehrere Personen schwer verletzt, darunter ein Soldat, der Zivilkleidung angelegt hatte und gegen die Unteroffiziere Partei ergriff. Er ist seinen Verletzungen im Garnisonlazarett Gießen erlegen.

**Ein Erdbeben.** Aus Constantine wird gemeldet, daß in Borte Beni Ymane mehrere Gebäude, darunter zwei Moscheen, durch Erdbeben zerstört wurden. Ein junges Mädchen wurde tot aus den Trümmern herbeigeholt.

**Großfeuer.** Budapest, 4. September. In dem Marktplatz haben wüthete ein 18stündiger Brand. 88 Wohnhäuser und zahlreiche Nebengebäude sind eingeeicht. Der Brand konnte erst mit Hilfe des Militärs gelöscht werden.

**Cholera in Russland.** Die Cholera nimmt bedeutend zu. Aus Nowgorod wird gemeldet, daß dort 13 neue Fälle aufgetreten sind. Den Veterinärgelehrten wird die strengste Kontrolle zur Pflicht gemacht.

**Sozialdemokratischer Volo- und Diskontierklub „Johann Jacoby“.** Heute abend 8<sup>1/2</sup> Uhr bei Bugge, Kallantien-Allee 95: Sitzung. Zentralverband der Handlungsbekleidungs- und Gehälfinnen Deutschlands. Bezirk Alsdorf. Donnerstag, den 5. September, in Alsdorf in den Bürgerhäusern, Bergstr. 147: Versammlung. — Bezirk Wehenfen.

Sonnabend, den 7. September, abends 9 Uhr, bei Frau Langhansstr. 18: Versammlung. Zentralverband der Handlungsbekleidungs- und Gehälfinnen Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vorort. Außerordentliche Generalversammlung heute abend 9<sup>1/2</sup> Uhr Rosenhägerstraße 11/12.

**Briefkasten der Redaktion.**

— **Wien.** Leider ist im Klagenau nichts zu erzielen, allenfalls hätte eine Klage auf Beseitigung des Unfalls Aussicht auf Erfolg. Versuchen Sie es mit einer solchen. — **Theaterverein.** Die Aufführung wäre zulässig. — **F. J. 103.** 1. Rein. 2. Gomberegarien oder Schloßsteleute, die auf einen Monat gemietet haben, können, wenn keine Vereinbarung statgefunden hat, nur bis am 15. zum 1. des folgenden Monats, nicht aber umgekehrt am 1. zum 15. kündigen. Dasselbe trifft auf die Vermieter zu. — **S. 20.** Das 1. und 2. Bataillon in Gensdurf, das 2. in Bismarckstr. — **R. 23.** Schiedsrichter würde ein Kaufmannsgericht in der Rücksichtnahme des betreffenden Gebots einen wichtigen zur Entlassung berechtigenden Grund erblicken.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschall-Direktion (Großhandel). Rindfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., IIa 64—66, IIIa 59—62. Bullenfleisch Ia 63—65, IIa 51—53, IIIa 46—48, do. mager 40—48, Preiser 64—68, Wullen, dän. 52—63, do. hoch 0,00. Kalbfleisch, Doppellender 100—115, Wackelbier Ia 73—82, IIa 64—71, Kälber ger. gen. 46—58, do. hoch 0,00, dän. 0,00. Hammelfleisch Rindfleisch 78—80, Hammel Ia 73—77, IIa 67—72, ungar. 0,00. Schafe 54—66. Schweinefleisch 62—67. Rebbe Ia per Hund 0,65—0,88, IIa 0,80—0,57. Rostfleisch Ia 0,50—0,57, do. IIa 0,00. Dampfrisch 0,45—0,60. Rindfleisch 0,30—0,43. Brühlinge 0,40. Rindfleisch per Stück 0,40—0,55. Brühlinge per Stück 0,75—1,65. Rindfleisch per Stück 0,00. Rebhühner, junge große 0,90—1,30, mittel u. kleine 0,30—0,55, alte 0,65—0,85. Hühner, alte, per Stück 1,50—2,00, IIa 1,20—1,40, do. junge 0,50—1,20. Tauben 0,30—0,60, halbenhüde 0,00. Enten per Stück 1,50—2,00, do. Hamburger per Stück 2,00—3,00. Gänse per Hund 0,60—0,82, do. per Stück 1,50—4,00, do. Hamburger per Pfd. 3,00, do. Oberbräuer per Pfd. 0,60—0,70. Bontels per Stück 0,80—1,10. Goularden per Pfd. 0,00. Quetsche per 100 Pfd. 110—121, do. matt 0,99, do. mittel und groß 0,00, do. klein 0,00, do. groß 0,00. Fander 83—91, Schiele, holländ. 0,00, do. groß, mittel 0,00, do. unfortiert 0,00. Kalb, groß 98—100, do. klein und mittel 75—85, mittel 88—98, do. unfortiert 73—82, do. groß-mittel 0,00, do. klein 0,00. Füllgen 42. Rindfleisch 0,00. Karren, 68—80er, stumpf 76—80, do. 0,00. Vieh 0,00. Waite Rische 46—75. Barre 79. Bilo klein 0,00. Rindfleisch 0,00, do. klein 0,00. Wels 0,00. Fleisch 0,00. Wand 74—76. Quappen 0,00. Amerikanischer Wachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—120, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa 0,00. Seefisch 10—20, Rindfleisch, Riel, Stege Ia 2—6, mittel per Riste 2, Hamburg Stege 4—6, halbe Riste 2—3, pomm. Ia Stege 2, IIa 0,00. Sälzlinge, Riel per Ball 2—3, Straßl. 3,50—4,50, Born 0,00. Kalb, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelfe 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5—9, Schellfische Riste 3—4,50, 1/2, Riste 1,50—2,50. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 90—95. Schottische Bockeringe 1905 0,00, largo 40—44, fall. 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Rastee, per 1/2, To. 50—120. Garbinnen, russ., Rost 1,50—1,60. Braterringe Rost 1,20—1,40, do. Wälze (4 Liter) 1,40—1,70. Neumaagen, Schodsch 11, do. kleine 5—6, do. Rischen 14. Rische per Schock, große 27,50, do. mittelfe 12—14 cm 8,50—10, do. kleine 3,50, do. unfortiert 5—7, Baltzer groß 0,00, do. unfortiert 2,40. Eier, 100, unfortiert per Schock 3,60—3,90, do. große 4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 117—120, IIa 108—117, IIIa 100—108, abfallende 90—95. Saure Gurken, neue, Schock 4,00. Pfefferkörner 4,00. Kartoffeln per 100 Pfd. weiße runde 2,25—3,00, blaue 2,50—3,75, Rosten 1,50 bis 2,50, Rieren 2,50—3,50. Porree, Schock 0,60—1,00. Meerrettich, Schock 5—15. Spinat per 100 Pfd. 8—15. Sellerie, per Schock 2,00—3,00. Preiseln per 100 Pfd. 3,00—6,00, do. Per. 40,00—75,00. Chalotten 50,00—60,00. Petersilie, grün, Schockbund 0,75—1,00. Kohlrabi Schock 0,75—1,25. Rettig, blanc, neuer Schock 0,07—0,10, do. hiesiger Schock 3—4. Röhrlinsen, per 100 Pfd. 3,00 bis 5,00. Karotten, hiesige, Schockbund 2,00—3,00. Birchensohl per Schock 4,00 bis 12,00. Rottkohl, Schock 6—12. Weißkohl 4—10. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 5—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Ersterer 100 Stück 5—14. Kohlraben, Schock 4,00—7,00. Petersilienwurzel, Schockbund 3,00—4,00. Schoten per 100 Pfd. 20—30. Wessertlinge per 100 Pfd. 8—7. Steinpilze per 100 Pfd. 22—30. Radleschen per Schockbund 0,50—1,00. Salat per Schock 1,50—2,00. Gurken, Gummische, Schock 14—20, do. böhmische Schock 0,00, do. Magischer Schock 3,00—5,00. Bohnen, grüne, 100 Pfd. 12—20. Wackelbohnen, per 100 Pfd. 15—25. Tomaten per 100 Pfd. 5—15. Blaubeeren per 100 Pfd. 10—14. Johannisbeeren per 100 Pfd. 7—20. Preiselbeeren per 100 Pfd. 15—25. Kirchen, laure, 100 Pfd. 10—12. Birnen, ital. 100 Pfd. 14—40, Erroler 25—40, hiesige 3—10, Salander 14—20. Pfirsiche, hiesige per 100 Pfd. 15—25, ital. in Ristchen zu 12 Stück 0,65—1,50, do. in Rosten Ia per 100 Pfd. 20—35, do. IIa in Rosten per 100 Pfd. 8—24. Aprikosen, ital., per 100 Pfd. 0,00, franz. 0,00. Weisel, italienische, per 100 Pfd. 8—15, ung. 10—13, hiesige 3—10. Graubensteiner Ia 15—23, do. IIa 10—20. Pfäumen, ital., per 100 Pfd. 0,00, Reineclauden 12—16, hiesige 8—13, ung. 6—15, Babaner, Früh, 0,00, früh 8—15. Weintrauben, franz., per 100 Pfd. 14—20, italienische 15—20. Ananas I, per Hund 0,00, do. II 0,00. Zitronen, Reifma, 300 Stück 12,00—18,00, do. 200 Stück 10,00—18,00, do. 100 Stück, 10,00—14,00, do. 150 Stück 6,50 bis 9,00. Bananen, gelb, per 100 Pfd. 20,00—22,00, grün 0,00. Melonen, per 100 Pfd. hiesige 20—35, ital. 12—18, franz. 0,00, hoch 25, spanische 0,00, ungarische 10—12.

**Wasserstands-Nachrichten**  
Der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 9. 2. 9.	seit 3. 9. 2. 9.	Wasserstand	am 3. 9. 1. 9.	seit 3. 9. 1. 9.
Remel, Elbt	—	—	Gabel, Spandau	108	+ 1
Bregel, Jüterburg	—	—	Rathenow	145	+ 1
Weißel, Thorn	—	—	Spreewald, Spremberg	90	0
Oder, Ratibor	144	+ 24	Berlow	185	- 1
„ „ „ „ „ „	117	- 6	Bejer, Witten	-88	- 5
„ „ „ „ „ „	128	- 5	„ „ „ „ „ „	- 6	- 4
„ „ „ „ „ „	86	- 3	Rhein, Walsbühl	—	—
„ „ „ „ „ „	83	- 1	„ „ „ „ „ „	181	- 2
„ „ „ „ „ „	19	- 1	„ „ „ „ „ „	170	- 1
„ „ „ „ „ „	-37	+ 6	Redar, Dellbronn	90	- 1
„ „ „ „ „ „	87	0	Rain, Berthelm	—	—
„ „ „ „ „ „	98	0	„ „ „ „ „ „	—	—
„ „ „ „ „ „	98	0	„ „ „ „ „ „	—	—
„ „ „ „ „ „	75	- 3	„ „ „ „ „ „	—	—

+) + bedeutet Hoch, — Hoch, — \*) Unterpegel.

**Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin und Umgegend.  
Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.  
Wir machen hierdurch bekannt, daß, um einen Schluß in der Auszahlung der Unterstützung zu treffen, alle Miets- und Streikunterstützungen noch bis zum  
**Sonnabend, den 7. September 1907,**  
vorgenommen werden. Von diesem Tage ab hören alle weiteren Unterstüzungen, welche sich aus dem Streik ergaben, auf. Wir ersuchen unsere Mitglieder, welche glauben ein Anrecht auf vorgenannte Unterstützung zu haben, sich noch bis spätestens am 7. September im Verbandsbureau, Engel-Ufer 16 part., zu melden.  
Der Zweigvereinsvorstand.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neues Katalog  
Empfehlung von Aerzten u. Prof. grat. u. f. r.  
H. Unger, Baumwollmaschinen  
Berlin NW. Friedrichstrasse 81/82.  
**Dr. Schünemann**  
Spezial-Heil für 54272  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten,  
Friedrichstr. 203, Ecke Schlegelstr.  
10-2, 3-7, Sonnt. 10-12 Uhr.  
**Sozialnationaler! Ueberrund! Interessant!**  
**Frauen-Vortrag**  
morgen, Freitag, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Kommandantenstr. 20, gr. Saal:  
**Die Frau im Licht.**  
Die Lichtbilder-Naturaufnahmen lassen die Frauenleiden so scharf und fundiert erkennen, so daß jede Frau ihre Leiden sehen und eine vorzügliche Heilmethode kennen lernen kann. Einlaß 7 Uhr. Anfang Punkt 8<sup>1/2</sup> Uhr. Ende 10 Uhr. Eintritt 20 Pf. Vortragender: Raddirektor **Grundmann**, Naturärztliche Anstalt, Rosenthalerstr. 49/45, Kadetscher Hof, Sprechstunden 11-2, 3-5.

**Feinste Tassenbouillon**  
mit **MAGGI'S**  
**Bouillon-Kapseln**  
1 Kapsel mit 2 Röhrchen  
**10 Pfg.**  
**MAGGI'S**  
**Bouillon-Tabletten**  
1 Glasbrüchen  
8 Tabletten, je 1 Tablette  
**25 Pfg.**  
Nur in kochendem Wasser auflösen!  
Eine Tasse stellt sich auf nur **5 Pfg.**  
Begründet 1873. **Spezial-Hut-Engros-lager.** Begründet 1873.  
Neueste Moden der Saison in Filzhüten, Cylinderhüten, Chapeau claque etc.  
Abteilung für den **Einzelverkauf**  
zu außergewöhnlich billigen u. streng festen Preisen.  
**B. Salinger, Neue Königstr. 48, 1 Treppe, 3. Haus v. Alexanderplatz.**  
Sonntags 8-10, 12-2 Uhr.

